

Monatsbericht des BMF Januar 2010





Monatsbericht des BMF Januar 2010

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
	_
Finanzwirtschaftliche Lage	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2009	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2009	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	37
Analysen und Berichte	20
Analysen und benefite	39
Entwurf des Bundeshaushalts 2010	40
Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz	
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Jahr 2009	
Gerechtigkeitswahrnehmung von Steuer- und Sozialsystemreformen	
Aktuelle Arbeitsmarktentwicklung in ausgewählten Mitgliedstaaten des Euroraums	
Statistiken und Dokumentationen	81
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	114

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in Deutschland war im Winterhalbjahr 2008/2009 als Folge der weltweiten Wirtschaftsund Finanzmarktkrise ein drastischer Konjunktureinbruch zu verzeichnen. Gerade die exportorientierte deutsche Wirtschaft war und ist davon besonders stark betroffen. Im 2. Quartal 2009 setzte eine leichte konjunkturelle Erholung ein, die sich im 3. Quartal beschleunigt fortsetzte. Im Vorjahresvergleich ist allerdings noch die Schärfe des konjunkturellen Einbruchs zu erkennen. So ging das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2009 nach dem ersten vorläufigen Ergebnis des Statistischen Bundesamtes um preisbereinigt 5,0% zurück. Für 2010 rechnet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität von real 1½%. Gleichwohl bleiben auch 2010 die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten voraussichtlich noch spürbar unterausgelastet.

Zur Überwindung dieser schwersten Finanzund Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland haben sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag auf ein Sofortprogramm verständigt. Vor allem Steuerentlastungen werden mit einem Volumen von rund 8,5 Mrd. € pro Jahr weiter dazu beitragen, den Auswirkungen der Krise entgegenzuwirken, indem Familien entlastet und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen gestärkt werden. Mit der Anhebung der Kinderfreibeträge und der Erhöhung des Kindergeldes wurde die finanzielle Leistungsfähigkeit der Familien bereits ab dem Jahresbeginn 2010 gestärkt. Mit den Entlastungen bei der Erbschaftsteuer wird familiären Bindungen besser Rechnung getragen. Darüber hinaus sind für einen Anstieg der Wirtschaftsleistung vor allem gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen erforderlich. Um es diesen zu erleichtern, die unmittelbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu verkraften und ihre Position im internationalen Wettbewerb



zu halten, wurden gezielte Korrekturen im Bereich der Unternehmensbesteuerung vorgenommen. Dabei geht es vor allem darum, kleine und mittelgroße Unternehmen zu stärken, notwendige Umstrukturierungen zu erleichtern und Arbeitsplätze zu erhalten.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung im Rahmen des Sofortprogramms Maßnahmen auf den Weg gebracht, mit denen krisenbedingte Einnahmeausfälle bei der Arbeitslosen- und Krankenversicherung aufgefangen werden. So wird das bislang für die Bundesagentur für Arbeit eingeplante Darlehen des Bundes für das Jahr 2010 in einen Zuschuss in Höhe von 16 Mrd. € umgewandelt. Auch die Gesetzliche Krankenversicherung erhält einen einmaligen zusätzlichen Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in Höhe von 3,9 Mrd. €. Hierdurch werden zusätzliche Belastungen für die Arbeitnehmer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten vermieden und gleichzeitig die Lohnnebenkosten stabilisiert. Damit von krisenbedingter Arbeitslosigkeit Betroffene nicht gezwungen werden, ihre privat angesparte Altersvorsorge für ihren aktuellen Lebensunterhalt aufzuzehren, wird darüber hinaus das Schonvermögen im Sozialgesetzbuch II erhöht.

Um die mittel- und langfristigen Zukunftsperspektiven Deutschlands zu sichern, wird die deutsche Bildungs- und Forschungslandschaft in den Jahren 2010 bis

□ Editorial

2013 mit einem 12-Mrd.-€-Programm gestärkt. Im Bundeshaushalt 2010 wird die erste Tranche dieses Programms umgesetzt.

Am 16. Dezember 2009 hat das Bundeskabinett den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2010 beschlossen und dem Parlament zur Beratung zugeleitet. Der Etatentwurf 2010 schafft mit dem beschriebenen Sofortprogramm notwendige Voraussetzungen, um die noch schwache konjunkturelle Erholung zu unterstützen. Der Entwurf sieht Ausgaben in Höhe von insgesamt 325,4 Mrd. € vor. Dem stehen Steuereinnahmen von nur noch 211,9 Mrd. € gegenüber – das entspricht annähernd dem Niveau des Jahres 2006. Im Ergebnis werden im Jahr 2010 neue Schulden in einem Umfang aufgenommen wie noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.

Mit Blick auf die Schwere der Krise gab es zu einer expansiven Finanzpolitik keine Alternative. Ab dem Jahr 2011 steht die Finanzpolitik allerdings vor einer finanzpolitischen Herkulesaufgabe: 2011 ist das erste Jahr, in dem die neue Schuldenregel des Grundgesetzes gilt. Artikel 115 Grundgesetz verpflichtet Bundesregierung und Haushaltsgesetzgeber zu einer stufenweisen Rückführung der Nettokreditaufnahme. Das strukturelle Defizit des Jahres 2010 in Höhe von annähernd 70 Mrd. € muss ab dem Jahr 2011 in gleichmäßigen Schritten bis auf circa 10 Mrd. € im Jahr 2016 zurückgeführt werden. Die sich aus diesem Abbaupfad ergebenden Konsolidierungsschritte der kommenden Jahre werden mit dem Haushaltsentwurf 2011 und dem in diesem Zusammenhang zu erstellenden neuen Finanzplan konkretisiert. Bereits jetzt ist klar, dass die Einhaltung der neuen Schuldenregel die zentrale finanzpolitische Herausforderung dieser Legislaturperiode sein wird.

Mit der Wirtschaftskrise geht auch eine erhebliche Verschlechterung der Lage auf den Arbeitsmärkten im Euroraum einher. Die aktuellen Zahlen belegen die Dramatik dieser Entwicklung. Die Arbeitslosenquote stieg im November 2009 im Vergleich

zum Vorjahr von 8,0 % auf 10,0 %. Die Zahl der Arbeitslosen im Euroraum ist damit innerhalb Jahresfrist um rund 3 Millionen auf 15,7 Millionen Personen angestiegen. Allerdings stellt sich die Entwicklung in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich dar. Der aktuelle Beschäftigungsbericht der Europäischen Kommission ermöglicht einen Überblick über die Arbeitsmarktentwicklung sowie über die strukturellen Hintergründe der sehr unterschiedlichen Performance in ausgewählten Ländern des Euroraums.

Die positive Beschäftigungsentwicklung in Deutschland bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise wird von den meisten Experten auch auf die vorangegangenen Arbeitsmarktreformen zurückgeführt. Aber selbst steigende Beschäftigung, ein Rückgang der Arbeitslosigkeit oder eine Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme lassen eine solche Reform in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger nicht immer als erfolgreich erscheinen, weil sie ungeachtet positiver Ergebnisse als ungerecht wahrgenommen wird. Mit Blick auf die Ausgestaltung, Umsetzung und Akzeptanz künftiger Reformen ist daher nicht zuletzt die Frage von Interesse: Welche Faktoren bestimmen, ob Steuerund Sozialsystemreformen als gerecht wahrgenommen werden? Diese Frage wurde im Rahmen eines Forschungsauftrags untersucht, den das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, die Universität Salzburg und die Ludwig-Maximilians-Universität München im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen durchgeführt haben. Die Studie zeigt Ansatzpunkte, wie Aspekte der Gerechtigkeitswahrnehmung bei Steuer- und Sozialsystemreformen möglicherweise noch besser berücksichtigt werden könnten.

Walther Shenk

Dr. Walther Otremba Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2009	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2009	30
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Finanzierungssaldo

Das vorläufige Ergebnis des Bundeshaushalts 2009 weist eine Nettokreditaufnahme von 34,1 Mrd. € aus. Sie liegt damit weit unter den Planungen des 2. Nachtragshaushalts von 49,1 Mrd. €. Damit wurde der Planwert um fast 15 Mrd. € deutlich unterschritten. Dies ist insbesondere durch die bessere wirtschaftliche Entwicklung begründet, die sowohl auf

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2009 ¹	Ist - Entwicklung ² Januar bis Dezember 2009
Ausgaben (Mrd. €)	303,3	292,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+7,4	+3,5
Einnahmen (Mrd. €)	253,8	257,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,2	-4,7
Steuereinnahmen (Mrd. €)	224,1	227,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,3	-4,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-49,5	-34,5
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)		0,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,3
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-49,1	-34,1

¹ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos 303 307 253 828 Soll 2009 -49 479 292253 257 742 Januar bis Dezember 2009 50 -34 461 282308 270 476 Januar bis Dezember 2008 39 -11 792 -50 000 0 50 000 100 000 150 000 200 000 250 000 300 000 350 000 in Mio.€ ■ Durchlaufende Mittel Ausgaben ■ Einnahmen Finanzierungssaldo Stand Soll: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Buchungsergebnisse.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	vicklung	
	2008	2009 ¹	Januar bis Dez	ember 2009	Januar bis [200		Veränderung ggü. Vorjahr in 9
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	50 394	53 595	53 357	18,3	50 394	17,9	5,9
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4993	5 717	5 646	1,9	4993	1,8	13,
Verteidigung	29 999	31 019	31 320	10,7	29 999	10,6	4,4
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 103	6357	6356	2,2	6 103	2,2	4,
Finanzverwaltung	3 307	3 783	3 662	1,3	3 307	1,2	10,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	13 437	14 606	14 960	5,1	13 437	4,8	11,3
BAföG	1 193	1 433	1 324	0,5	1 193	0,4	11,0
Forschung und Entwicklung	7 709	8 761	8 701	3,0	7 709	2,7	12,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	140 439	152 691	147 716	50,5	140 439	49,7	5,2
Sozialversicherung	75 539	76 302	76 305	26,1	75 539	26,8	1,0
Arbeitslosenversicherung	7 583	7 777	7 777	2,7	7 583	2,7	2,
Grundsicherung für Arbeitssuchende	34776	37810	36 011	12,3	34776	12,3	3,
darunter: Arbeitslosengeld II	21 624	23 500	22 374	7,7	21 624	7,7	3,
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 889	3 700	3 5 1 5	1,2	3 889	1,4	-9,
Wohngeld	772	591	784	0,3	772	0,3	1,
Erziehungsgeld/Elterngeld	4769	4 424	4 455	1,5	4769	1,7	-6,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 269	2 083	2 071	0,7	2 269	0,8	-8,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 058	1 274	1 251	0,4	1 058	0,4	18,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 607	1 857	1 808	0,6	1 607	0,6	12,
Wohnungswesen	1 062	1 210	1 142	0,4	1 062	0,4	7,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 778	7 426	5 584	1,9	5 778	2,0	-3,:
Regionale Förderungsmaßnahmen	945	738	966	0,3	945	0,3	2,
Kohlenbergbau	1816	1 465	1 375	0,5	1816	0,6	-24,
Gewährleistungen	684	2 400	601	0,2	684	0,2	-12,
Verkehrs und Nachrichtenwesen	11 231	12 894	12 426	4,3	11 231	4,0	10,
Straßen (ohne GVFG)	6 045	6 787	6 9 2 5	2,4	6 045	2,1	14,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 991	15 965	15 740	5,4	16 991	6,0	-7,
Bundeseisenbahnvermögen	4326	5 506	5 3 3 3	1,8	4326	1,5	23,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 864	4074	4154	1,4	3 864	1,4	7,
Allgemeine Finanzwirtschaft	41 374	43 000	39 412	13,5	41 374	14,7	-4,
Zinsausgaben	40 171	41 431	38 099	13,0	40 171	14,2	-5,
Ausgaben zusammen	282 308	303 307	292 253	100,0	282 308	100,0	3,

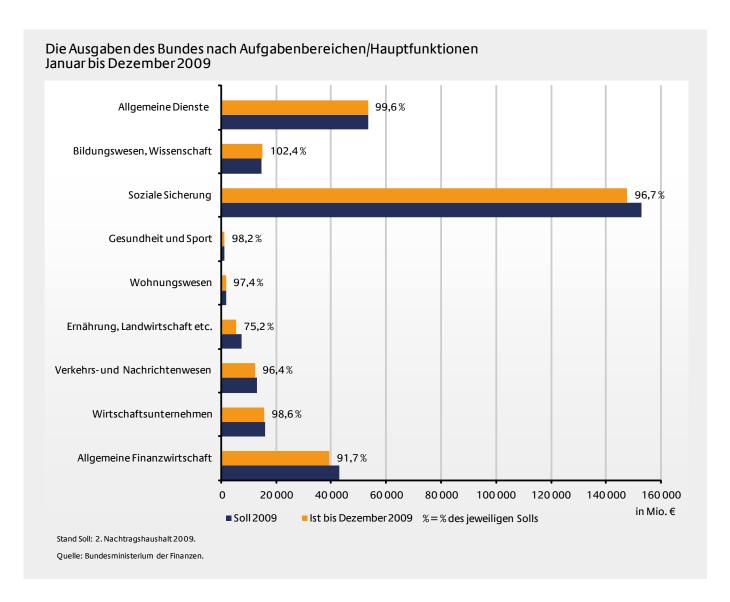
¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

der Einnahme- als auch der Ausgabeseite entlastend gewirkt hat. Gemeinsam mit der Verschuldung der außerhalb des Bundeshaushalts geführten Sondervermögen ist für das Jahr 2009 allerdings die höchste Neuverschuldung des Bundes in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen.

Ausgabenentwicklung

Die Ausgabeseite hat zu einer deutlichen Haushaltsentlastung beigetragen. Dem Soll von 303,3 Mrd. € steht ein Ist von 292,3 Mrd. € gegenüber. Beim Gesundheitsfonds wurde kein überjähriges Darlehen erforderlich (-4,0 Mrd. €). Bei den Zinsausgaben setzte sich der Trend zu Minderausgaben wegen der günstigen Zinsentwicklung im Bereich der kurzfristigen Kreditaufnahme weiter fort (-3,4 Mrd. €). Bei den Gewährleistungen zeigte sich, dass die Krise nicht in dem befürchteten Maße zu einer entsprechenden Inanspruchnahme z. B. von Bürgschaften geführt hat (-1,8 Mrd. €). Der Aufwand für Arbeitslosengeld II blieb deutlich hinter den ursprünglichen Annahmen zurück (-1,1 Mrd. €). Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlief – nicht zuletzt aufgrund entsprechender Maßnahmen – günstiger als prognostiziert.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 257,7 Mrd. € um 3,9 Mrd. € über dem veranschlagten Soll. Die Verbesserung ist im Wesentlichen auf die Steuereinnahmen zurückzuführen. Gegenüber der November-Steuerschätzung ist mit 227,8 Mrd. € ein Plus von rund 0,9 Mrd. € zu verzeichnen und damit gleichzeitig eine Entlastung von knapp 3,8 Mrd. € gegenüber dem Soll des 2. Nachtragshaushalts von 224,1 Mrd. €. Auch

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2008	2009 ¹	Januar bis Dez	ember 2009	Januar bis Dez	ember 2008	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio.€	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	11170
Konsumtive Ausgaben	257 992	270 639	265 150	90,7	257 992	91,4	2,8
Personalausgaben	27 012	27 791	27 939	9,6	27 012	9,6	3,4
Aktivbezüge	20 298	20 959	20 977	7,2	20 298	7,2	3,3
Versorgung	6 714	6 832	6 9 6 2	2,4	6714	2,4	3,7
Laufender Sachaufwand	19 742	21 129	21 395	7,3	19 742	7,0	8,4
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 421	1 451	1 478	0,5	1 421	0,5	4,0
Militärische Beschaffungen	9 622	10360	10 281	3,5	9 622	3,4	6,8
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9318	9 635	3,3	8 699	3,1	10,8
Zinsausgaben	40 171	41 431	38 099	13,0	40 171	14,2	-5,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	179 871	177 289	60,7	168 424	59,7	5,3
an Verwaltungen	12 930	15 055	14396	4,9	12 930	4,6	11,3
an andere Bereiche	155 494	164816	162 892	55,7	155 494	55,1	4,8
darunter:							
Unternehmen	22 440	23 930	22 951	7,9	22 440	7,9	2,3
Renten, Unterstützungen u.a.	29 120	30 881	29 699	10,2	29 120	10,3	2,0
Sozialversicherungen	99 123	104 653	105 130	36,0	99 123	35,1	6,1
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	429	0,1	2 642	0,9	-83,8
Investive Ausgaben	24 316	32 802	27 103	9,3	24 316	8,6	11,5
Finanzierungshilfen	17 117	24 153	18 599	6,4	17 117	6,1	8,7
Zuweisungen und Zuschüsse	14018	14961	15 190	5,2	14018	5,0	8,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 395	8 257	2 490	0,9	2 395	0,8	4,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	919	0,3	704	0,2	30,5
Sachinvestitionen	7 199	8 649	8 504	2,9	7 199	2,6	18,2
Baumaßnahmen	5 777	7 0 6 1	6 8 3 0	2,3	5 777	2,0	18,3
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	1 030	0,4	918	0,3	12,2
Grunderwerb	504	533	643	0,2	504	0,2	27,6
Globalansätze	0	- 134	0		0		
Ausgaben insgesamt	282 308	303 307	292 253	100,0	282 308	100,0	3,5

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

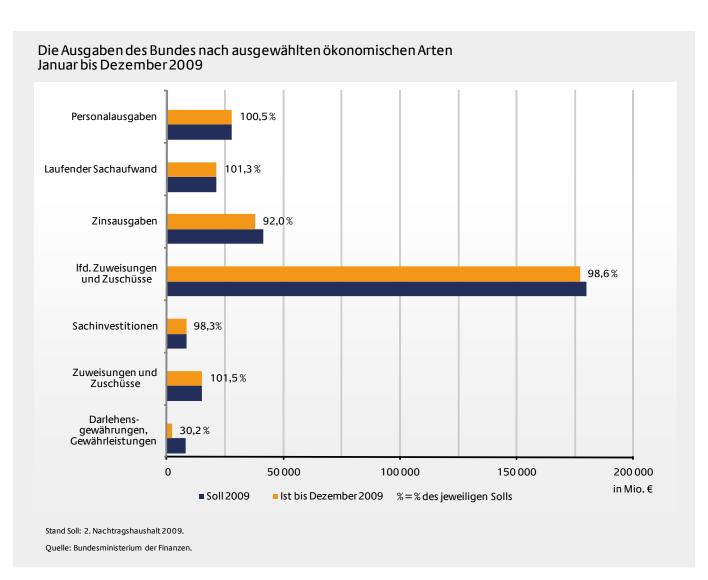
bei den übrigen Verwaltungseinnahmen (einschließlich Münzeinnahmen) wurde mit dem erreichten Ist-Ergebnis von 30,2 Mrd. € das veranschlagte Soll leicht übertroffen.

Sondervermögen

Ein wesentlicher Bestandteil des im Februar des Jahres 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit.

Im Jahr 2009 wurden hiervon insgesamt 6,1 Mrd. € ausgegeben, davon rund 4,1 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 0,7 Mrd. € für Investitionen des Bundes und rund 1,3 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder.

Mit den Instrumenten des "Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung" (SoFFin) als Sondervermögen des Bundes ist es gelungen, die deutschen Finanzmärkte erfolgreich zu stabilisieren. Hierzu war im Jahr 2009 eine Kreditaufnahme des SoFFin von insgesamt 26,6 Mrd. € notwendig.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

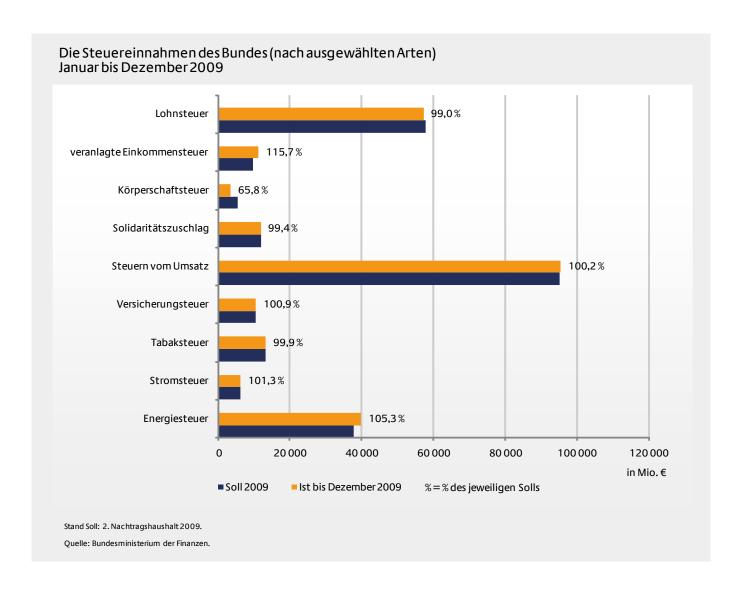
Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	M
	2008	2009 ¹	Januar bis D 200		Januar bis D 200		Veränderung ggü. Vorjahr i %
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	/6
I. Steuern	239 231	224 068	227 835	88,4	239 231	88,4	-4,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	193 532	180772	180 223	69,9	193 532	71,6	-6,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) ²	96379	85 573	83 779	32,5	96 379	35,6	-13,
davon:							
Lohnsteuer	60310	57 800	57 248	22,2	60 310	22,3	-5,
veranlagte Einkommensteuer	13 899	9711	11 233	4,4	13 899	5,1	-19,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 305	7 2 7 0	6 2 3 7	2,4	8 3 0 5	3,1	-24,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²	5 922	5 3 3 7	5 475	2,1	5 922	2,2	-7,
Körperschaftsteuer	7 943	5 455	3 587	1,4	7 943	2,9	-54,
Steuern vom Umsatz	95 806	95 165	95 400	37,0	95 806	35,4	-0,
Gewerbesteuerumlage	1 348	1164	1 044	0,4	1 348	0,5	-22,
Energiesteuer	39 248	37 835	39 822	15,5	39 248	14,5	1,
Tabaksteuer	13 574	13 380	13 366	5,2	13 574	5,0	-1,
Solidaritätszuschlag	13 146	12 000	11 927	4,6	13 146	4,9	-9,
Versicherungsteuer	10 478	10 450	10 548	4,1	10 478	3,9	0,
Stromsteuer	6 2 6 1	6 200	6 2 7 8	2,4	6 2 6 1	2,3	0,
Kraftfahrzeugsteuer	-	3 719	3 803	1,5	-	-	
Branntweinabgaben	2 129	2 133	2 103	0,8	2 1 2 9	0,8	-1,
Kaffeesteuer	1 008	1 000	997	0,4	1 008	0,4	-1,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14 850	-13 784	-13 462	-5,2	-14850	-5,5	-9,
BNE-Eigenmittel der EU	-15 340	-16 470	-14 880	-5,8	-15 340	-5,7	-3,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 738	-2 260	-2 017	-0,8	-3 738	-1,4	-46,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 675	-6 775	-6 775	-2,6	-6 675	-2,5	1,
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-4571	-4 571	-1,8	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	31 246	29 760	29 907	11,6	31 246	11,6	-4,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4568	4339	4 457	1,7	4568	1,7	-2,
Zinseinnahmen	737	911	574	0,2	737	0,3	-22,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	8 630	4 004	3 836	1,5	8 630	3,2	-55,
Einnahmen zusammen	270 476	253 828	257 742	100,0	270 476	100,0	-4,

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM DEZEMBER 2009

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2009

Insgesamt sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Dezember 2009 im Vorjahresvergleich um - 6,2% gesunken.

Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern blieben im Berichtsmonat hinter dem Vorjahresniveau um insgesamt - 7,1 % zurück. Die unterschiedlichen Entwicklungen bei den Bundessteuern (+ 1,4 %) und den Ländersteuern (- 40,3 %) resultieren aus dem Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer, die seit dem 1. Juli 2009 auf den Bund übergegangen ist.

Bei den Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) wurde das Dezember-Ergebnis des Vorjahres um - 5,2 % unterschritten. Zu berücksichtigen ist hier, dass von den Einnahmen des Bundes die Kompensationsleistungen an die Länder hinsichtlich der Kraftfahrzeugsteuer abgezogen werden, sodass das Plus bei den reinen Bundessteuern mehr als egalisiert wird.

Die kumulierte Veränderungsrate beläuft sich bei den Steuereinnahmen insgesamt für das Gesamtjahr 2009 auf - 5,9 % und für den Bund auf - 4,7 %.

Die Steuereinnahmen entwickelten sich im Monat Dezember etwas besser als erwartet. Für das Gesamtjahr 2009 wurde das Ergebnis der November-Steuerschätzung daher insgesamt um+ 0,9 Mrd. € übertroffen. Dabei fielen nur die Einnahmen der EU mit - 0,3 Mrd. € geringer aus als erwartet. Die Schätzansätze von Bund (+1,0 Mrd. €) und Ländern (+ 0,1 Mrd. €) wurden übertroffen. Die Gemeinden erzielten aus ihrem Anteil an den gemeinschaftlichen Steuern exakt die prognostizierten Einnahmen.

Bei der Lohnsteuer sind die Einnahmen im Dezember 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat um - 3,6 % gesunken. Dieser Rückgang war damit deutlich geringer als im Zeitraum Januar bis November 2009. Die Kindergeldzahlungen erhöhten sich um + 6,0 % und wirkten sich somit aufkommensmindernd aus. Vor Abzug des Kindergeldes unterschritt die Lohnsteuer dank des überraschend stabilen Arbeitsmarktes ihr Vorjahresniveau lediglich um - 2,4 %.

Bei der veranlagten Einkommensteuer kam es im Dezember 2009 zu Einnahmeeinbußen in Höhe von - 10,9 %. Die Vorauszahlungen sind insgesamt um - 8,8 % gesunken, während die Nachzahlungen und die Erstattungen in der Summe um + 21,5 % beziehungsweise + 30,8 % stiegen. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG nahmen um gut ein Drittel zu.

Das kassenmäßige Aufkommen aus der Körperschaftsteuer hat sich im Dezember um -10,3 % verringert und ist damit gegenüber der bereits schwachen Vorjahresbasis erneut zurückgegangen. Es ist das schlechteste Ergebnis seit dem Jahre 2003. Diese kräftigen Einnahmeausfälle sind insbesondere auf einen Rückgang der Vorauszahlungen (-22,0 %) zurückzuführen. Der starke Anstieg bei den Nachzahlungen (+71,0 %) resultiert aus dem Ergebnis der Betriebsprüfung für einen weit zurückliegenden Veranlagungszeitraum.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag fielen um - 58,6 % unter den Stand vom Dezember 2008, der allerdings mit + 66,3 % gegenüber seinem Basismonat Dezember 2007 einen starken Anstieg verzeichnete. Seinerzeit war es im Vorfeld der Einführung der Abgeltungsteuer zum 1. Januar 2009 in erheblichem Umfang zu vorgezogenen Ausschüttungen gekommen.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2009

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2009	Dezember	Veränderung	Januar bis	Veränderung	Schätzungen für 2009	Veränderung
	in Mio €	ggü. Vorjahr in %	Dezember in Mio €	ggü. Vorjahr in %	fur 2009 in Mio € ⁵	ggü. Vorjahı in %
Gemeinschaftliche Steuern	III WIIO E	III /o	III WIIO E	111 /0	III MIO €	III /o
Lohnsteuer ²	18 181	-3,6	135 165	-4,7	134500	-5,2
	8 8 4 9	-10,9	26 430	-19,1	26 850	-17,9
veranlagte Einkommensteuer	1 003		12 474		12 995	-17,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag Abgeltungsteuer auf Zins- und	1003	-58,6	12474	-24,7	12 995	-21,0
Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	778	-18,1	12 442	-7,6	12 729	-5,4
Körperschaftsteuer	4126	-10,3	7 173	-54,8	6360	-59,9
Steuern vom Umsatz	15 644	3,6	176 991	0,6	176 750	0,4
Gewerbesteuerumlage	516	-30,2	2 571	-23,5	2 750	-18,2
erhöhte Gewerbesteuerumlage	511	-35,2	2337	-31,7	2 471	-27,8
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	49 607	-7,1	375 583	-6,9	375 405	-6,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	8 242	-3,0	39 822	1,5	39 250	0,0
Tabaksteuer	1 641	-2,5	13 366	-1,5	13 580	0,0
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	209	8,7	2 101	-1,2	2 080	-2,2
Versicherungsteuer	783	3,8	10 548	0,7	10510	0,3
Stromsteuer	520	-5,8	6 2 7 8	0,3	6350	1,4
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	670	Х	3 803	Х	3 642	Х
Solidaritätszuschlag	1824	-10,3	11 927	-9,3	11 850	-9,9
übrige Bundessteuern	157	12,3	1 473	0,2	1 466	-0,2
Bundessteuern insgesamt	14 046	1,4	89 318	3,5	88 728	2,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	358	-4,0	4 5 5 0	-4,6	4578	-4,0
Grunderwerbsteuer	417	5,7	4857	-15,2	4685	-18,2
Kraftfahrzeugsteuer (bis 30. Juni 2009) ³	0	X	4398	X	4398	-50,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	114	-0,9	1 511	-1,6	1 480	-3,6
Biersteuer	55	6,8	730	-1,3	727	-1,7
Sonstige Ländersteuern	14		331	3,2	323	0,8
Ländersteuern insgesamt	958	-40,3	16 375	-25,4	16 191	-26,2
EU-Eigenmittel						
Zölle	273	-16,9	3 604	-10,0	3 700	-7,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	281	-9,0	2 017	-46,1	1 890	-49,4
BSP-Eigenmittel	1 709	-7,1	14880	-3,0	15 170	-1,1
EU-Eigenmittel insgesamt	2 263	-8,6	20 501	-11,2	20 760	-10,1
Bund ⁴	32 674	-5,2	227 996	-4,7	226 989	-5,1
Länder ⁴	25 487	-7,3	207 119	-6,7	207 017	-6,7
EU	2 263	-8,6	20 501	-11,2	20 760	-10,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	4 460	-5,8	29 265	-6,5	29 258	-6,6
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	64 884	-6,2	484 880	-5,9	484 024	-6,1

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$

 $^{^3\,\}mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1}.\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}\,\mathrm{steht}\,\mathrm{das}\,\mathrm{Aufkommen}\,\mathrm{aus}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Kfz}\text{-}\mathrm{Steuer}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{Bund}\,\mathrm{zu}.$

 $^{^4\,}Nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vgl.\,Fn.\,1).$

 $^{^{5}\,} Ergebnis\, AK$ "Steuerschätzungen" vom November 2009.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM DEZEMBER 2009

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wurde das Vorjahresergebnis um - 18,1% unterschritten. Diese Minusrate hat sich gegenüber derjenigen der beiden Vormonate allerdings deutlich abgeschwächt. Berücksichtigt man die Senkung des Steuersatzes von 30% auf 25%, so wird deutlich, dass sich die Bemessungsgrundlage nur wenig reduziert hat.

Anders als im November, als die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz noch im Minus lagen, wurde im Berichtsmonat mit + 3.6% das Niveau des Vorjahres übertroffen. Dabei entwickelte sich die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Staaten mit - 8,7% deutlich weniger negativ als im bisherigen Jahresverlauf. Wegen der verringerten Vorsteuerabzüge ergab sich bei der Umsatzsteuer noch ein vergleichsweise starker Zuwachs (+7,3%). Da zwischen dem Kasseneingang der Umsatzsteuer und der Entstehung der Umsätze in der Regel eine zweimonatige Verzögerung einkalkuliert werden muss, deutet die tendenziell rückläufige Entwicklung der Einzelhandelsumsätze am aktuellen Rand darauf hin, dass sich die Umsatzsteuer in den nächsten Monaten eher schwach entwickeln wird. Der Zuwachs im Dezember signalisiert noch keine Trendwende.

Die reinen Bundessteuern konnten ihr Vorjahresergebnis im Dezember 2009 um + 1,4% übertreffen. Dies lag allerdings allein an der seit Jahresmitte auf den Bund übergegangenen Ertragshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer. Ohne das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer hätte die Veränderungsrate bei - 3,4% gelegen. Lediglich die Versicherungsteuer (+ 3,8%) und einige kleinere Bundessteuern weisen positive Abstandsraten auf, während insbesondere die Energiesteuer (- 3,0%), die Tabaksteuer (- 2,5%), die Stromsteuer (- 5,8%) und der Solidaritätszuschlag (- 10,3%) das Vorjahresniveau unterschritten.

Bei den reinen Ländersteuern schlägt sich der Wegfall der Ertragshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer naturgemäß in einer hohen Minusrate für den Gesamtwert nieder (-40,3 %; ohne diesen Effekt wäre ein Plus von + 2,0 % zu verzeichnen). Die Grunderwerbsteuer erholte sich weiter und überschritt ihr Vorjahresergebnis im Dezember 2009 um + 5,7 %. Die Biersteuer nahm im Aufkommen um + 6,8 % zu. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer lagen demgegenüber um - 4,0 %, die der Rennwett- und Lotteriesteuer um - 0,9 % unter den im Vorjahr erzielten Ergebnissen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Dezember durchschnittlich 3,69 % (November 3,71 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe notierte Ende Dezember bei 3,40 % (November 3,17 %).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – verringerten sich von 0,72 % Ende November auf 0,70 % Ende Dezember.

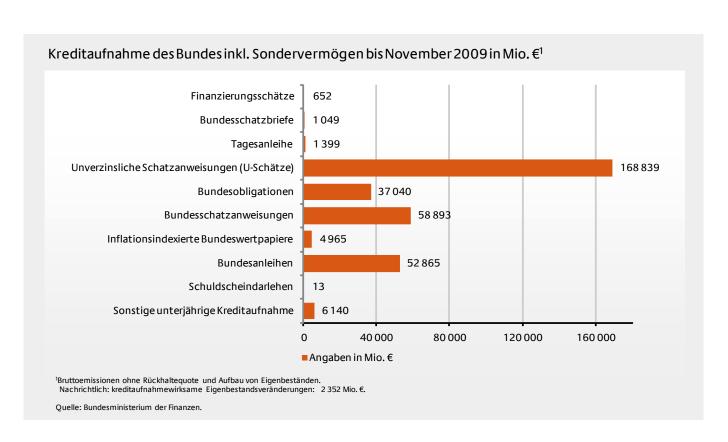
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 14. Januar 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der Deutsche Aktienindex stieg zum 31. Dezember auf 5 957 Punkte (November 5 626 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 stieg von 2797 Punkten im November auf 2966 Punkte im Dezember.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 sank im November auf - 0,2% nach 0,3% im Oktober und 1,8% im September. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum von September bis November verringerte sich auf 0,6%, nachdem er im



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Zeitraum August bis Oktober bei 1,6 % gelegen hatte (Referenzwert 4,5%).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im November 0,4% (Oktober 0,5%, September 1,0%).

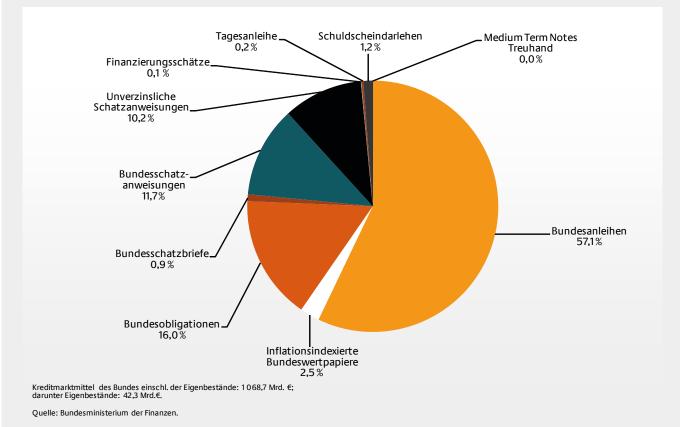
In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im November 1,37 % (Oktober 1,55 %, September 1,76 %).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich November 2009 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen

(Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) 331.85 Mrd. €. Davon wurden 318 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 10. Juni 2009 im Tenderverfahren eine 1,75 %ige Neuemission einer Inflationsindexierten Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € begeben. Weiterhin wurde am 21. September 2009 eine 1,5 %ige Neuemission einer USD-Anleihe (ISIN DE 0001030120, WKN 103012) über ein Bankenkonsortium begeben. Die Anleihe hat eine Laufzeit von drei Jahren und ein Emissionsvolumen von 4,0 Mrd. US-Dollar (2,74 Mrd. €). Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 2,35 Mrd. €).

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 30. November 2009



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Anleihen	14,3	-	-	-	-	-	31,5	-	-	-	-		45,8
Bundesobligationen	-	-	-	18,0	-	-	-	-	-	18,0	-		36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	14,0	-	-	13,0	-	-		42,0
U-Schätze des Bundes	6,8	6,8	6,9	5,9	5,9	5,9	11,9	12,2	12,0	11,9	11,9		98,3
Bundesschatzbriefe	0,3	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,2	0,0	0,1	0,1		1,3
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,5	0,1		2,1
Tagesanleihe	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1		2,0
Fundierungsschuld- verschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0	-		0,0
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		-
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,2	0,0	0,2	-	-	-	-	0,0	0,0	0,1		0,5
Kredite zur Rekapitalisierung	10,2	2,0	2,0	-	-	0,1	-	-	-	-	-		14,3
Sonstige Schulden gesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,1	9,4	24,5	24,4	6,2	20,5	43,9	12,7	25,5	30,6	12,4		242,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,6	0,2	1,2	3,6	0,1	1,9	13,7	0,2	1,3	3,2	0,1		39,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die im November 2009 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2009".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich November 2009 die Tilgungen auf rund 242,24 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 39,17 Mrd. €. Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 261,12 Mrd. €, der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 65,80 Mrd. € und der Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 4,94 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2009 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	7. Oktober 2009	30 Jahre fällig 4. Juli 2040 Zinslaufbeginn 4. Juli 2008 erster Zinstermin 4. Juli 2090	2 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137271 WKN 113727	Aufstockung	14. Oktober 2009	2 Jahre fällig 16. September 2011 Zinslaufbeginn 11. September 2009 erster Zinstermin 16. September 2010	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141554 WKN 114155	Aufstockung	28. Oktober 2009	5 Jahre fällig 10. Oktober 2014 Zinslaufbeginn 25. September 2009 erster Zinstermin 10. Oktober 2010	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Neuemission	11. November 2009	10 Jahre fällig 4. Januar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137289 WKN 113728	Neuemission	18. November 2009	2 Jahre fällig 16. Dezember 2011 Zinslaufbeginn 20. November 2009 erster Zinstermin 16. Dezember 2010	6 Mrd.€
Bundes obligation ISIN DE0001141554 WKN 114155	Aufstockung	25. November 2009	5 Jahre fällig 10. Oktober 2014 Zinslaufbeginn 25. September 2009 erster Zinstermin 10. Oktober 2010	5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137289 WKN 113728	Aufstockung	9. Dezember 2009	2 Jahre fällig 16. Dezember 2011 Zinslaufbeginn 20. November 2009 erster Zinstermin 16. Dezember 2010	ca. 5 Mrd. €
			4. Quartal 2009 insgesamt	ca. 33 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2009 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115483 WKN 111548	Neuemission	12. Oktober 2009	6 Monate fällig 14. April 2010	6 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115491 WKN 111549	Neuemission	26. Oktober 2009	12 Monate fällig 27. Oktober 2010	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115509 WKN 111550	Neuemission	16. November 2009	6 Monate fällig 12. Mai 2010	6 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011155517 WKN 111551	Neuemission	23. November 2009	12 Monate fällig 24. November 2010	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115525 WKN 111552	Neuemission	7. Dezember 2009	6 Monate fällig 16. Juni 2010	ca. 6 Mrd. €
			4. Quartal 2009 insgesamt	ca. 26 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank im Jahresdurchschnitt 2009 real um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr. Die Exporte und Investitionen brachen ein. Der private Konsum wirkte stützend.
- Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion für 2010 im Zuge einer Fortsetzung der konjunkturellen Erholung einen BIP-Anstieg um 1,4 %.
- Die Arbeitsmarktreaktion auf den Konjunktureinbruch fiel 2009 moderater aus als erwartet.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisindex war 2009 äußerst gering.

Die deutsche Wirtschaft verzeichnete im Jahresdurchschnitt des vergangenen Jahres als Folge der weltweiten Finanzmarktund Wirtschaftskrise den schärfsten gesamtwirtschaftlichen Produktionseinbruch seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ging das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2009 um preisbereinigt 5,0 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Dies war vor allem auf einen drastischen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen (real: -20,0%) und der Exporte (-14,7%) zurückzuführen. Dem deutlichen Rückgang der deutschen Exporte stand eine geringere Abnahme der Importe gegenüber (-8,9%). Rechnerisch ergab sich damit ein erheblicher negativer Impuls des Außenbeitrages (-3,4 Prozentpunkte). Investitionen in Bauten lagen in realer Rechnung nur geringfügig unter ihrem Vorjahresniveau (- 0,7%). Sie wurden durch einen deutlichen Anstieg der öffentlichen Bauinvestitionen (+ 5,4 %) gestützt. Der gesamtwirtschaftliche Lagerabbau dämpfte die BIP-Entwicklung ebenfalls (-0,8 Prozentpunkte). Positive Impulse kamen 2009 lediglich von den Konsumausgaben. Der Staatskonsum stieg mit real + 2,7 % deutlich an und lieferte mit einem Wachstumsbeitrag von +0,5 Prozentpunkten den rechnerisch größten positiven Impuls für die BIP-Entwicklung 2009. Die Privaten Konsumausgaben wurden gestützt durch die konjunkturpolitischen Maßnahmen - real um 0,4% gegenüber dem

Vorjahr ausgeweitet. Auch die insgesamt moderate Reaktion des Arbeitsmarktes auf den Konjunktureinbruch und das ruhige Preisklima dürften die private Konsumtätigkeit zusätzlich begünstigt haben.

Der vergleichsweise geringe Beschäftigungsabbau spiegelte sich 2009 auch in einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der abgeführten Sozialbeiträge (+ 3,4%) und einem im Vorjahresvergleich nur geringfügigen Rückgang (- 2,4%) der abgeführten Lohnsteuer wider (Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – VGR – nach dem Inländerkonzept).

Die drastische Abnahme der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 ist maßgeblich auf den plötzlichen Konjunktureinbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 zurückzuführen, der die exportorientierte deutsche Industrie besonders stark traf. Im 2. Quartal 2009 setzte eine konjunkturelle Erholung ein, die sich im dritten Vierteljahr noch beschleunigte. Ausgangspunkt für die wirtschaftliche Belebung in Deutschland war das allmähliche Anziehen der Weltkonjunktur. Eine kräftige Zunahme der Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen führte zu einer in der Tendenz deutlich aufwärtsgerichteten Entwicklung der Exporttätigkeit. Auch auf binnenwirtschaftlicher Seite waren bei den

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Investitionen in Bauten und Ausrüstungen Besserungstendenzen erkennbar. Allerdings waren die Privaten Konsumausgaben, die in der Phase des Konjunktureinbruchs stabilisierend gewirkt hatten, zu Beginn der zweiten Jahreshälfte rückläufig.

Die aktuellen Wirtschaftsdaten und die in die Zukunft weisenden Konjunkturindikatoren deuten insgesamt darauf hin, dass sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland tendenziell fortsetzen dürfte. Das Tempo der wirtschaftlichen Belebung dürfte sich im Vergleich zum Sommerhalbjahr 2009 jedoch vermindern. Dafür spricht u.a. die nachlassende Dynamik der industriellen Auftragseingänge zu Beginn des Schlussquartals 2009, auch wenn es im November aufgrund einer Belebung der Auslandsnachfrage wieder zu einer deutlichen Gegenbewegung kam. Dennoch sind die Auftragseingänge in der Industrie im Zweimonatsvergleich nun seitwärtsgerichtet. Von März bis September 2009 war die überraschend günstige Entwicklung des industriellen Bestellvolumens vermutlich auch von Nachholeffekten geprägt, die aus der Nachfragezurückhaltung im Gefolge des Konjunktureinbruchs resultierten. Ingesamt dürfte die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im 4. Quartal 2009 damit deutlich an Dynamik eingebüßt haben.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Datenlage und unter Berücksichtigung der im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes beschlossenen Maßnahmen hat die Bundesregierung ihre Wachstumserwartung für 2010 auf + 1,4 % angehoben (Herbstprojektion: +1,2%). Wachstumsimpulse sind sowohl von der außenwirtschaftlichen als auch von der binnenwirtschaftlichen Seite zu erwarten. Die anziehende weltwirtschaftliche Nachfrage wird zu einer deutlichen Expansion deutscher Exporte führen. Dabei dürften die deutschen Exporteure neben ihrer weiterhin vergleichsweise hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit auch von ihrem auf hochwertige Investitionsgüter ausgerichteten Gütersortiment profitieren. Zum Anstieg

der Inlandsnachfrage dürfte die Ausweitung der Investitionstätigkeit beitragen. Dabei schlagen der konjunkturelle Aufholprozess und die zum Jahresende 2010 auslaufenden günstigeren Abschreibungsbedingungen bei den Ausrüstungsinvestitionen besonders zu Buche (Vorzieheffekte). Dagegen dürfte der private Konsum die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2010 insgesamt nicht begünstigen. Vor allem der Einmaleffekt der Umweltprämie, deren Fördervolumen im 2. Halbjahr 2009 ausgeschöpft war, und die Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt dürften den privaten Konsum belasten. Allerdings werden die dämpfenden Effekte weiterhin durch die Maßnahmen der Konjunkturpakete sowie durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz gemildert.

Trotz der erwarteten Fortsetzung der konjunkturellen Erholung bleiben die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten auch 2010 in erheblichem Maße unterausgelastet. Beispielsweise liegt die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe derzeit noch etwa zehn Prozentpunkte unterhalb ihres langjährigen Mittelwerts. Eine Vielzahl weiterer Indikatoren befindet sich nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau. Damit bleibt unsicher, ob sich bereits eine grundlegende und nachhaltige Wende zum Besseren abzeichnet.

Der Außenhandel war im Schlussquartal 2009 weiterhin durch eine lebhafte Ausfuhrtätigkeit geprägt. Darin schlug sich die dynamische Entwicklung der Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern im Quartal zuvor nieder. So wurden die nominalen Warenexporte im Zweimonatsdurchschnitt in saisonbereinigter Rechnung (Oktober/ November gegenüber August/September 2009) spürbar ausgeweitet. Zugleich blieben die nominalen Ausfuhren noch in zweistelliger Größenordnung hinter ihrem entsprechenden Vorjahresergebnis zurück (Ursprungswerte). Der Vorjahresabstand fiel aber wesentlich geringer aus als in den ersten drei Quartalen des vergangenen

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$

Finanzpolitisch	wichtige	Wirtschaf	tsdaten
I IIIaiizpontiscii	VVICITCIQC	, vvii tatiai	Coddicii

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2	2009			Veränderung	in % gegenüb	er		
	Mrd. €	"	Vorperiode saisonbereinigt				Vorjahr		
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	1. Q.09	2.Q.09	3.Q.09	1. Q.09	2.Q.09	3.Q.09	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,8	-5,0	-3,5	+0,4	+0,7	-6,4	-7,0	-4,7	
jeweilige Preise	2 404	-3,7	-3,4	+0,8	+1,5	-5,0	-5,8	-2,9	
Einkommen									
Volkseinkommen	1811	-4,0	-4,0	-0,3	+3,6	-6,5	-6,7	-3,0	
Arbeitnehmerentgelte	1 223	-0,2	-0,5	-0,2	+0,1	+1,1	-0,1	-0,6	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	588	-11,0	-10,8	-0,4	+11,3	-18,7	-18,7	-7,1	
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 564	+0,4	-0,1	+1,1	-0,1	+0,4	+0,6	+0,2	
Bruttolöhne ugehälter	991	-0,5	-1,5	+0,1	+0,4	+0,7	-0,5	-0,8	
Sparen der privaten Haushalte	178	-0,2	-0,8	-0,9	+1,6	+2,3	-0,0	+2,2	
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2	2008	Veränderung in % gegenüber						
		ggü.Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt				Vorjahr		
	Mrd. € bzw. Index		Okt 09	Nov 09	Zweimonats- durchschnitt	Okt 09	Nov 09	Zweimonats-	
in jeweiligen Preisen									
Umsätze im Bauhauptgewerbe(Mrd.€)	86	+6,1	-0,1	-2,0	-1,3	-1,7		-1,9	
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	984	+2,0	+1,9	+1,1	+4,2	-16,4	-3,6	-10,5	
Waren-Importe	806	+4,7	-2,9	-6,2	-3,3	-15,8	-15,1	-15,4	
in konstanten Preisen von 2005									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100) ¹	111,5	-0,0	-1,7	+0,7	+0,1	-12,4	-8,0	-10,3	
Industrie ²	113,4	+0,2	-1,8	+0,9	+0,4	-14,0	-9,2	-11,6	
Bauhauptgewerbe	108,3	-0,6	-1,2	+0,7	-1,9	+2,9	+4,2	+3,5	
Umsätze im									
Produzierenden Gewerbe ¹									
Industrie (Index 2005 = 100) ²	112,6	-0,3	-0,4	+0,3	+0,7	-13,7	-9,2	-11,5	
Inland	108,8	+0,1	+0,5	-0,3	+0,1	-11,2	-7,8	-9,5	
Ausland	117,2	-0,8	-1,5	+1,0	+1,2	-16,5	-10,8	-13,7	
Auftragseingang (Index 2005 = 100) ¹									
Industrie ²	111,3	-7,1	-1,9	+2,8	+0,1	-8,3	+1,3	-3,7	
Inland	108,3	-5,7	+0,1	+1,9	-0,2	-7,7	+2,7	-2,7	
Ausland	113,8	-8,2	-3,5	+3,6	+0,4	-8,8	+0,1	-4,5	
Bauhauptgewerbe	102,8	-4,3	+3,6		-4,4	+0,3		-3,0	
Umsätze im Handel									
(Index 2005 = 100)									
Einzelhandel									
(ohne Kfz und mit Tankstellen)	99,0	-0,0	+0,9	-1,7	+0,3	-0,8	-2,5	-1,6	
Handel mit Kfz	93,2	-4,5	-1,3	-5,9	-5,3	+0,1	+0,6	+0,3	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2	2009		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorperiode (saisonber.)			Vorjahr			
	Mio.		Okt 09	Nov 09	Dez 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	
Arbeitslose (nationale									
Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	-26	-1	-3	+232	+227	+173	
Erwerbstätige, Inland	40,24	-0,1	-13	-18		-200	-218		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3	-7			-213			
Preisindizes	2	2009 Veränderung in % gegenüber							
2005=100		ggü Vori in%	Vorperiode			Vorjahr			
	Index	ggü. Vorj. in %	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	
Importpreise	109,9	+4,5	+0,5	+0,4	+0,5	-8,1	-5,0	-1,0	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	108,0	-4,2	+0,0	+0,1	-0,1	-7,6	-5,9	-5,2	
Verbraucherpreise	107,0	+0,4	+0,1	-0,1	+0,8	+0,0	+0,4	+0,9	
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saison bereinigte Salden								
	Jun 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	
Klima	-28,4	-25,4	-19,2	-17,8	-16,5	-12,9	-11,5	-9,0	
Geschäftslage	-38,1	-34,1	-30,6	-29,0	-28,4	-24,9	-22,6	-21,0	
Geschäftserwartungen	-18,1	-16,1	-7,0	-5,9	-3,9	+0,0	+0,2	+3,7	

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Jahres. Kumuliert für den Zeitraum Januar bis November 2009 unterschritten die nominalen Warenausfuhren das Vorjahresniveau um 20,0 %. Die Abnahme der Exporttätigkeit in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union war dabei weiterhin besonders ausgeprägt. Der Rückgang der Ausfuhren in den Euroraum und in Drittländer lag dagegen unter dem Durchschnitt.

Die nominalen Warenimporte sanken im November 2009 im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt zum zweiten Mal in Folge. Sie sind damit seit Beginn des Schlussquartals 2009 klar rückläufig. Das Vorjahresergebnis (nach Ursprungswerten) wurde im Oktober/November weiterhin spürbar unterschritten. Der deutliche Rückgang der Warenimporte spiegelt vermutlich die spürbare Abschwächung der industriellen Dynamik zu Beginn des 4. Quartals 2009 wider. Zudem dürften Vorratsdispositionen – nach der deutlichen Korrektur bei den Lagerinvestitionen im Vorquartal – die Importtätigkeit derzeit nicht zusätzlich stützen.

Zusammengenommen deuten die aktuellen Außenhandelszahlen auf einen spürbar positiven Impuls der Nettoexporte im Schlussquartal 2009 hin. Angesichts der im Vergleich zum Sommerhalbjahr zuletzt weniger dynamischen Entwicklung der industriellen Auslandsbestellungen könnte sich die Exportdynamik jedoch zu Beginn des Jahres 2010 abgeschwächt haben. Darüber hinaus deutet auch der OECD Composite Leading Indicator darauf hin, dass sich die globale wirtschaftliche Erholung zwar fortsetzt, aber – angesichts des allmählichen Auslaufens der weltweiten Konjunktur

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

stützenden Maßnahmen – an Schwung verlieren könnte.

Die Industrieindikatoren zeigten im November im Vergleich zum Vormonat zwar eine leichte Verbesserung. In der Grundtendenz sind sie nach spürbarer Expansion im Sommerhalbjahr 2009 – nun jedoch seitwärtsgerichtet. Die Industrieproduktion lag im Zweimonatsdurchschnitt (saisonbereinigt) nur knapp ½% über dem Ergebnis der entsprechenden Vorperiode. Im 3. Quartal hatte der Anstieg noch 3 ½ % betragen. Dämpfend wirkte vor allem ein Rückgang der Produktion von Investitionsgütern (Oktober/ November - 1,0 %), was auf ein deutliches Schrumpfen im Maschinenbau und eine Abschwächung des Produktionsanstiegs bei Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen zurückzuführen sein dürfte. Bei der Erzeugung von Vorleistungsgütern hielt der bisher beobachtete Aufwärtstrend dagegen an.

Auch das Umsatzwachstum in der Industrie hat sich in der Verlaufsbetrachtung im Oktober/ November 2009 deutlich abgeflacht. Während die Auslandsumsätze noch merklich anstiegen, stagnierten die Inlandsumsätze nahezu.

Die vergleichsweise geringe Ausweitung der Industrieproduktion ist u. a. auf eine geringere Dynamik der industriellen Auftragseingänge zurückzuführen. Zwar belebte sich die Bestelltätigkeit im November. Hierzu trugen vor allem positive Impulse der Nachfrage nach Investitionsgütern (Inland: +3,0 %, Ausland: +5,9 %) bei. Im Zweimonatsdurchschnitt war aber sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage der Grundtendenz nach seitwärtsgerichtet.

Die Entwicklung der Industrieindikatoren in den ersten beiden Monaten des Schlussquartals 2009 deutet damit darauf hin, dass das industrielle Expansionstempo der Sommermonate zum Jahresende nicht gehalten werden konnte. Angesichts der Rückgänge im Investitionsgüterbereich dürfte die Abschwächung in der Industrie insbesondere auf das Auslaufen der

Umweltprämie im vergangenen Jahr zurückzuführen sein. Eine Abschwächung der Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe signalisierte zuletzt ebenfalls der Rückgang einiger Teilkomponenten des Einkaufsmanagerindex.

Die Lage im Bauhauptgewerbe wird immer noch durch die vor allem im Verarbeitenden Gewerbe bestehenden Überkapazitäten belastet, durch die das Erweiterungsmotiv deutlich in den Hintergrund getreten sein dürfte. Begünstigt durch die Investitionsförderungen der Konjunkturpakete könnte sich jedoch die sich im November abzeichnende leichte Erholung der Bauproduktion in den nächsten Monaten fortsetzen. Darauf deutet zumindest ein Anstieg der Baugenehmigungen im Hochbau, insbesondere für öffentliche Bauherren im Oktober/November (saisonbereinigt + 16,5% gegenüber der Vorperiode) hin. Zudem war im Januar eine deutliche Verbesserung der ifo-Geschäftserwartungen für das Bauhauptgewerbe zu verzeichnen.

Die Anzeichen für eine nachlassende private Konsumtätigkeit im Schlussquartal 2009 haben sich mit Blick auf die Umsatzentwicklung im Einzelhandel verdichtet. Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) waren im November gegenüber dem Vormonat in realer Rechnung klar rückläufig (saisonbereinigt -1,7%) und sind im Mehrmonatsvergleich in der Grundtendenz nun seitwärtsgerichtet. Nach Ursprungswerten blieben die Verkaufserlöse im Oktober/November 2009 preisbereinigt um 1,6% hinter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes betrug der Rückgang der Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im Gesamtjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich real 2% (Ursprungswerte).

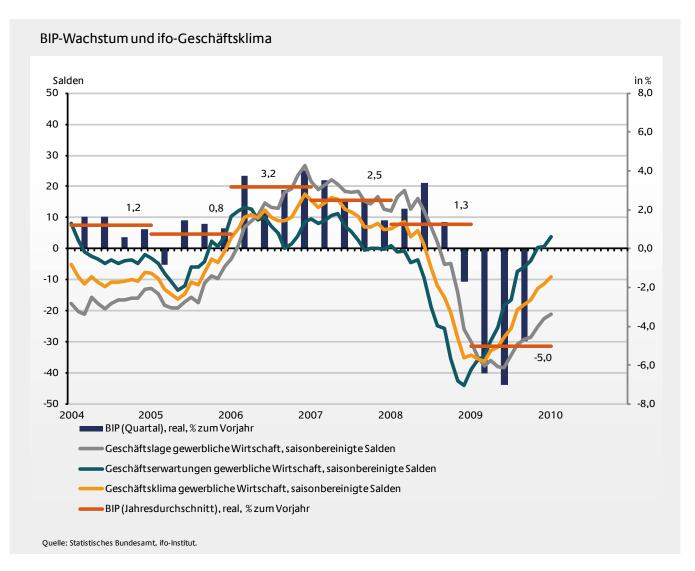
Im Kfz-Einzelhandel (inklusive Instandhaltung und Reparatur) kam es im November zu einem kräftigen Umsatzrückgang um (saison- und preisbereinigt) fast 6 %. Damit setzte sich der Abwärtstrend in diesem

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Bereich des Einzelhandels fort. Im Oktober/
November blieben die Verkaufserlöse um 5,3 %
hinter dem Ergebnis des vorangegangenen
Zweimonatsabschnitts zurück. Im selben
Zeitraum ergab sich im Vorjahresvergleich
jedoch noch ein leichtes Umsatzplus
von real 0,3 % (Ursprungswerte). In der
Umsatzentwicklung im Kfz-Einzelhandel
spiegelt sich zugleich eine deutliche Abnahme
der monatlichen Neuzulassungen privater
Pkw seit Herbst 2009 wider. Mit Auslaufen der
Umweltprämie hat die private Pkw-Nachfrage
damit offenbar merklich nachgelassen.

Auch die Entwicklung der Stimmungsindikatoren deutet nun tendenziell

auf eine Abschwächung der privaten Konsumtätigkeit hin. Zwar stieg der ifo-Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel im Dezember gegenüber dem Vormonat leicht an. Allerdings war die Verbesserung alleine auf eine deutlich günstigere Beurteilung der Geschäftserwartungen zurückzuführen. Die aktuelle Stimmungslage trübte sich im Dezember dagegen – nach vorübergehender Aufhellung im November – wieder deutlich ein. Zugleich kühlte sich das Konsumklima laut GfK-Umfrage zum Jahresende 2009 etwas ab. Hierzu hat insbesondere ein spürbarer Anstieg der Sparneigung beigetragen. Im Januar wurde bereits der dritte Rückgang des GfK-Indikators in Folge verzeichnet und



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

auch das ifo-Geschäftsklima im Einzelhandel verschlechterte sich leicht. Dies deutet auf einen weiterhin schwachen privaten Konsum zu Beginn dieses Jahres hin.

Die gestiegene Sparneigung und die damit verbundene Konsumzurückhaltung dürften ihre Ursache insbesondere in einer weiterhin bestehenden Unsicherheit hinsichtlich der persönlichen Arbeitsplatzperspektiven haben, wenngleich auch zum Jahresende 2009 eine ausgeprägte Reaktion am Arbeitsmarkt auf die bestehende Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten ausblieb. Vielmehr sank die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Dezember gegenüber dem Vormonat um 3 000 Personen. Im Vorjahresvergleich wurde ein Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit (nach Ursprungszahlen) um 173 000 Menschen auf 3,28 Millionen Personen verzeichnet, womit die entsprechende Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum um 0,4 Prozentpunkte auf 7,8 % zunahm.

Im Jahresdurchschnitt 2009 waren 3,42 Millionen Personen arbeitslos gemeldet, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 155 000 Personen entspricht. Nach ersten Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit gab es 2009 im Jahresdurchschnitt 1,06 Millionen konjunkturell bedingte Kurzarbeiter, was einem Beschäftigungsäquivalent von etwa 330 000 Arbeitskräften entspricht.

Die Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) verringerte sich im November gegenüber dem Vormonat um (saisonbereinigt)
18 000 Personen. Nach Ursprungswerten lag die Erwerbstätigenzahl bei 40,58 Millionen Personen und damit um 218 000 Personen niedriger als im November 2008.
Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nahmen im Oktober 2009 sowohl gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt - 7 000 Personen) als auch gegenüber dem Vorjahr (- 213 000 Personen nach Ursprungswerten) ab. Im Jahresdurchschnitt 2009 sank die Zahl der Erwerbstätigen nach vorläufigen Angaben

des Statistischen Bundesamtes leicht um 37 000 Personen auf 40,24 Millionen Personen.

Damit zeigten sich im Jahresdurchschnitt 2009 auf dem Arbeitsmarkt zwar durchaus negative Auswirkungen des drastischen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Das Ausmaß des Beschäftigungsabbaus wie auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist jedoch angesichts der Schärfe des gesamtwirtschaftlichen Produktionseinbruchs als vergleichsweise moderat zu beurteilen. Entlastend wirkte dabei insbesondere eine flexible Anpassung der zu leistenden Wochenarbeitszeit, die starke Inanspruchnahme der staatlich geförderten Kurzarbeiterregelung sowie der Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten. Mithilfe dieser Maßnahmen konnten die Unternehmen bisher verhindern, dass sich der rezessionsbedingte, starke Rückgang des Arbeitsvolumens in einen entsprechend ausgeprägten Beschäftigungsabbau übersetzt. Eine zusätzliche Entlastung für den Arbeitsmarkt ergab sich - nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung - im vergangenen Jahr aus einem Rückgang des Arbeitskräfteangebots um jahresdurchschnittlich 135 000 Personen. Die Beschäftigungsentwicklung war außerdem durch einen entlastenden Struktureffekt geprägt: Während sich die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung, die am meisten vom vorangegangenen wirtschaftlichen Aufschwung profitiert hatte, in der Rezession deutlich verringerte, nahm die Teilzeitbeschäftigung spürbar zu und dämpfte damit den Beschäftigungsrückgang.

Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität des vergangenen Jahres dürfte trotz der seit Sommer 2009 beobachteten konjunkturellen Erholung in diesem Jahr am Arbeitsmarkt deutlicher sichtbar werden. Dafür spricht die weiterhin bestehende erhebliche Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten. Die Beschäftigungspläne der Unternehmen

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

bleiben vor diesem Hintergrund und mit Blick auf aktuelle Umfrageergebnisse (Einkaufsmanagerindex) wohl weiter auf Personalreduzierung ausgerichtet.

Die Preisentwicklung in Deutschland trug im vergangenen Jahr zu einer Entlastung der privaten Haushaltseinkommen bei. Auch zum Jahresende hielt das günstige Preisklima auf der Verbraucherstufe an. Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland erhöhte sich im Dezember um 0,9 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zum Vormonat ergab sich ein Anstieg in etwa gleicher Größenordung (+ 0,8 %).

Im Jahresdurchschnitt 2009 stieg der VPI gegenüber dem Vorjahr um 0,4%. Eine ähnlich niedrige jahresdurchschnittliche Teuerungsrate hatte es zuletzt im Jahr 1999 gegeben (+ 0,6%). Die Jahresveränderungsrate wurde 2009 wesentlich durch Preisrückgänge bei Mineralölprodukten (-15,8%) und bei Nahrungsmitteln (-1,3%) bestimmt. Zugleich waren jedoch Preisanstiege bei Nettokaltmieten (+ 1,1%), Strom (+ 6,2%) sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+ 2,3%) zu beobachten.

Auf den vorgelagerten Stufen der Produktionskette waren zum Jahresende 2009 im Vorjahresvergleich erneut Preisrückgänge zu verzeichnen. Der

Importpreisindex blieb im Dezember 1,0% unterhalb des Vorjahresniveaus. Gegenüber dem Vormonat stieg der er um 0,5 % an. Damit hat sich der Vorjahresabstand im Vergleich zum November um vier Prozentpunkte verringert. Im Jahresdurchschnitt 2009 ging der Index der Einfuhrpreise um 8,6 % gegenüber 2008 zurück. Dies war vor allem auf eine Verbilligung von Energieträgern um insgesamt 29,6 % gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Im Jahresverlauf zeigten die Importe einzelner Energieträger jedoch eine unterschiedliche Preisentwicklung. So verteuerten sich beispielsweise die Preise für Rohöl- und Mineralölprodukte im November und Dezember spürbar, nachdem deren Preisentwicklung in den Monaten zuvor deutlich rückläufig gewesen war.

Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sanken im Dezember gegenüber dem Vorjahr um 5,2 %. Damit hat sich der Preisrückgang im Schlussquartal 2009 deutlich abgeschwächt. Im Jahresdurchschnitt 2009 lag der Erzeugerpreisindex 4,2 % unterhalb des durchschnittlichen Vorjahresniveaus, womit zugleich im Jahresdurchschnitt der stärkste Rückgang seit Beginn der Preiserhebung im Jahr 1949 verzeichnet wurde. Fast zwei Drittel des Preisrückgangs wurden durch niedrigere Energiepreise (-8,3 %) bestimmt. Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die Erzeugerpreise im Jahresdurchschnitt 2009 um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr.

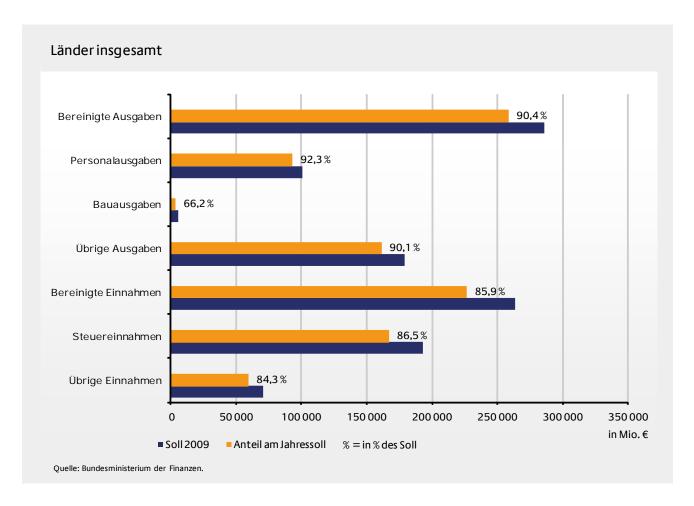
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2009

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2009

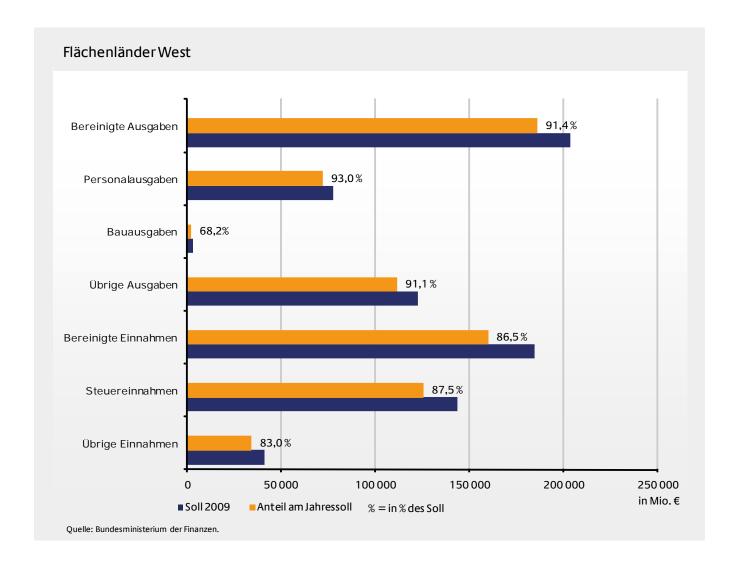
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich November 2009 vor.

Die Entwicklung der Länderhaushalte stellt sich bis einschließlich November deutlich ungünstiger dar als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Ländergesamtheit wies am Ende des Berichtszeitraums ein Finanzierungsdefizit von rund 32 Mrd. € aus, das sich damit um rund 27 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr verschlechterte. Die Planungen für das Jahr 2009 sehen ein Gesamtdefizit von rund - 22,3 Mrd. € vor. Während sich die Einnahmen der Ländergesamtheit gegenüber

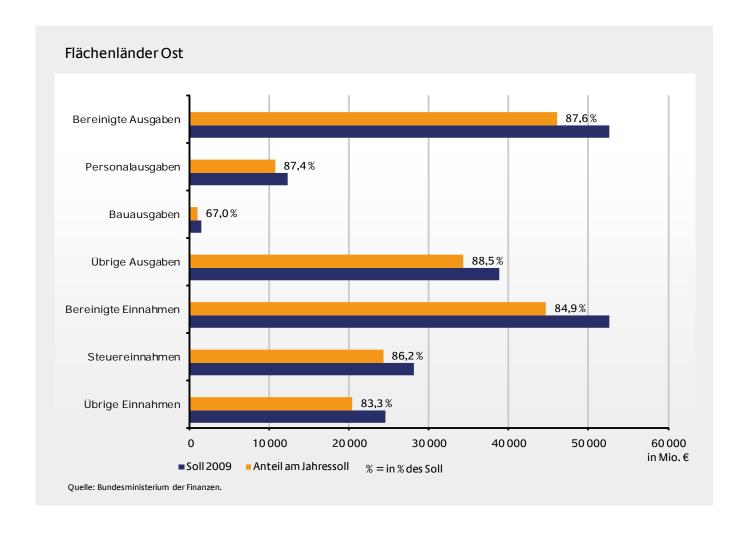
dem Vorjahr um - 5,2% verringerten, erhöhten sich die Ausgaben im gleichen Zeitraum um + 6,0%. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr um - 8,0% gesunken. In den Stadtstaaten verringerten sich die Steuereinnahmen um - 12,9%, bei den ostdeutschen Flächenländern um - 8,0% und bei den westdeutschen Flächenländern um - 7,3%. Die Ausgaben erhöhten sich in den Flächenländern West um + 8,1%, in den Flächenländern Ost um + 1,4% und in den Stadtstaaten um + 0,6%. Für das Gesamtjahr haben die Länder einen Ausgabenanstieg von + 3,9% und einen Einnahmenrückgang von - 4,3% geplant.



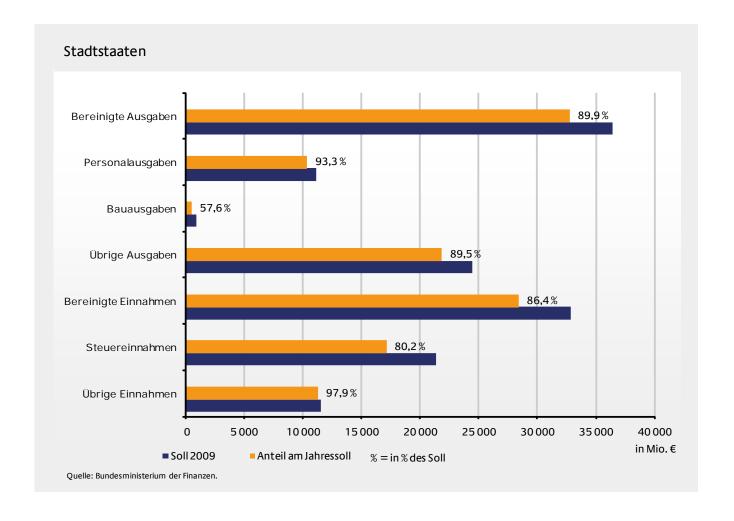
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2009



EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 19. Januar in Brüssel

Besteuerung

Die ECOFIN-Minister einigten sich auf eine allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (Beitreibungsrichtlinie). Mit der Richtlinie werden folgende Ziele verfolgt: Die Ausweitung des geltenden Rechts auf andere Steuern und Abgaben, die Einführung eines einheitlichen elektronischen Vollstreckungstitels, die Durchsetzung des OECD-Standards hinsichtlich Bankauskünften. die Einführung eines freiwilligen spontanen Informationsaustausches bei hohen Erstattungssummen, die Anwesenheit ausländischer Bediensteter im Inland nach Absprache zur Beschleunigung der Beitreibungsmaßnahme sowie die Einführung des ausschließlichen elektronischen Geschäftsverkehrs.

Zu den Richtlinien über die Besteuerung von Zinserträgen und über die Verwaltungszusammenarbeit (sogenannte Amtshilferichtlinie) konnte dagegen noch keine Einigung auf eine allgemeine Ausrichtung erzielt werden. Beide Dossiers möchte die spanische Präsidentschaft weiter beraten und eine Einigung bis Mitte 2010 herbeiführen.

Erläuterung des Arbeitsprogramms des Vorsitzes

Die spanische Finanz- und Wirtschaftsministerin Elena Salgado hat das ECOFIN-Programm für die nächsten sechs Monate unter spanischer Präsidentschaft vorgestellt. Aus dem Programm ergeben sich folgende Schwerpunkte:

Ausstiegsstrategien: Prüfung eines Auslaufens der öffentlichen Stützungsmaßnahmen

Die spanische Präsidentschaft führt aus, dass, solange das Vertrauen noch nicht wieder voll hergestellt ist und ein sich selbsttragender Aufschwung nicht zu verzeichnen ist, die Stützungsmaßnahmen nicht auslaufen dürften. Der Abbau der Stützungsmaßnahmen erfordere eine enge Koordinierung auf europäischer wie internationaler Ebene. Die Exitstrategien dürften nicht nur definiert werden als Abbau der Stützungsmaßnahmen. vielmehr müssten auch neue Maßnahmen zur Förderung eines stabilen, ausgeglichenen und nachhaltigen Wachstums ergriffen werden. In diesem Zusammenhang verweist das Programm insbesondere auf Überlegungen zur Zukunft der Lissabon-Strategie (EU 2020). Im Finanzmarktbereich stehe ebenfalls ein langsames Auslaufen der Stützungsmaßnahmen an. Die spanische Präsidentschaft werde die Arbeiten zur Umsetzung der Beschlüsse zur europäischen Finanzaufsicht fortsetzen. Hinsichtlich der öffentlichen Finanzen wird betont, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt das geeignete Instrument für die Rückführung der öffentlichen Defizite ist.

EU 2020: Koordinierung einer langfristigen Wachstumsstrategie

Angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtungen auf europäischer wie internationaler Ebene sei eine Verständigung über Reformprioritäten für nationale und europäische Politiken notwendig. Die Koordinierung dieser Politiken und auch die Kommunikationspolitik müssten verbessert werden. Künftig müsse es vor allem um eine Erhöhung des Potenzialwachstums gehen. Als besondere Felder werden genannt: die Alterung der Gesellschaft, die Bekämpfung

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

der Arbeitslosigkeit und der Kampf gegen den Klimawandel. Auch seien effiziente Verfahren (Governance-Struktur) mit klaren Überwachungsmechanismen nötig.

Stärkung der externen Dimension der EU: G20 und Klimawandel

Das im G20-Prozess ins Leben gerufene neue Rahmenwerk für ein starkes nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum sei eine einmalige Möglichkeit, den Einfluss der EU auf die Ausrichtung des internationalen Wirtschaftssystems zu stärken. Die G20 müsse sich auf zwei Bereiche konzentrieren, die Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) und die Stärkung des internationalen Finanzsystems. Die externe Dimension beinhalte auch die Stärkung der Beziehungen zu den Mittelmeeranrainern.

Ein wichtiges Thema des ECOFIN-Rates sei die Diskussion über den EU-Beitrag zur Finanzierung der in Kopenhagen von den Industrieländern zugesagten Unterstützung bis 2020 in Höhe von 100 Mrd. US-Dollar jährlich für die Entwicklungsländer für den Kampf gegen den Klimawandel. Außerdem solle analysiert werden, wie der am Ende von der EU zugesagte Beitrag gerecht zwischen den Mitgliedstaaten aufgeteilt werden soll, wobei die Zahlungsfähigkeit berücksichtigt werden solle

Besteuerung: der Kampf gegen Steuerbetrug

Die spanische Präsidentschaft legt großen Wert auf die Kooperation der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Steuerbetrug, sowohl bei der direkten wie auch bei der indirekten Besteuerung. Im Bereich der direkten Besteuerung würden die Richtlinien zur Besteuerung von Zinserträgen, über die Beitreibung von Steuerforderungen und über die Verwaltungszusammenarbeit weiter behandelt. Zudem werde der Abschluss von Betrugsbekämpfungsabkommen mit Drittstaaten angestrebt.

Im Rahmen des Verhaltenskodexes für die Unternehmensbesteuerung will die spanische Präsidentschaft einen Schwerpunkt auf die Missbrauchsbekämpfung legen (Ausnutzung der unterschiedlichen Steuersysteme der Mitgliedstaaten mit dem Ziel der gezielten Steuervermeidung). Weitere Schwerpunkte bilden die Arbeiten an EUROFISC (einem dezentralen Netzwerk zum Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich Mehrwertsteuerbetrug) und ein neuer Vorschlag für Mehrwertsteuer-Vorschriften für die elektronische Rechnungsstellung.

Ein effizienteres Steuersystem

Die spanische Präsidentschaft strebt eine Änderung der Energiesteuerrichtlinie an, um umweltbezogene Elemente zu berücksichtigen. Ziel ist die Förderung von Energieeffizienz.

Besteuerung

Zu dem Betrugsbekämpfungsabkommen mit Liechtenstein sowie dem Verhandlungsmandat für Betrugsbekämpfungsabkommen mit weiteren Drittstaaten hielt die spanische Vorsitzende fest, dass die Diskussionen im ECOFIN-Rat im Februar oder März fortgeführt werden sollen. Inhalt des Betrugsbekämpfungsabkommens mit Liechtenstein sind Vorschriften zur allgemeinen Betrugsbekämpfung wie auch zum steuerlichen Informationsaustausch. Zentraler Punkt hierbei ist die Festschreibung des OECD-Standards zum steuerlichen Informationsaustausch, der damit einheitlich im Verhältnis zwischen den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten und Liechtenstein gelten soll. Der OECD-Standard sieht insbesondere die Verpflichtung zur Beantwortung von Einzelauskunftsersuchen einschließlich Bankauskunftsersuchen vor.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Statistiken: Eurostat-Bericht

Das statistische Amt der Kommission, Eurostat, hatte Vorbehalte gegenüber den von Griechenland im Oktober notifizierten Haushaltsdaten für den Zeitraum 2005 bis 2008 angemeldet. Die Kommission (Eurostat) hat einen Vorabbericht zu den Hintergründen der griechischen Datenrevisionen vorgelegt. Die ECOFIN-Minister beschlossen einvernehmlich Schlussfolgerungen zum Eurostat-Bericht über die griechischen Statistikprobleme. Darin wird begrüßt, dass Griechenland Maßnahmen zur Behebung der Probleme initiiert hat. Die Kommission wird aufgefordert, die griechischen Behörden zu unterstützen. Aufgrund der festgestellten Mängel kündigte die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zur Stärkung der Aufsichtsbefugnisse von Eurostat an.

Zudem plane die Kommission, erneut ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der nicht korrekten statistischen Daten gegenüber Griechenland einzuleiten. Der griechische Finanzminister Giorgos Papakonstantinou versicherte, eine rasche und umfassende Lösung der Probleme herbeiführen zu wollen, und berichtete über erste von der griechischen Regierung getroffene Maßnahmen. Die spanische Präsidentschaft kündigte für Februar weitere konkrete Empfehlungen des ECOFIN-Rates zur Verbesserung des griechischen Statistikwesens an.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

5./6. Februar 2010	G7-Finanzministertreffen in Iqaluit/Kanada
15./16. Februar 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
15./16. März 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
25./26. März	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010 (2. Regierungsentwurf)

3. bis 5. November 2009	Steuerschätzung
bis 4. Dezember 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
11. Dezember 2009	Zuleitung an Kabinett
16. Dezember 2009	Kabinettbeschluss
1. Januar 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
19. bis 22. Januar 2010	1. Lesung Bundestag
12. Februar 2010	1. Beratung Bundesrat
27. Januar bis 4. März 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
4. März 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
16. bis 19. März 2010	2./3. Lesung Bundestag
26. März 2010	2. Beratung Bundesrat
Mitte April 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Februar 2010	Januar 2010	22. Februar 2010
März 2010	Februar 2010	22. März 2010
April 2010	März 2010	22. April 2010
Mai 2010	April 2010	20. Mai 2010
Juni 2010	Mai 2010	21. Juni 2010
Juli 2010	Juni 2010	19. Juli 2010
August 2010	Juli 2010	20. August 2010
September 2010	August 2010	20. September 2010
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 \in / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Entwurf des Bundeshaushalts 2010	40
Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz	56
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Jahr 2009	
Gerechtigkeitswahrnehmung von Steuer- und Sozialsystemreformen	
Aktuelle Arbeitsmarktentwicklung in ausgewählten Mitgliedstaaten des Euroraums	73

ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

Weiterer Meilenstein zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise

1	Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption	41
1.1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2009 und 2010	41
1.2	Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes	41
1.3	Das Sofortprogramm der Bundesregierung	42
2	Bundeshaushalt 2010	4 3
2.1	Strukturelles Defizit 2010 ist Ausgangspunkt für die neue Schuldenregel	44
3	Wesentliche Politikbereiche	45
3.1	Bildung und Forschung	45
3.2	Entwicklungszusammenarbeit	46
3.3	Innenpolitik	47
3.4	Verteidigung	47
3.5	Umwelt- und Klimaschutz	48
3.6	Wirtschafts- und Technologieförderung	49
3.7	Verkehr und Wohnungswesen	49
3.8	Renten- und Krankenversicherung	50
3.9	Arbeitsmarkt	51
3.10	Familie	52
3.11	Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	52
4	Einnahmen	53
4.1	Steuereinnahmen	53
4.2	Steuerpolitische Maßnahmen	53
5	Personal und Verwaltung	55

- Mit einem Betrag von rund 85,8 Mrd. € wird die Nettokreditaufnahme im Jahr 2010 eine in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher beispiellose Höhe erreichen.
- Im Entwurf des Bundeshaushalts 2010 werden die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP enthaltenen Maßnahmen des Sofortprogramms umgesetzt. Die Bundesregierung wird die wirtschaftliche Erholung und die Binnenkonjunktur auch 2010 weiter unterstützen.
- Zentrale finanzpolitische Herausforderung ist der Abbau der strukturellen Verschuldung: Das strukturelle Defizit des Jahres 2010 in Höhe von annähernd 70 Mrd. € muss ab dem Jahr 2011 in gleichmäßigen Schritten bis auf circa 10 Mrd. € im Jahr 2016 zurückgeführt werden.

ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010

1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2009 und 2010

Im Winterhalbjahr 2008/2009 kam es in Deutschland im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem drastischen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität. Die Industrieproduktion ging in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zurück und lag auf ihrem konjunkturellen Tiefpunkt im April dieses Jahres rund 30 % niedriger als ein Jahr zuvor. Im 2. Quartal 2009 setzte eine allmähliche konjunkturelle Erholung ein, die sich im 3. Quartal beschleunigt fortgesetzt hat. So ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 2. Quartal um 0,4% und im 3. Quartal um 0,7% gegenüber dem jeweiligen Vorquartal angestiegen (jeweils preis-, kalender- und saisonbereinigt). Während sich die wirtschaftliche Erholung zu festigen scheint, ist am Vorjahresvergleich weiterhin die Schärfe des konjunkturellen Einbruchs abzulesen. Die Wirtschaftsleistung im 3. Quartal 2009 lag um real 4,7% niedriger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Ihr dramatischer Rückgang führte zu einem Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um 0,7% (Stand: September 2009). Dabei hat der anhaltende Zuwachs bei der Teilzeitbeschäftigung den spürbaren Rückgang bei der Vollzeitbeschäftigung gedämpft. Ein weiterer Faktor, der zur Sicherung von Beschäftigung beigetragen hat, war die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kurzarbeit.

Die Exporte, die im Jahr 2009 deutlich zurückgegangen sind, werden im Zuge einer allmählichen weltwirtschaftlichen Erholung in diesem Jahr wieder ansteigen. Durch die Inlandsnachfrage ergaben sich im Jahr 2009 insgesamt – ungeachtet der stabilisierenden Wirkung der privaten Konsumausgaben – noch negative Impulse. Besonders belastend wirkt dabei der drastische Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen, der zugleich die erhebliche Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen
Produktionskapazitäten widerspiegelt. Im
Jahr 2010 wird die Inlandsnachfrage dagegen stützend wirken, wobei die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen vor allem von den staatlichen Bauinvestitionen begünstigt werden dürfte. Der private Konsum wird im Jahr 2010 dagegen rückläufig sein.

Es ist davon auszugehen, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten auch im Jahr 2010 in hohem Maße unterausgelastet bleiben werden. Dies führt – mit zeitlicher Verzögerung – zu zunehmenden Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt.

1.2 Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes

Die fortdauernde Unterauslastung der Produktionskapazitäten, das im Jahr 2010 niedrige Wirtschaftswachstum und in besonderem Maße die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigen deutlich, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht im Jahr 2010 – wie bereits im Jahr 2009 – ernsthaft und nachhaltig gestört sein wird.

Mit einem Betrag von rund 85,8 Mrd. € wird die Nettokreditaufnahme im Jahr 2010 eine in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher beispiellose Höhe erreichen. Aber: Zu einer expansiv wirkenden Haushalts- und Finanzpolitik gibt es in der gegenwärtigen Situation keine vernünftige Alternative. Nur wenn die noch fragile Wachstumsdynamik wirkungsvoll unterstützt wird, kann es gelingen, die Krise nachhaltig zu überwinden und danach wieder erfolgreich auf einen finanzwirtschaftlich stabilen Pfad zurückzukehren. Mit den im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP enthaltenen Maßnahmen des Sofortprogramms wird die Bundesregierung die wirtschaftliche Erholung und die Binnenkonjunktur auch im Jahr 2010 weiter unterstützen.

ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010

Darüber hinaus werden gerade auch die bereits im Zusammenhang mit den Konjunkturpaketen I und II sowie dem Bürgerentlastungsgesetz ergriffenen Maßnahmen im Jahr 2010 wachstumsfördernde Impulse setzen. So stützen z. B. die bereits im Frühjahr 2009 beschlossene spürbare Einkommensteuersenkung, die Senkung sowohl des paritätisch finanzierten Beitragssatzes der Gesetzlichen Krankenversicherung als auch des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, die erweiterte Absetzbarkeit der Vorsorgeaufwendungen für Krankenversicherungsbeiträge sowie die vollständige Wiedereinführung der Pendlerpauschale die Einkommensentwicklung und tragen mit dazu bei, dass der private Konsum eine wichtige Stabilisierungskraft entfalten kann. Die Bundesregierung setzt zudem bewusst auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren. Die durch steigende Arbeitslosigkeit und konjunkturell bedingt niedrigere Steuereinnahmen entstehenden Finanzierungslücken im Bundeshaushalt und in den Sozialkassen werden nicht dadurch aufgefangen, dass Ausgaben gekürzt beziehungsweise Steuern und Abgaben erhöht werden. So würden nämlich unweigerlich die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft und die sich jetzt langsam abzeichnende konjunkturelle Erholung wieder gefährdet. Um dies zu vermeiden, ist eine vorübergehende und deutliche Erhöhung der Neuverschuldung unausweichlich.

Dies bedeutet aber keinesfalls eine Abkehr vom Kurs einer langfristig soliden und tragfähigen Finanzpolitik. Vielmehr ist es eine der zentralen Herausforderungen der gerade begonnenen Legislaturperiode, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen nachhaltig zu sichern. Sobald die Krise überwunden ist, wird die Bundesregierung deshalb wieder auf einen strikten Konsolidierungspfad zurückkehren. Nur dadurch werden wir die – auch im

Sinne einer generationengerechten Finanzpolitik – notwendigen finanzpolitischen Handlungsspielräume wieder zurückerlangen können.

1.3 Das Sofortprogramm der Bundesregierung

Um die Erholung der deutschen Wirtschaft auf eine stabile Binnenkonjunktur zu stützen, ist es entscheidend, Wachstumshemmnisse zu beseitigen und finanzielle Spielräume der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft zu schaffen. Hierzu leistet das auf den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und FDP aufbauende Sofortprogramm der Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag: Durch das Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) werden Familien von deutlichen Entlastungen bei der Einkommensteuer profitieren. So werden die Kinderfreibeträge für jedes Kind angehoben und das Kindergeld – zum zweiten Mal innerhalb von zwölf Monaten – erhöht. Das hilft vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Gleichzeitig sieht das Wachstumsbeschleunigungsgesetz Maßnahmen vor, die es Unternehmen erleichtern sollen, die unmittelbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise besser zu verkraften und ihre internationale Wettbewerbsposition zu stärken.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung mit dem Entwurf des "Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetzes" Maßnahmen auf den Weg gebracht, mit denen krisenbedingte Einnahmeausfälle bei der Arbeitslosen- und Krankenversicherung aufgefangen sowie die negative Einkommensentwicklung der Landwirte abgefedert werden sollen. So wird das bislang für die Bundesagentur für Arbeit eingeplante Darlehen des Bundes befristet für das Jahr 2010 in einen Zuschuss umgewandelt. Entsprechend der Daten, die dem am 16. Dezember 2009 beschlossenen Regierungsentwurf zugrunde liegen, wird es voraussichtlich 16 Mrd. € betragen. Ohne diese Umwandlung müsste der Beitragssatz zur

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

Arbeitslosenversicherung signifikant erhöht werden, um so der Bundesagentur für Arbeit eine zeitnahe Rückzahlung des Darlehens zu ermöglichen. Bei der Gesetzlichen Krankenversicherung wird es im nächsten Jahr ungeachtet der prognostizierten leichten wirtschaftlichen Erholung zu krisenbedingten Beitragsausfällen kommen – ursächlich hierfür ist die zunächst weiter zunehmende Arbeitslosigkeit. Die Bundesregierung reagiert auf diese Entwicklung mit einem einmaligen zusätzlichen Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in Höhe von 3.9 Mrd. €. Ohne diesen Zuschuss wären die Gesetzlichen Krankenkassen in erheblichem Umfang gezwungen, Zusatzbeiträge von ihren Versicherten zu erheben. Dies widerspräche der Zielsetzung der Bundesregierung, zusätzliche Belastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu vermeiden und gleichzeitig die Lohnnebenkosten zu stabilisieren. Damit von krisenbedingter Arbeitslosigkeit Betroffene nicht gezwungen werden, ihre privat angesparte Altersvorsorge für ihren aktuellen Lebensunterhalt aufzuzehren, wird die Bundesregierung darüber hinaus das Schonvermögen im SGB II erhöhen. Der Freibetrag für Vermögen, das verbindlich zum Zwecke der Altersvorsorge bestimmt ist, soll auf 750 € pro Lebensjahr angehoben werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Sofortprogramms ist die Einkommenssicherung im Bereich der Landwirtschaft. Insgesamt stellt die Bundesregierung hierfür in den Jahren 2010 und 2011 zusätzliche Mittel in Höhe von 750 Mio. € bereit, davon 425 Mio. € im Jahr 2010. Darin enthalten ist das sogenannte "Grünlandmilchprogramm" mit Mitteln in Höhe von 300 Mio. € für das Jahr 2010. Mit diesem Programm sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Milchwirtschaft in Deutschland erhalten und Einkommensausfälle bei den Landwirten kompensiert werden. Gleichzeitig wird zur Vermeidung von Beitragserhöhungen der

Bundeszuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung erhöht. Zudem wird der Bund zusätzliche Mittel in Höhe von 25 Mio. € für ein Liquiditätshilfeprogramm für Landwirte zur Verfügung stellen.

Bildung und Forschung sind der Schlüssel für Innovationen. Und Innovationen sind – gerade für eine ressourcenarme Volkswirtschaft – der Motor für Wachstum und Wohlstand. Um die langfristige Zukunftskraft Deutschlands zu sichern, wird die Bundesregierung die deutsche Bildungs- und Forschungslandschaft in den Jahren 2010 bis 2013 mit einem 12 Mrd. €-Programm stärken. Im Bundeshaushalt 2010 wird die erste Tranche dieses Programms umgesetzt. Mit 400 Mio. € werden zusätzliche Forschungsausgaben finanziert, 350 Mio. € kommen dem Bereich Bildung zugute.

2 Bundeshaushalt 2010

Ursprünglich sah die Finanzplanung des Bundes für die Jahre 2008 bis 2012 für das Jahr 2010 eine Neuverschuldung in Höhe von 6 Mrd. € vor. Im nun von der Bundesregierung vorgelegten zweiten Entwurf des Bundeshaushalts 2010 steigt die Nettokreditaufnahme um rund 80 Mrd. € auf 85,8 Mrd. €. Damit erreicht die veranschlagte Neuverschuldung ein Rekordniveau. Gleichzeitig fallen die Steuereinnahmen mit 211,9 Mrd. € wieder annähernd auf das Niveau des Jahres 2006 zurück. Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2010 enthält folgende Eckwerte (siehe Tabelle 1).

Die Veränderungen auf der Einnahmeseite resultieren zum einen aus den konjunkturell bedingten Steuermindereinnahmen. Zum anderen schlagen sich hier die steuerlichen Entlastungen und Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur nieder. Insgesamt ergeben sich für den Bundeshaushalt 2010 Steuermindereinnahmen in Höhe von rund 43,5 Mrd. € im Vergleich zur Finanzplanung. Für die finanziellen Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes sind

ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010

Tabelle 1: Eckwerte zum Bundeshaushalt 2010

	Ist	Soll	Entwurf
	2008	2009 ¹	2010
		in Mrd. €	
Ausgaben	282,3	303,3	325,4
Veränderung ggü. Vorjahr in %	+4,4	+7,4	+7,3
Einnahmen	282,3	303,3	325,4
Steuereinnahmen	239,2	224,1	211,9
Sonstige Einnahmen	31,5	30,2	27,7
davon Einnahmen aus Kapitalvermögen (u. a. Privatisierung)	6,7	2,0	2,3
Nettokreditaufnahme	11,5	49,1	85,8
nachrichtlich: Investitionen	24,3	32,8	28,7

¹Stand: Zweiter Nachtragshaushalt 2009 (Differenzen durch Rundung möglich).

dabei steuerliche Mindereinnahmen in Höhe von rund 3,9 Mrd. € eingeplant. Im Rahmen der sonstigen Einnahmen werden die Einnahmen aus Privatisierungserlösen u. a. aufgrund der Aussetzung der Privatisierung der Deutschen Bahn AG um rund 4,25 Mrd. € geringer ausfallen.

Auf der Ausgabenseite werden die unmittelbaren Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise u. a. in den Bereichen Arbeitsmarkt und Gesetzliche Krankenversicherung deutlich sichtbar. Gleichzeitig schlagen sich die zur Bewältigung der Krise ergriffenen konjunkturstützenden Maßnahmen nieder. Die Gesamtausgaben im Bundeshaushalt 2010 steigen im Vergleich zum bisherigen Finanzplanungsansatz für das Jahr 2010 um insgesamt 33 Mrd. €.

Neben den bereits angesprochenen
Maßnahmen des Sofortprogramms ergeben
sich auf der Ausgabenseite zusätzlich folgende
wesentliche Veränderungen: Mit dem zweiten
Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt
2010 werden zusätzliche Mittel für
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, für
das Arbeitslosengeld II sowie für Leistungen
des Bundes für die Kosten der Unterkunft in
Höhe von insgesamt 6,7 Mrd. € zur Verfügung

gestellt. Hinzu treten zusätzliche Investitionen im Verkehrsbereich in Höhe von rund 1,0 Mrd. € sowie eine Risikovorsorge in Höhe von 1,5 Mrd. € für die zusätzlichen Garantie-und Bürgschaftsprogramme für die Wirtschaft. Gleichzeitig können jedoch aufgrund des günstigen Zinsniveaus die Ansätze für die Zinsausgaben im Bundeshaushalt deutlich – um rund 5,4 Mrd. € – reduziert werden.

2.1 Strukturelles Defizit 2010 ist Ausgangspunkt für die neue Schuldenregel

Ein wesentlicher Baustein für die mittel- und langfristige Konsolidierung ist die neue Schuldenregel im Artikel 115 Grundgesetz, die Bundesregierung und Haushaltsgesetzgeber – beginnend mit dem Jahr 2011 – zu einer stufenweisen Rückführung der Nettokreditaufnahme verpflichtet und für den Bund im Haushaltsjahr 2016 dann erstmalig ihre volle Wirksamkeit entfalten wird.

Der Grundsatz des ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts gilt bezogen auf die um finanzielle Transaktionen bereinigten Einnahmen und Ausgaben. Darüber hinaus werden die Auswirkungen konjunktureller Entwicklungen auf den

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

Tabelle 2: Berechnung der strukturellen Kreditaufnahme 2010 nach derzeitigem Stand

Nettokreditaufnahme laut Regierungsentwurf 2010	85,8 Mrd. €
Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um den Saldo der finanziellen Transaktionen	-1,0 Mrd. €
Abzug des durch die Konjunkturkomponente gewährten zusätzlichen Nettokreditaufnahmespielraums	-16,5 Mrd. €
Strukturelle Nettokreditaufnahme	68,3 Mrd. €
Nominales BIP (Stand Herbstprognose 2009)	2 399 Mrd. €
Strukturelle Nettokreditaufnahme 2010 in % des BIP als Ausgangswert für den Abbaupfad	2,8 %
Jährliche Abbauschritte ab dem Jahr 2011 bei gleichmäßiger Aufteilung der Abbauverpflichtung bis zu einer zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme von 0,35 % des BIP im Jahr 2016	0,4 %

Differenzen durch Rundung möglich.

Haushalt in Auf- und Abschwüngen gleichermaßen berücksichtigt, um somit einen Spielraum für das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren zu gewähren. Der generell zulässige Verschuldungsspielraum in Höhe von 0,35 % des BIP wird damit in schlechten Zeiten entsprechend den konjunkturellen Wirkungen erweitert und in guten Zeiten verringert. Das Konjunkturbereinigungsverfahren orientiert sich am Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Referenzwert für den Abbaupfad ist die strukturelle Verschuldung des Jahres 2010: Das strukturelle Defizit des Jahres 2010 in Höhe von annähernd 70 Mrd. € muss ab dem Jahr 2011 in gleichmäßigen Schritten bis auf 0,35 % des BIP beziehungsweise circa 10 Mrd. € im Jahr 2016 zurückgeführt werden.

Die sich aus dem Abbaupfad ergebenden hohen Anforderungen an die Konsolidierungsschritte der kommenden Jahre werden erst mit dem Haushaltsentwurf 2011 und dem dann neu zu erstellenden Finanzplan sichtbar werden. Bereits jetzt zeichnet sich aber deutlich ab, dass die Einhaltung der neuen Schuldenregel die zentrale finanzpolitische Herausforderung der gerade begonnenen Legislaturperiode sein wird.

3 Wesentliche Politikbereiche

3.1 Bildung und Forschung

Die Bundesregierung räumt Bildung und Forschung eine hohe Priorität ein. Im Jahr 2010 stehen für den Einzelplan 30 – Bildung und Forschung – rund 10,9 Mrd. € zur Verfügung.

Deutschland soll Bildungsrepublik werden: ein Land, das mit bester Bildung und fairen Startund Aufstiegschancen die Teilhabe aller an der modernen Wissensgesellschaft ermöglicht. Deshalb wird die Bundesregierung ihren Beitrag zur Bekämpfung von Bildungsarmut leisten. Durch die Unterstützung lokaler Bildungsbündnisse sollen leistungsschwache Kinder und Jugendliche besser individuell gefördert werden. Schon vor der Einschulung müssen alle Kinder die deutsche Sprache beherrschen, deshalb wird die Bundesregierung bundesweit vergleichbare Sprachstandstests sowie eine gezielte Sprachförderung unterstützen. Die frühe berufliche Orientierung von Jugendlichen wird ausgebaut und das Übergangssystem gestrafft, sodass auch benachteiligte Jugendliche einen Berufsabschluss erhalten können. Für die Innovationsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist es von großer Bedeutung, dass viele junge Menschen ein Hochschulstudium aufnehmen und erfolgreich abschließen. Deshalb vereinbart das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit den Ländern

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

ein Bologna-Qualitäts- und Mobilitätspaket, durch das die Lehre an den Hochschulen, die Betreuungsrelation und die Möglichkeiten eines Hochschulwechsels verbessert werden. Um die Studienfinanzierung besserzustellen, wird das BAföG weiter ausgebaut und ein nationales Stipendiensystem ins Leben gerufen. Dadurch wird auch die Bereitschaft zu mehr privaten Bildungsinvestitionen erhöht. Die Bundesregierung wird dazu Gespräche mit den Ländern führen.

Durch die Fortsetzung der drei Pakte – Hochschulpakt, Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung und Innovation – wird das deutsche Wissenschaftssystem gestärkt und international noch wettbewerbsfähiger gemacht.

Die Bundesregierung wird die Hightech-Strategie entlang der im Koalitionsvertrag vereinbarten Prioritäten weiterentwickeln und Innovationen in Zukunftsbranchen gezielt vorantreiben. Ressortübergreifend stehen die Schwerpunkte Energie/Klima, Sicherheit, Gesundheit/Ernährung, Mobilität sowie Kommunikation im Vordergrund. Innovationen durch Forschung und Entwicklung an den Grenzen der Disziplinen bieten große Chancen. Deshalb werden Kooperationen in strategischen Partnerschaften etwa im Bereich der Batterieforschung oder der Medizintechnik besonders gefördert. Innovative mittelständische Unternehmen haben für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft eine besondere Bedeutung; deshalb wird das Programm "KMU-innovativ" ausgebaut.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Internationalisierung von Bildung und Forschung, besonders in der Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern.

3.2 Entwicklungszusammenarbeit

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit erhebliche finanzielle Steigerungen beschlossen, die sich überwiegend im Einzelplan 23 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), aber auch in den Etats anderer Ressorts wiederfinden. Das erreichte hohe Niveau wird ungeachtet der enormen haushalterischen Belastungen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise beibehalten.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung im Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) einen Betrag von 100 Mio. € für Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln können Entwicklungsländer ihre Infrastrukturprojekte, die sonst aufgrund der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise nicht realisierbar wären, fortsetzen. Zusammen mit einem aus diesen Mitteln zinssubventionierten Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ergibt sich damit zusätzlich zu den Aufstockungen der vergangenen Jahre ein weiterer Betrag von circa 500 Mio. € für entwicklungspolitische Zwecke.

Zusätzlich zu den Ansätzen des ersten Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2010 erhält das BMZ 44 Mio. € an Barmitteln. Diese Mittel sind notwendig im Zusammenhang mit der auf dem G8-Gipfel im Juli 2009 in L'Aquila abgegebenen Zusage, wonach Deutschland in den Jahren 2010 bis 2012 jährlich 700 Mio. € für die globale Ernährungssicherung bereitstellt.

Durch Umschichtungen innerhalb
des Einzelplans 23 werden die
zivilgesellschaftlichen Träger in
der Entwicklungszusammenarbeit
gestärkt. So erhöhen sich die Ansätze
für Kirchen, politische Stiftungen
und entwicklungspolitische
Nichtregierungsorganisationen um insgesamt
43 Mio. €. Dies entspricht der Leitentscheidung
des Koalitionsvertrages, in diesem Bereich eine
besondere Priorität zu setzen. Auch bei den
Ansätzen für Entwicklungspartnerschaften
mit der Wirtschaft ist gegenüber dem ersten
Regierungsentwurf eine Steigerung von
10 Mio. € vorgesehen.

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

Der zweite Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2010 zeigt, dass sich die Bundesregierung weiterhin zu ihren internationalen entwicklungspolitischen Verpflichtungen bekennt. Zur Erreichung des EU-ODA-Ziels von 0,7% des BNE im Jahr 2015 sind allerdings nicht nur allgemeine Haushaltsmittel erforderlich. Vielmehr müssen auch innovative Finanzierungsinstrumente einen wesentlichen Beitrag leisten. Eine erste Finanzierungsquelle sind die Einnahmen aus dem Emissionshandel, von denen die Bundesregierung seit dem Jahr 2008 einen Teil für die Entwicklungszusammenarbeit und damit für die ODA-Quote einsetzt.

3.3 Innenpolitik

Im Bundeshaushalt 2010 sind für den Einzelplan des Bundesministeriums des Innern (BMI) Ausgaben in Höhe von rund 5,6 Mrd. € vorgesehen. Hiervon entfallen mit rund 3,77 Mrd. € mehr als zwei Drittel auf den Bereich der Inneren Sicherheit, wodurch die Bundesregierung erneut unterstreicht, welche Bedeutung sie diesem Bereich zumisst.

Neben den Mitteln für die Bundespolizei in Höhe von rund 2,4 Mrd. € und für das Bundeskriminalamt in Höhe von 383 Mio. € sind darin u. a. auch Mittel in Höhe von 106 Mio. € für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie Mittel für das Technische Hilfswerk in Höhe von 178 Mio. € enthalten, die damit ihre Aufgaben weiterhin auf hohem Niveau fortführen können.

Aufgrund des erwarteten höheren Zuspruchs und der Ausweitung der Integrationskurse für spezielle Zielgruppen – wie z. B.
Jugendkurse – sind für die Durchführung von Integrationskursen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusätzlich 44 Mio. € – unter Anrechnung auf das Sofortprogramm Bildung im Jahr 2010 – vorgesehen. Diese Kurse bilden das Kernstück der staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Integration im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit.

Aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde dem Bundesministerium des Innern die Zuständigkeit des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer übertragen. In diesem Zusammenhang sollen 29,5 Stellen und Sach- und Personalmittel in Höhe von rund 23,8 Mio. € umgesetzt werden.

Weiterhin ist vorgesehen, den Bundeszuschuss für die "Stiftung für das Sorbische Volk" in Höhe von 8,2 Mio. € vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in den Einzelplan des Bundesministeriums des Innern zu überführen.

3.4 Verteidigung

Die deutschen Streitkräfte müssen sowohl zur Landes- und Bündnisverteidigung bereit sein als auch – eingebunden in die internationale Staatengemeinschaft – zur Lösung von internationalen Konflikten beitragen und in Krisenfällen Hilfe leisten können. Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2010 wird die Erfüllung dieser Aufgaben sichergestellt.

Nach deutlichen Zuwächsen in den vergangenen Jahren liegt der Ansatz für den Verteidigungshaushalt im Haushaltsjahr 2010 mit 31,1 Mrd. € in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Dies bedeutet eine leichte Anhebung gegenüber dem bisherigen Finanzplanansatz. Wie in den Vorjahren kann die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr durch Erlöse aus der Veräußerung von nicht mehr benötigtem beweglichen und unbeweglichen Vermögen bis zu einer Höhe von rund 520 Mio. € verstärkt werden.

Zusätzlich stehen dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) in den Jahren 2009 und 2010 aus dem Investitions- und Tilgungsfonds insgesamt 226 Mio. € für militärische Beschaffungen sowie 250 Mio. € für die Sanierung von Kasernen zur Verfügung. Zudem kann das BMVg an dem im ITF für die Modernisierung der Informationstechnik der

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

Ressorts bereitgestellten Mittelvolumen von insgesamt 500 Mio. € teilhaben.

3.5 Umwelt-und Klimaschutz

Umwelt-, Klima- und Naturschutz, nachhaltiges Wachstum, Energieeffizienz und Innovation sind wichtige Ziele der Umweltpolitik. Ausgaben für die Querschnittsaufgabe Umweltschutz sind in verschiedenen Einzelplänen des Bundeshaushalts enthalten. 1,6 Mrd. € sind im Einzelplan 16 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) veranschlagt. Die Ausgaben steigen gegenüber dem bisherigen Finanzplan um 224 Mio. € insbesondere aus folgenden Gründen:

Für die Schachtanlage Asse, die im Jahr 2009 in den Zuständigkeitsbereich des BMU übergegangen ist, sind ab dem Jahr 2010 jährlich 75 Mio. €, insbesondere für den Offenhaltungsbetrieb und unmittelbar notwendige Sanierungsmaßnahmen, eingeplant. Durchschnittlich 57 Mio. € wurden davon aus dem Einzelplan des BMBF umgesetzt. Für die Schachtanlage Asse ist seit dem Jahr 2009 Atomrecht zu beachten. Derzeit wird ein systematischer Optionenvergleich durchgeführt, auf dessen Basis über das weitere Vorgehen entschieden wird.

Für den Ausbau des Endlagers Konrad werden im Jahr 2010 gegenüber dem alten Finanzplan 99 Mio. € mehr benötigt, die von den Nutzern refinanziert werden. Dieser Refinanzierungsbeitrag ist die wesentliche Änderung bei den Einnahmen des BMU, die mit insgesamt 1157 Mio. € veranschlagt sind.

Die Bundesregierung beabsichtigt, das Moratorium zum Salzstock Gorleben aufzuheben und ergebnisoffen die Erkundungsarbeiten fortzusetzen. Die Kosten sind von den Nutzern zu refinanzieren. Für den reinen Offenhaltungsbetrieb sind im Haushalt 2010 bislang 20,9 Mio. € vorgesehen.

Im Rahmen des

Umweltinnovationsprogramms sind in den Jahren 2010 bis 2012 je 15 Mio. \in zusätzlich für Demonstrationsanlagen in der Stahlerzeugung berücksichtigt, die insbesondere der CO_2 -Minderung dienen.

Der Koalitionsvertrag greift die im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts 2009 ausgebrachte Förderung zum Einbau von Rußpartikelfiltern auf. Der Bund wird auch im Jahr 2010 den Filtereinbau weiter fördern, wobei der Förderbereich von Personenkraftwagen auf leichte Nutzfahrzeuge erweitert wird. Hierfür werden zusätzlich 36 Mio. € sowie der Ausgaberest aus dem Jahr 2009 bereitgestellt.

Insgesamt stehen dem BMU im Programmhaushalt für die Bereiche Umweltschutz, Naturschutz, erneuerbare Energien und internationale Organisationen 914 Mio. € zur Verfügung. Gegenüber dem ersten Regierungsentwurf sind im Einzelplan des BMU außer der Förderung von Partikelfiltern keine wesentlichen Änderungen zu verzeichnen. Das gilt auch für den größten Titel des BMU-Haushaltes, "Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien" (darin enthalten ist u. a. das Marktanreizprogramm). Er ist mit 468 Mio. € veranschlagt. Davon entfallen 308 Mio. € auf die zusätzlichen Ausgaben im Rahmen der Klimaschutzinitiative, die im Einzelplan 16 weiterhin in Höhe von insgesamt 460 Mio. € veranschlagt sind. Einschließlich weiterer Einzelpläne ist die nationale und internationale Klimaschutzinitiative wie im Jahr 2009 mit 600 Mio. € dotiert.

Die Klimaschutzinitiative wird aus Einnahmen aus der Veräußerung von CO₂-Emissionsberechtigungen finanziert. Nach Bruttoeinnahmen im Jahr 2008 in Höhe von rund 932 Mio. € werden diese Erlöse im Jahr 2009 unter 900 Mio. € liegen, da der erwartete Durchschnittspreis der Emissionsberechtigungen nicht erzielt wurde. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung und aufgrund der Übertragbarkeit der

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

Emissionsberechtigungen kann im Jahr 2010 das Einnahmeniveau von 900 Mio. € wieder erreicht werden.

3.6 Wirtschafts- und Technologieförderung

In einem ersten Schritt werden entsprechend der Koalitionsvereinbarung die Forschungsmittel im Bereich der wirtschaftsund anwendungsnahen Technologieförderung im Einzelplan 09 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) um 100 Mio. € gegenüber dem ersten Regierungsentwurf aufgestockt. Für die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation stehen dem BMWi im Jahr 2010 insgesamt rund 2½ Mrd. € zur Verfügung.

Die Aufstockung kommt einer Vielzahl der bestehenden Forschungsaktivitäten zugute. Mehrausgaben sind insbesondere für die Forschungsvorhaben des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) (+17,5 Mio. €), für die Forschung auf den Feldern der Luft- und Raumfahrt (+16 Mio. €) und der Energie (+9 Mio. €) sowie für die Informations- und Kommunikationstechnik (+10 Mio. €) vorgesehen. Annähernd 16 Mio. € kommen dem innovativen Mittelstand, insbesondere in Ostdeutschland, zugute.

Deutschlands Mittelstand darf nicht in eine Kreditklemme geraten; deshalb steht die Verbesserung der Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung ebenfalls im Fokus der aktuellen Politik der Bundesregierung. Ein Baustein hierbei wird die Einsetzung eines Kreditmediators sein, der mittelständischen Unternehmen bei Finanzierungsproblemen beistehen soll. Hierfür werden im Jahr 2010 5 Mio. € veranschlagt. Außerdem werden die Mittel für die Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Existenzgründern in den Themenbereichen "Kultur der Selbständigkeit" sowie "Unternehmensnachfolge" um 5 Mio. € verstärkt.

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) wird mit jährlich rund 313 Mio. € fortgeführt. Durch die Verstärkung der Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2011 um 14 Mio. € auf nunmehr 154 Mio. € wird ein Beitrag dazu geleistet, die Fortführung der oft mittelfristig angelegten Projekte zu gewährleisten.

Im Rahmen der Breitbandstrategie der Bundesregierung sollen für eine flächendeckende Breitbandversorgung nicht mehr benötigte Sendefrequenzen zur Verfügung stehen; der Bund plant 2010 zusätzlich 4 Mio. € für Zuschüsse als Beitrag zu den Umstellungskosten der bisherigen Nutzer ein. Im ersten Regierungsentwurf wurden insbesondere schon Mittel für Modellvorhaben für den effizienten Ausbau von Hochleistungsnetzen ("Breitbandleuchttürme") eingestellt.

3.7 Verkehr und Wohnungswesen

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist wesentliche Voraussetzung für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und deren dauerhafte Rückkehr auf den Wachstumspfad. Der Einzelplan 12 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit einem Volumen von rund 26,4 Mrd. € und einem hohen Gewicht investiver Ausgaben ist dabei von besonderer konjunktur- und wachstumspolitischer Bedeutung.

Zur Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen festigt die Bundesregierung die Investitionen im Bereich Verkehr sowie Bau und Stadtentwicklung auf hohem Niveau:

Im Bundeshaushalt 2010 stehen allein für die klassischen Verkehrsträger (Straße, Schiene und Wasserstraße) und den Kombinierten Verkehr Investitionsmittel in Höhe von rund 10,8 Mrd. € zur Verfügung. Neben den herkömmlichen und mautfinanzierten Investitionsmitteln zum Erhalt beziehungsweise zum Aus-

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

und Neubau der Verkehrswege sind darin Mittel des Konjunkturpakets I in Höhe von 1 Mrd. € enthalten, mit denen gezielte verkehrspolitische Akzente z. B. bei Sanierungs- und Optimierungsmaßnahmen (u. a. Bahnhofssanierungsprogramm, Lkw-Parkflächen-Ausbauprogramm an Bundesautobahnen) gesetzt werden können.

Unter Berücksichtigung der gesetzlich festgelegten Mittel für die Gemeindeverkehrsfinanzierung sowie der Ausgabeermächtigungen für sonstige Verkehrsprojekte (u. a. Förderung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie, deutscher Beitrag zum Aufbau des europäischen Erdbeobachtungssystems GMES und zum Satellitennavigationssystem Galileo) summieren sich die Verkehrsinvestitionsausgaben im Einzelplan 12 im Haushaltsjahr 2010 auf insgesamt rund 12.6 Mrd. €.

Im Bereich Bau und Stadtentwicklung treten unmittelbar und mittelbar (über Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau) wirkende Investitionsmittel in einer Größenordnung von rund 2,8 Mrd. € hinzu. Die hierfür im Konjunkturpaket I bereitgestellten Programmmittel in Höhe von mehr als 1,1 Mrd. € werden u.a. dazu verwendet, Impulse in den Bereichen des baulichen Klimaschutzes (CO₂-Gebäudesanierungsprogramm), der Städtebauförderung, der Förderung altersgerechten Wohnens, der Erhaltung von UNESCO-Weltkulturerbestätten sowie der Verbesserung der Infrastruktur in strukturschwachen Kommunen zu setzen.

Flankierend stehen im Rahmen des Investitions- und Tilgungsfonds für die Jahre 2009 und 2010 insgesamt 2 Mrd. € für zusätzliche Verkehrsinvestitionen sowie rund 1 Mrd. € für hauptsächlich investive Bundesmaßnahmen mit den Schwerpunkten Gebäudesanierung, Bau und Ausstattung sowie anwendungsorientierte Forschung im Bereich Mobilität zur Verfügung (Konjunkturpaket II).

3.8 Renten- und Krankenversicherung

Mit rund 80,8 Mrd. € machen die Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung wie bereits in den vergangenen Jahren den größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt aus. Lag der Anteil an den Bundesausgaben im Jahr 1984 noch bei rund 13,0 %, so beträgt er im aktuellen Regierungsentwurf 2010 rund 24,8 %. Nominal haben sich die Ausgaben des Bundes für die Rentenversicherung innerhalb eines Vierteljahrhunderts fast verfünffacht. Die Ausgaben der Rentenversicherung selbst haben sich seither fast verdreifacht.

Zum 1. Januar 2009 ist der Gesundheitsfonds eingeführt worden, der aus Beitragseinnahmen und dem Bundeszuschuss finanziert wird; aus ihm erhält jede Krankenkasse einen einheitlichen Betrag je Versichertem, ergänzt um alters-, geschlechts- und risikoadjustierte Zu- und Abschläge zum Ausgleich der unterschiedlichen Risikostrukturen sowie Zuweisungen zur Deckung der standardisierten sonstigen Ausgaben (z. B. Verwaltungsausgaben). Zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben war im ersten Regierungsentwurf für die Gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2010 ein Bundeszuschuss von 11,8 Mrd. € vorgesehen. Zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen ist im zweiten Regierungsentwurf ein weiterer einmaliger – zusätzlicher Bundeszuschuss in Höhe von 3,9 Mrd. € veranschlagt. Insgesamt erhält die Gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2010 somit Bundeszuschüsse in Höhe von 15,7 Mrd. €.

Sofern die Einnahmen und die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zur Zahlung der den Krankenkassen zustehenden Zuweisungen nicht ausreichen, leistet der Bund nicht zu verzinsende Liquiditätshilfen in Höhe der fehlenden Mittel. Ab dem Jahr 2010 sind diese im jeweiligen Haushaltsjahr zurückzuzahlen. Im Haushaltsgesetz 2010 ist eine Ermächtigung zur Gewährung von

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

Liquiditätshilfen bis zu einer Höhe von 2 Mrd. € enthalten.

3.9 Arbeitsmarkt

Die Ausgaben des Bundes im Einzelplan 11 steigen im Jahr 2010 gegenüber dem Finanzplanansatz des Jahres 2010 um rund 23 Mrd. € auf rund 147 Mrd. € an. Verglichen mit dem ersten Regierungsentwurf 2010 werden die Ansätze um über 6 Mrd. € abgesenkt. Grund dafür sind die vergleichsweise günstigeren Herbstprognosen zur Arbeitsmarktentwicklung. Auf dieser Grundlage erwartet die Bundesregierung im Jahr 2010 jahresdurchschnittlich rund 4,1 Mio. Arbeitslose; in der Frühjahrsprognose ging sie hingegen noch von einer jahresdurchschnittlichen Zahl von rund 4,6 Mio. Arbeitslosen aus.

Der überwiegende Teil des Ausgabenanstiegs -16 Mrd. € – entfällt auf den Ausgleich des Defizits der Bundesagentur für Arbeit (BA) durch den Bund. Es ist geplant, das bisher gesetzlich vorgesehene Darlehen an die BA 2010 im Rahmen des "Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetzes" in einen Zuschuss umzuwandeln. Nachdem ihre allgemeine Rücklage im Jahr 2009 weitgehend aufgebraucht wird, ist die BA im Jahr 2010 nicht mehr in der Lage, das entstehende Defizit mit eigenen Mitteln auszugleichen. Ihr Haushalt wird insbesondere durch die konjunkturbedingt höhere Arbeitslosigkeit und - wenn auch nicht mehr in dem Umfang wie 2009 - Kurzarbeit, die Maßnahmen der Konjunkturpakete zur Abfederung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt sowie die geringeren Beitragseinnahmen infolge der Absenkung des Beitragssatzes zum Jahresanfang 2009 belastet.

Verglichen mit dem ersten Regierungsentwurf 2010 sinkt der vom Bund zu tragende Anteil am Defizit der BA um 4 Mrd. €. Grund dafür sind insbesondere die zuletzt günstigeren Arbeitsmarktprognosen für das Jahr 2010, die sich im Haushalt der BA u. a. im Ansatz für das Arbeitslosengeld widerspiegeln. Auf der Einnahmenseite ist insbesondere der Anstieg der Einnahmen aus der Insolvenzgeldumlage auf 2,8 Mrd. € (von rund 0,7 Mrd. € im Jahr 2009) zu nennen, der ebenfalls zu einem günstigeren Gesamtergebnis des BA-Haushalts beiträgt. Schließlich verlief die Ausgabenentwicklung im Jahr 2009 günstiger als noch Mitte dieses Jahres befürchtet, sodass die Ende des Jahres 2009 verbleibende Rücklage der BA höher sein wird, als seinerzeit erwartet wurde.

Der verbleibende Ausgabenanstieg im Einzelplan 11 von rund 7 Mrd. € entfällt 2010 weit überwiegend auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende, insbesondere auf den Ansatz für das Arbeitslosengeld II, das allein 5,5 Mrd. € mehr beansprucht; Mehrausgaben von 1 Mrd. € entfallen als Teil des Konjunkturpaketes II auf das Eingliederungsund Verwaltungsbudget. Insgesamt sind im Haushalt 2010 für die Grundsicherung für Arbeitsuchende rund 38,7 Mrd. € vorgesehen, davon 24,3 Mrd. € für das Arbeitslosengeld II. Gegenüber dem ersten Regierungsentwurf konnte wegen der vergleichsweise besseren Konjunkturerwartungen der Ansatz für das Arbeitslosengeld II um 1,8 Mrd. € und der Ansatz für die Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung um 0,6 Mrd. € abgesenkt werden.

Der Aufwuchs gegenüber dem Finanzplanansatz des Jahres 2010 ist im Wesentlichen eine Folge des von der Bundesregierung erwarteten Anstiegs der Zahl der Bedarfsgemeinschaften aufgrund der weiterhin schlechten Konjunkturlage. Darüber hinaus hat der Bundestag aber auch eine Reihe von Leistungsverbesserungen beschlossen. So führen neben der turnusmäßigen Erhöhung der monatlichen Regelleistung zum 1. Juli 2009 von 351 € auf 359 € auch Verbesserungen bei den Leistungen für schulpflichtige Kinder (Erhöhung der Kinderregelleistung für sechs- bis 13-Jährige von 60 % auf 70 % der Regelleistung sowie das jährlich einmalig anfallende Schulbedarfspaket in Höhe von 100 € für alle schulpflichtigen

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

Kinder) und geplante Verbesserungen beim Schonvermögen im SGB II für die Altersvorsorge zu Mehrausgaben. Die geplante Kindergelderhöhung führt im Gegenzug zu Minderausgaben. Der Mehrbedarf beim Ansatz für die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung folgt ebenfalls insbesondere aus der höheren Zahl von Bedarfsgemeinschaften infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

3.10 Familie

Für die Familienpolitik sind im Einzelplan 17 für das Jahr 2010 insgesamt rund 6,6 Mrd. € vorgesehen. Dieses ist eine Steigerung um 413 Mio. € oder 6,7% gegenüber dem Finanzplanansatz des Jahres 2010. Die Zunahme resultiert im Wesentlichen aus den Mehrausgaben bei den gesetzlich festgelegten Familienleistungen.

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurde eine Erhöhung des Kindergeldes beziehungsweise des Kinderfreibetrages zum 1. Januar 2010 beschlossen. Dies führt zu steigenden Ausgaben für den Unterhaltsvorschuss um 50 Mio. €. Gleichzeitig erhöhen sich die Einnahmen beim Unterhaltsrückgriff um 5 Mio. € im Jahr 2010. Bei den gesetzlichen Leistungen zeigt sich insbesondere eine steigende Inanspruchnahme des Elterngeldes. Die Ausgaben steigen im Jahr 2010 insgesamt auf 4 480 Mio. €. Die Ausgaben für das auslaufende Erziehungsgeld entfallen planmäßig bis auf einen Restbetrag.

Beim Kinderzuschlag wurden nach der Einführung des kleinen Wahlrechts zwischen ALG II und Kinderzuschlag für Empfänger von Sonderbedarfszuschlägen beim ALG II zusätzliche Mittel in Höhe von 12 Mio. € im Haushalt nachvollzogen. Insbesondere wegen der aufgrund der Fortentwicklung des Kinderzuschlags gestiegenen Anzahl von Kinderzuschlagsfällen ist die Verwaltungskostenerstattung an die Bundesagentur für Arbeit für die Bearbeitung von Kindergeld und Kinderzuschlag angepasst

worden. Hier wurde im aktuellen Entwurf zum Bundeshaushalt 2010 der Ansatz um weitere 9.5 Mio. € erhöht.

Weitere Veränderungen im
Einzelplan ergeben sich aufgrund des
2. Conterganänderungsgesetzes, wodurch
die Ausgaben für Contergangeschädigte um
rund 4,4 Mio. € auf 35,1 Mio. € steigen. Für
den Zivildienst sind wie im Finanzplanansatz
für das Jahr 2010 unverändert 650 Mio. €
vorgesehen. Für Maßnahmen der
Jugendpolitik stehen im Jahr 2010 insgesamt
194,8 Mio. € zur Verfügung. Für eine
umfassende Evaluierung der Familienpolitik,
die unter der gemeinsamen Leitung von
Familien- und Finanzministerium erfolgt, ist
Vorsorge getroffen.

3.11 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ein Element des Sofortprogramms der Bundesregierung zur Krisenbewältigung sind die speziellen, auf zwei Jahre angelegten Sofortmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft. Sie sollen die aktuell schwierige Einkommenssituation landwirtschaftlicher Betriebe, auch bedingt durch den Preisverfall auf bestimmten landwirtschaftlichen Märkten (insbesondere im Bereich Milchwirtschaft), überbrücken helfen. Im Jahr 2010 stehen hierfür Mittel in Höhe von insgesamt 425 Mio. € zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

Elemente des sogenannten "Grünlandmilchprogramms" (300 Mio. €) sind eine Grünland-Flächenprämie für Milcherzeugungsbetriebe mit Grünland von voraussichtlich circa 37 €/ha Grünland (111 Mio. €) und eine Kuhprämie von circa 20 € je Kuh für Milcherzeugungsbetriebe (85 Mio. €). Daneben sollen Teilbeträge aus dem Programm zur Verstärkung des Bundeszuschusses an die Landwirtschaftliche Unfallversicherung sowie zum Vorziehen der Auszahlung der Betriebsprämie für 2010 eingesetzt werden.

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

Zur Vermeidung von Beitragssatzerhöhungen wird der Bundeszuschuss an die Landwirtschaftliche Unfallversicherung auf 200 Mio. € erhöht. Mit den weiteren Mitteln aus dem Grünlandmilchprogramm kann der Bundeszuschuss 2010 insgesamt rund 300 Mio. € betragen.

Hinzu tritt ein Liquiditätshilfeprogramm in Höhe von 25 Mio. €, welches Zinsverbilligungen für Liquiditätshilfekredite der Landwirtschaftlichen Rentenbank sowie eine Bundesbürgschaft zur Absicherung dieser Darlehen vorsieht.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sieht zudem vor, dass die Steuerentlastungssätze des Jahres 2009 für Biodiesel und Pflanzenölkraftstoff in den Jahren 2010 bis 2012 fortgeschrieben werden, um damit die Märkte für reine Biokraftstoffe zu stabilisieren. Der Absatz von reinen Biokraftstoffen ist zuletzt insbesondere aufgrund besonders ungünstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für die Biokraftstoffproduktion (hohe Rohstoffpreise; niedrige Preise für das Konkurrenzprodukt fossiler Diesel) zurückgegangen. Primäre Zielgruppe dieser Maßnahmen sind insbesondere mittelständige Biokraftstoffunternehmer im Landwirtschaftssektor.

4 Einnahmen

4.1 Steuereinnahmen

Der Steuerschätzung vom November 2009 wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion der Bundesregierung zugrunde gelegt. Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland verlief zuletzt günstiger als noch im Frühjahr erwartet. Zudem deuten die in die Zukunft weisenden Wirtschaftsdaten auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtstendenz hin. Dennoch verbleibt die gesamtwirtschaftliche Aktivität auf niedrigem Niveau. Im Jahr 2010 wird für das nominale Bruttoinlandsprodukt nun eine Veränderungsrate von +1,6 %

erwartet. Dies entspricht im Vergleich zur Mai-Schätzung 2009 einer Aufwärtskorrektur von + 0,4 Prozentpunkten. Die Schätzung der Steuereinnahmen des Bundes wurde leicht um 1,0 Mrd. € auf insgesamt 215,7 Mrd. € angehoben. Der Entwurf eines Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher EU-Vorgaben sowie weiterer steuerrechtlicher Regelungen, die sich zu dieser Zeit noch in der parlamentarischen Beratung befanden, waren noch nicht Gegenstand der Steuerschätzung vom November 2009; im Entwurf des Bundeshaushalts 2010 sind diese Regelungen jedoch berücksichtigt.

4.2 Steuerpolitische Maßnahmen

Mit dem "Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" vom 21. Dezember 2008 wurden die steuerrechtlichen Regelungen des im November 2008 beschlossenen Konjunkturpakets I umgesetzt. Das Gesetz eröffnet kleineren und mittleren Unternehmen die Möglichkeit, zeitlich befristet erweiterte Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen in Anspruch zu nehmen sowie bewegliche Wirtschaftsgüter degressiv abzuschreiben. Außerdem wurde der Höchstbetrag der Steuerermäßigung für die Absetzbarkeit bei der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen verdoppelt sowie die Kraftfahrzeugsteuer für bis zum 30. Juni 2009 erstmals zugelassene Pkw bis zu zwei Jahre ausgesetzt.

Mit dem Investitionszulagengesetz 2010 vom 7. Dezember 2008 wird die Investitionszulagenförderung in den neuen Ländern und Berlin auch nach dem Jahr 2009 bis zum Ende des Jahres 2013 fortgeführt. Allerdings wird das bisherige sehr hohe Niveau der Förderung ab 2010 schrittweise abgesenkt.

Mit dem Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz) vom 22. Dezember

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

2008 wurde die finanzielle Leistungsfähigkeit von Familien verbessert. Die Maßnahmen beinhalten u. a. eine spürbare Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sowie eine deutliche Ausweitung der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen.

Am 27. Januar 2009 hat die damalige Bundesregierung das Konjunkturpaket II beschlossen, das im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009, dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 19. März 2009 und dem Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze vom 29. Mai 2009 umgesetzt wurde. Im steuerlichen Bereich sieht das Maßnahmenpaket eine dauerhafte Absenkung der Einkommensteuerbelastung vor – zum einen durch die Anhebung des Grundfreibetrages in zwei Stufen zum 1. Januar 2009 sowie zum 1. Januar 2010, zum anderen durch die Senkung des Eingangssteuersatzes ab dem 1. Januar 2009 von 15 % auf 14 %. Außerdem wird ebenfalls in zwei Stufen eine "Rechtsverschiebung" der Tarifeckwerte um insgesamt 730 € durchgeführt. Die Ertragshoheit und die Verwaltungskompetenz der Kraftfahrzeugsteuer wurden zum 1. Juli 2009 auf den Bund übertragen. Außerdem wurde die Kraftfahrzeugsteuer für erstmals zugelassene Pkw zum 1. Juli 2009 auf einen vorrangig CO₂-orientierten Tarif umgestellt.

Mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung vom 7. März 2009 wurden die Rahmenbedingungen verbessert, unter denen sich Arbeitnehmer stärker als bisher am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen beteiligen können.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2008 zur Entfernungspauschale hat der Gesetzgeber die bis 2006 geltende Gesetzeslage mit dem Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale vom 20. April 2009 durch gesetzliche Regelung rückwirkend ab 2007 punktgenau und unbefristet wiederhergestellt.

Mit dem Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung) vom 16. Juli 2009 wird die steuerliche Absetzbarkeit von Vorsorgeaufwendungen – insbesondere hinsichtlich der Beiträge zugunsten einer Kranken- und Pflegepflichtversicherung ausgeweitet. Daneben enthält das Gesetz steuerliche Erleichterungen für Unternehmen, die zur besseren Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise beitragen sollen: Hierzu gehören die zeitlich auf die Jahre 2008 und 2009 befristete Einführung einer Sanierungsklausel bei der Verlustnutzungsbeschränkung, die ebenfalls auf diese beiden Jahre begrenzte Anhebung der Freigrenze bei der Zinsschranke von 1 Mio. € auf 3 Mio. € sowie die befristete Anhebung der Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung in der Umsatzsteuer.

Das Gesetz zur Änderung des
Energiesteuergesetzes vom 17. Juli 2009 zielt
darauf ab, den mit dem Haushaltsbegleitgesetz
2005 eingeführten Selbstbehalt und die
Obergrenze bei der Agrardieselentlastung
für die Verbrauchsjahre 2008 und 2009
auszusetzen, um die entlastungsberechtigten
Betriebe in einem schwierigen
wirtschaftlichen Umfeld mit verbesserter
Liquidität auszustatten.

Das Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung vom 29. Juli 2009 zielt darauf ab, Steuerhinterziehung im grenzüberschreitenden Bereich nachhaltig zu bekämpfen. Die Inanspruchnahme bestimmter steuerlicher Regelungen bei Geschäftsbeziehungen zu Staaten und Gebieten, die nicht den von der OECD entwickelten Auskunftsstandard praktizieren, kann künftig von der Erfüllung besonderer Mitwirkungs- und Nachweispflichten abhängig gemacht werden.

Entwurf des Bundeshaushalts 2010

Mit dem zum 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) wurden die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP enthaltenen steuerlichen Maßnahmen des Sofortprogramms umgesetzt. Das Gesetz sieht u. a. gezielte krisenentschärfende Korrekturen im Bereich der Unternehmensbesteuerung und der Erbschaftsteuer vor, die Wachstumshemmnisse beseitigen und es den Unternehmen erleichtern, die unmittelbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu verkraften und so ihre führende Position im internationalen Wettbewerb zu verteidigen. Die mit dem Bürgerentlastungsgesetz eingeführte befristete körperschaftsteuerliche Sanierungsklausel wird entfristet, die Regelung zur Zinsschranke zur Vermeidung unverhältnismäßiger Belastungen abgemildert und die deutlich erhöhte Freigrenze ebenfalls dauerhaft festgeschrieben. Zudem wird ein Impuls für Hotels und Beherbergungsbetriebe durch Absenkung des Umsatzsteuersatzes auf 7% gesetzt. Familien mit Kindern werden bei der Einkommensbesteuerung zusätzlich entlastet und damit wirksam unterstützt. Hierzu werden das Kindergeld ab dem 1. Januar 2010 um 20 € erhöht und die steuerlichen Freibeträge für Kinder auf 7 008 € angehoben.

Am 16. Dezember 2009 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher EU-Vorgaben sowie weiterer steuerrechtlicher Regelungen beschlossen, mit dem dringend erforderliche Anpassungen des deutschen Steuerrechts an Recht und Rechtsprechung der Europäischen Union erfolgen sollen.

5 Personal und Verwaltung

Der Stellenbestand des Bundes im zivilen Bereich wird Ende des Jahres 2009 ohne Ersatz(plan)stellen rund 259 400 Planstellen beziehungsweise Stellen betragen und im Jahre 2010 annähernd auf dem gleichen Stand bleiben. Verglichen mit der Bevölkerungszahl ergibt sich für 2010 ein Verhältnis von 1: 317 (eine Stelle beim Bund je 317 Einwohner). Im Jahre 1991 betrug dieses Verhältnis noch 1: 213.

Die Personalausgaben quote – der Anteil der Personalausgaben am Bundeshaushalt – wird im Jahre 2010 insgesamt 8,6 % betragen. Im Jahre 1991 betrug sie 12,1%.

Mit der Aufrechterhaltung des bestehenden Stellenumfangs wird gewährleistet, dass der Bund auch künftig in der Lage ist, die Dienstleistungen zu erbringen, die die Bürgerinnen und Bürger von ihm erwarten. Zugleich bleiben die notwendigen Spielräume für die Nachwuchsgewinnung erhalten. Aus diesen Gründen ist - nachdem die pauschale Stelleneinsparung in den vergangenen Jahren bereits stetig verringert wurde - für das Haushaltsjahr 2010 auf ihre weitere Fortführung verzichtet worden. In diesem Zusammenhang ist aber auch zu berücksichtigen, dass die zusätzliche Stelleneinsparung aufgrund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit für die Bundesbeamten fortgesetzt wird. Das ursprüngliche Ziel, den Stellenbestand im zivilen Bereich nach dem vereinigungsbedingten Aufwuchs wieder auf den Stand von 1989 zurückzuführen, ist bereits seit dem Jahr 2002 erreicht.

DAS WACHSTUMSBESCHLEUNIGUNGSGESETZ

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Gezielte Entlastungen für Familien und den Mittelstand

1	Mit gezielten Maßnahmen aus der Krise	56
	Impulse für Wachstum und Beschäftigung	
	Familien entlasten	
2.2	Wachstumsbremsen lösen	57
2.3	Unternehmensnachfolge erleichtern	58
	Fazit	

- Mit dem Inkrafttreten des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes zum 1. Januar 2010 wurde das im Koalitionsvertrag vereinbarte steuerliche Sofortprogramm in Rekordzeit umgesetzt.
- Zielgerichtete und schnell wirkende steuerliche Entlastungsmaßnahmen in einem Gesamtvolumen von 8,5 Mrd. € pro Jahr ebnen den Weg aus der Krise.
- Mit der Entlastung von Familien und Unternehmen werden wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung gesetzt.

1 Mit gezielten Maßnahmen aus der Krise

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch nicht überwunden. Ihre Folgen, die auch in Deutschland in vielen Bereichen spürbar sind, können nur durch nachhaltiges Wachstum bewältigt werden. Da sich der wirtschaftliche Aufschwung noch nicht selbst trägt, bedarf es gezielter Impulse für Wachstum und Beschäftigung.

Im Koalitionsvertrag haben die
Regierungsparteien deshalb ein
steuerliches Sofortprogramm vereinbart,
das die Krise weiter entschärfen soll. Im
Bundesfinanzministerium wurden die
Überlegungen in einen Gesetzesentwurf
gefasst, den das Kabinett am 9. November
2009 beschlossen hat. Nach dem Bundestag in
seiner Sitzung am 4. Dezember 2009 stimmte
der Bundesrat am 18. Dezember 2009 dem
Gesetz abschließend zu. Damit wurde die
Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag in
Rekordzeit umgesetzt.

Bereits zum 1. Januar 2010 bekommen Familien mehr Kindergeld, und für Unternehmen lockern sich steuerliche Wachstumsbremsen. Mit den Entlastungen in Höhe von rund 8,5 Mrd. € pro Jahr werden Kaufkraft und Investitionsbereitschaft gestützt, damit Deutschland zügig die aktuelle Krise überwindet.

Nachfolgend werden die wichtigsten im Wachstumsbeschleunigungsgesetz enthaltenen Maßnahmen dargestellt.

2 Impulse für Wachstum und Beschäftigung

2.1 Familien entlasten

Mit Blick auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich in der Zukunft stellen, kommt den Familien eine herausgehobene Bedeutung zu. Nicht nur der zu erwartende demografische Wandel, sondern auch die immer weiter voranschreitende Globalisierung machen es erforderlich, stärker in die Ausbildung der kommenden Generationen zu investieren.

DAS WACHSTUMSBESCHLEUNIGUNGSGESETZ

Die dabei anfallenden Kosten müssen zu einem großen Teil von den Familien getragen werden. Deshalb kommt der größte Teil der Steuerentlastungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes mit einem Volumen von 4,6 Mrd. € pro Jahr Familien mit Kindern zugute.

Mit den Entlastungsmaßnahmen wird den Familien im finanziellen Bereich mehr Luft verschafft, was ihnen helfen wird, ihre – auch gesamtgesellschaftlich bedeutenden – Aufgaben zu erfüllen. Die Verbesserung der Kaufkraft wird sich aber auch in der Binnennachfrage niederschlagen und damit einen wichtigen Wachstumsimpuls setzen, der den gerade beginnenden Aufschwung stützt.

Erhöhung des Kindergelds und der Kinderfreibeträge

Familien mit Kindern werden bei der Einkommensteuer durch die Anhebung der Kinderfreibeträge von 6 024 € auf insgesamt 7 008 € entlastet. Gleichzeitig wurde das Kindergeld für jedes zu berücksichtigende Kind um 20 € erhöht. Ab dem 1. Januar 2010 beträgt es:

- für das erste und zweite Kind 184 €,
- für das dritte Kind 190 € und
- ab dem vierten Kind je 215 €.

Mit der Anhebung des monatlichen Kindergeldes erhöht sich das verfügbare Einkommen der Berechtigten unmittelbar. Mit Jahresbeginn 2010 wurde die Leistungsfähigkeit der Familien gestärkt und damit gleichzeitig ein zusätzlicher Spielraum für mehr Konsum geschaffen.

Entlastung enger Verwandter bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer

Auch die erbschaftsteuerrechtliche Situation von Geschwistern, Nichten und Neffen hat sich ab dem 1. Januar 2010 verbessert. Damit soll familiären Bindungen besser Rechnung getragen werden. Nach bisherigem Recht galt für diese Gruppe von Erben, ebenso wie für Nichtverwandte, ein Steuersatz von 30% beziehungsweise ab einem Vermögen von mehr als 6 Mio. € von 50%. Dieser Tarif wurde nunmehr ersetzt durch einen neuen Stufentarif von 15% bis 43%, dessen Satz sich am Wert des steuerpflichtigen Erwerbs orientiert. Sowohl für Erwerbe von Todes wegen als auch für Schenkungen unter Lebenden steht Geschwistern, Nichten und Neffen weiterhin ein persönlicher Freibetrag in Höhe von 20000 € zu.

2.2 Wachstumsbremsen lösen

Eine gute wirtschaftliche Entwicklung
Deutschlands gründet aber nicht nur in einer
stabilen Binnenkonjunktur, sondern vor allem
auch in guten Rahmenbedingungen für die
Unternehmen des Landes. Um es diesen zu
erleichtern, die unmittelbaren Folgen der
Finanz- und Wirtschaftskrise zu verkraften und
ihre Position im internationalen Wettbewerb
zu verteidigen, wurden gezielte Maßnahmen
im Bereich der Unternehmensbesteuerung
eingeführt. Dabei geht es vor allem darum,
kleine und mittlere Unternehmen zu
stärken, notwendige Umstrukturierungen zu
erleichtern und Arbeitsplätze zu erhalten.

Zu diesen Maßnahmen gehört z. B. die Abmilderung der Zinsschranke. Die Idee bei der Einführung der Zinsschranke bestand vor allem darin, zu verhindern, dass Konzerne, die in Deutschland Gewinne erwirtschaften, diese über eine Fremdkapitalfinanzierung auf Tochtergesellschaften im Ausland verlagern können, um in Deutschland weniger oder keine Steuer zu zahlen. Um zu vermeiden, dass die Zinsschranke zu unverhältnismäßigen Belastungen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen führt, gilt die ursprünglich bis Ende des Jahres befristete Verdreifachung der Freigrenze auf 3 Mio. € nun dauerhaft.

Eine weitere Maßnahme betrifft die sogenannte körperschaftsteuerliche Sanierungsklausel bei Beteiligungserwerben, die den Erhalt von Verlustvorträgen

DAS WACHSTUMSBESCHLEUNIGUNGSGESETZ

trotz Anteilseignerwechsel ermöglicht und deren Geltung ursprünglich bis zum 31. Dezember 2009 befristet worden war. Die im Wachstumsbeschleunigungsgesetz enthaltene Entfristung dieser Regelung schafft einen zusätzlichen Anreiz für Investoren, sich an der Sanierung betroffener Unternehmen zu beteiligen, sichert Arbeitsplätze und setzt neue Wachstumsimpulse frei. Dabei bleiben die Kriterien zur Inanspruchnahme der Regelung unverändert: die Sicherung von Arbeitsplätzen oder die Zuführung von neuem Betriebsvermögen in Höhe von 25 % innerhalb von 12 Monaten nach dem Anteilserwerb.

Auch auf dem Gebiet der Gewerbesteuer wurden begünstigende Anpassungen vorgenommen. Danach wird bei der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung der Finanzierungsanteil bei Mieten und Pachten für unbewegliche Wirtschaftsgüter von bisher 65 % auf 50 % herabgesetzt. Hierdurch werden Gewerbetreibende, die ihr Gewerbe in angemieteten/gepachteten Räumen betreiben, steuerlich spürbar entlastet.

Über die genannten Beispiele hinaus enthält das Wachstumsbeschleunigungsgesetz weitere Maßnahmen im Bereich der Unternehmenssteuern, die helfen, Wachstumshemmnisse gezielt zu beseitigen und damit die Unternehmen für die Zukunft krisenfest zu machen. Dazu gehören u. a. die Zulassung des Abzugs von Verlusten bei bestimmten konzerninternen Umgliederungen (sogenannte Konzernklausel), die grunderwerbsteuerliche Begünstigung von Grundstücksübergängen bei Umwandlungsvorgängen und die Möglichkeit, geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410 € sofort abzuschreiben.

2.3 Unternehmensnachfolge erleichtern

Auch im Bereich der Erbschaftund Schenkungsteuer wurden Wachstumshemmnisse beseitigt. Unter anderem wurden die Regelungen zur Unternehmensnachfolge so gestaltet, dass

insbesondere mittelständische Betriebe mehr Planungssicherheit erhalten und damit in die Lage versetzt werden, auf Veränderungen der Beschäftigungslage flexibler reagieren zu können. Damit wird dem Gesetzesziel -Erhaltung der betrieblichen Arbeitsplätze beim Übergang von Unternehmen – bezogen auf unterschiedliche Marktlagen besser Rechnung getragen. Um dies zu erreichen, wurden die Lohnsummenregelungen gelockert, indem die erforderliche Mindestlohnsumme, die ein Betrieb einhalten muss, um eine teilweise oder vollständige Verschonung des unternehmerischen Vermögens zu erhalten, herabgesetzt wurde. Dazu wurden die Behaltensfristen, während derer der Betrieb in seiner Substanz fortgeführt werden muss, verkürzt. Zudem werden Betriebe, die nicht mehr als 20 Beschäftigte haben, der Lohnsummenregelung in Zukunft nicht mehr unterliegen. Bislang lag diese Grenze bei 10 Beschäftigten.

3 Fazit

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bündelt zielgerichtete und schnell wirkende steuerliche Entlastungsmaßnahmen, von denen jede für sich wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzt. Eine solche konjunkturgerechte und wachstumsfördernde Steuerpolitik steht nicht im Widerspruch zu der ebenfalls notwendigen Konsolidierungspolitik. Beides geht vielmehr Hand in Hand, denn auf Dauer kann nur erfolgreich konsolidiert werden, wenn die Bedingungen für ein robustes Wirtschaftswachstum geschaffen sind.

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM JAHR 2009

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder¹ im Jahr 2009

- - Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sanken im Jahr 2009 um 5.9 %.
 - Die gewinnabhängigen Steuern entwickelten sich weiterhin stark rückläufig.
 - Die Steuern vom Umsatz blieben stabil.

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im4. Quartal 2009 und im Jahr 2009

Die bei Bund und Ländern im Kalenderjahr 2009 eingegangenen Steuereinnahmen betrugen 484 880 Mio. €, das sind -30 618 Mio. € beziehungsweise - 5,9 % weniger als im Jahr 2008. Die Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2009 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar.

Das Aufkommen aus den gemeinschaftlichen Steuern unterschritt im Kalenderjahr 2009 das Vorjahresniveau um - 6,9 % als Folge der deutlichen Rückgänge bei allen Einzelkomponenten mit Ausnahme der

¹Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die

Steuereinnahmen von Bund, Ländern und

Gemeinden veröffentlicht.

Steuern vom Umsatz (+ 0,6%). Dabei hat sich im 4. Quartal 2009 die Abstandsrate mit ebenfalls - 6,9% gegenüber den beiden Vorquartalen (- 9,8% beziehungsweise - 9,1%) allerdings verringert.

Die Bruttoeinnahmen (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) aus der Lohnsteuer lagen im Berichtszeitraum um - 1,3 % unter dem Ergebnis des Vorjahres. In diesem vergleichsweise geringen Rückgang spiegelt sich die Tatsache, dass der Arbeitsmarkt trotz der Finanzkrise über das Jahr hinweg noch sehr robust war. Das Kassenaufkommen aus der Lohnsteuer ging im Kalenderjahr 2009 hingegen mit - 4,7 % gegenüber dem Vorjahr deutlich stärker zurück. Ursächlich hierfür waren die Anhebung des Kindergeldes zu Jahresbeginn und die Einmalzahlung des Kinderbonus von 100 € je Kind. Darüber hinaus wirkte sich die letzte Stufe der Anhebung der Altersvorsorgepauschale stark aufkommensmindernd aus. Die Kindergeldzahlungen stiegen um +3,4 Mrd. € auf nunmehr 36,9 Mrd. € und die Altersvorsorgezulage (+77,7%) erhöhte sich massiv.

Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer unterschritt im Gesamtjahr 2009 das Vorjahresniveau um - 19,1%.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Jahr 2009

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2009

Steuereinnahmen nach	Kalenderjahr in Mio. €		Änderung gegenüber Vorjahr	
Ertragshoheit	2009	2008	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	375 583	403 256	-27 673	-6,9
Reine Bundessteuern	89 318	86 302	3 016	+3,5
Reine Ländersteuern	16 375	21 937	-5 562	-25,4
Zölle	3 604	4 002	-399	-10,0
Steuereinnahmen				
insgesamt (ohne	484 880	515 498	-30 618	-5,9
Gemeindesteuern)				

Differenzen in den Summen durch Rundung.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Bedingt durch die Wiedereinführung der Pendlerpauschale erhöhten sich die aus der veranlagten Einkommensteuer zu leistenden Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG um über ein Drittel (+ 36,2 %). Die Zahlungen der Eigenheimzulage, bei der in jedem Jahr ein Förderjahrgang entfällt, ohne dass ein neuer hinzukommt, reduzierten sich hingegen um ein Fünftel (- 20,6 %).

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigten sich bei den Einnahmen aus der Körperschaftsteuer besonders deutlich. Nachdem bereits im Jahr 2008 - vor allem bedingt durch die Tarifsenkung – Einbußen von - 30,8 % zu verkraften waren, verminderte sich das Kassenaufkommen im Jahr 2009 aufgrund der eingebrochenen Gewinne nochmals um - 54.8 % von 15.9 Mrd. € auf nunmehr 7,2 Mrd. €. Die Abstandsrate hatte zuletzt im 4. Quartal (bei krisenbedingt bereits schwacher Vorjahresbasis) - 22,3 % betragen, nach - 92,9 % im 2. Quartal und - 85,5 % im 3. Quartal 2009. Geschuldet ist dieser Einbruch den deutlich reduzierten Vorauszahlungen und den leicht höheren Erstattungen gegenüber dem Vorjahr. Die Auszahlung von Steuerguthaben aus Altkapital nach § 37 Abs. 5 KStG belief sich im Kalenderjahr 2009 auf insgesamt 2,3 Mrd. €. Die Investitionszulagen stiegen im Berichtszeitraum um rund ein Viertel (+25,5%).

Das Aufkommen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge entwickelte sich von +1,0 % im 1. Quartal 2009 auf -17,6 % im 4. Quartal 2009 und führte somit zu einem Gesamtrückgang von -6,0 % im Kalenderjahr 2009. Allerdings gingen im 1. Quartal noch Steuern aus dem Dezember 2008 ein, die mit dem höheren Steuersatz von 30 % belastet waren. Dieser wurde zum 1. Januar 2009 von 30 % auf 25 % reduziert, sodass ein Teil der Einbußen nicht unerwartet kam.

Einen ähnlichen Verlauf weisen auch die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag auf: Nach + 4,6 % im 1. Quartal mussten in den Folgequartalen Minusraten im zweistelligen Bereich festgestellt werden: von - 19,7 % bis zuletzt - 58,2 %. Die Abstandsrate zum Vorjahr beträgt im Gesamtergebnis - 24,7 %, obwohl der Steuersatz zu Jahresbeginn von 20 % auf 25 % angehoben worden war. Hier haben die Wirtschafts- und Finanzkrise und der damit verbundene Einbruch der Unternehmensgewinne ebenso wie bei der Körperschaftsteuer deutliche Spuren hinterlassen.

Die Steuern vom Umsatz (Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer) übertrafen ihr Vorjahresergebnis mit + 0,6 % knapp. Während die Umsatzsteuer in allen Quartalen jeweils Einnahmensteigerungen verbuchen konnte (im Gesamtzeitraum: + 8,5 %), lagen die entsprechenden Veränderungsraten bei

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Jahr 2009

der Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern allesamt im zweistelligen Minusbereich und führten im Jahresergebnis 2009 zu einem Rückgang von - 22,4%. Dieser Einbruch des Aufkommens ist auf niedrigere Importpreise und ein geringeres Einfuhrvolumen aufgrund der schwachen inländischen Produktionstätigkeit zurückzuführen. Bei der Interpretation der Ergebnisse für die Umsatzsteuer muss der steuertechnische Zusammenhang berücksichtigt werden, dass Einbußen bei der Einfuhrumsatzsteuer weniger Vorsteueranrechnungen im Inland zur Folge haben und daher tendenziell das Umsatzsteueraufkommen erhöhen.

Die Bundessteuern entwickelten sich mit +3,5 % im Gesamtjahr 2009 auf den ersten Blick positiv. Dieser Anstieg ist jedoch ausschließlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass seit dem 1. Juli 2009 die Ertragskompetenz aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zusteht – gegen Zahlung einer entsprechenden finanziellen Kompensation an die Länder. Ohne die Zuflüsse aus der Kraftfahrzeugsteuer läge das Kassenergebnis der reinen Bundessteuern im Berichtszeitraum bei -0,9 %.

Von den aufkommensstärksten Bundessteuern konnten die Energiesteuer (+ 1,5 %), die Versicherungsteuer (+ 0,7 %) und die Stromsteuer (+ 0,3 %) Mehreinnahmen erzielen. Die Energiesteuer verzeichnete nach Zuwächsen in den ersten drei Quartalen 2009 mit - 0,7 % im 4. Quartal einen leichten Rückgang. Die Energiesteuer auf Heizöl stieg im Berichtszeitraum um + 16,0 %, weil im Zuge sinkender Ölpreise aufgeschobene Käufe nachgeholt und Vorräte angelegt wurden. Auch die Energiesteuer auf Erdgas stieg kräftig an (+ 25,7 %).

Das Tabaksteueraufkommen verfehlte das Vorjahresergebnis um -1,5 %. Dem stärksten Rückgang im 1. Quartal 2009 mit -7,1% folgte ein Anstieg um +9,0 %, dem wiederum mit zweimal je -4,1% Einbußen in den letzten beiden Quartalen gegenüberstanden. Diese deutlichen Schwankungen dürften kassentechnische Ursachen haben. Ein drastischer Einbruch der Tabaksteuereinnahmen nach Einführung der Nichtraucherschutzgesetzgebung ist somit nicht eingetreten.

Der Solidaritätszuschlag sank im Kalenderjahr 2009 korrespondierend mit der Verringerung seiner Bemessungsgrundlagen gegenüber dem Vorjahr um - 9,3 %.

Die Entwicklung der Ländersteuern mit Aufkommenseinbußen von - 25,4% war zum einen gekennzeichnet von den deutlichen Verlusten bei der Grunderwerbsteuer (-15,2%) und der Erbschaftsteuer (-4,6%). Zum anderen wirkte sich allerdings in der 2. Jahreshälfte die Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer negativ aus. Ohne Berücksichtigung der Kraftfahrzeugsteuer hätte der Rückgang aber immer noch bei -8,5% gelegen. Bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (-1,6%), der Biersteuer (-1,3%) und der Feuerschutzsteuer (-1,2%) ergaben sich moderatere Mindereinnahmen.

2 Entwicklung derSteuereinnahmen in den einzelnen Monaten des4. Quartals 2009

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) fielen im Oktober 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat um - 4,5 % niedriger aus. Die gemeinschaftlichen Steuern unterschritten das Vergleichsniveau um - 5,5 %. In den unterschiedlichen Veränderungsraten von Bundessteuern (+10,8%) und Ländersteuern (-43,9%) spiegelt sich der Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer wider. Ohne diese Komponente wären die Abstandsraten mit +0,8% bei den Bundessteuern und -5,6% bei den Ländersteuern weniger deutlich ausgefallen. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) verringerten sich um - 10,4 %, nicht zuletzt aufgrund der höheren EU-Abführungen.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Jahr 2009

Im November 2009 wurden insgesamt um - 6,7% weniger Steuern eingenommen. Der im Vergleich zum Oktober etwas stärkere Rückgang ist der relativ starken Vorjahresbasis geschuldet. Das Aufkommen aus den gemeinschaftlichen Steuern unterschritt das Ergebnis des Vergleichsmonats um - 7,9 %. Die gewinnabhängigen Steuern verloren deutlich an Volumen. Die Bundessteuern konnten das Vorjahresergebnis um + 5,2 % übertreffen, die Ländersteuern verzeichneten erneut zweistellige Verluste (-35,8%), wobei auch hier wieder auf die Besonderheiten bei der Kraftfahrzeugsteuer hinzuweisen ist (ohne Kfz-Steuer Bundessteuern - 3,3 %, Ländersteuern +6,7%).

Im aufkommensstarken

Vorauszahlungsmonat Dezember 2009 lagen die Steuereinnahmen insgesamt um - 6,2% unter dem Vorjahreswert. Hierzu trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern bei (-7,1%), deren Veränderungsraten mit Ausnahme der Steuern vom Umsatz (+ 3,6%) allesamt im Minusbereich lagen. Während die Lohnsteuer ihr Vorjahresergebnis lediglich um - 3,6 % verfehlte, fielen die Abstandsraten der Abgeltungsteuer (-18,1%), der veranlagten Einkommensteuer (-10,9%) und der Körperschaftsteuer (-10,3 %) sehr viel deutlicher aus. Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag mussten sogar Einbußen von - 58,6 % verbuchen. Die Bundessteuern lagen im Dezember 2009 um+1,4% über

dem Vorjahresniveau, die Ländersteuern unterschritten es um - 40,3 % (ohne Berücksichtigung der Kraftfahrzeugsteuer hätten sich die Vorzeichen umgekehrt: Bundessteuern - 3,4 %, Ländersteuern + 2,0 %).

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Insgesamt verzeichneten Bund, Länder und Gemeinden im Kalenderjahr 2009 einen spürbaren Einnahmerückgang im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Beim Bund wirkten sich dabei die deutlich niedrigeren EU-Abführungen positiv aus. Die Verteilung der Steuereinnahmen im Kalenderjahr 2009 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften finden sich im Internetangebot des BMF unter http://www.bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/ Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	Kalenderjahr in Mio. €		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2009	2008	in Mio. €	in %
Bund ¹	227 996	239 180	-11 184	-4,7
EU	20 501	23 081	-2 580	-11,2
Länder ¹	207 119	221 921	-14 803	-6,7
Gemeinden ²	29 265	31 316	-2 051	-6,5
Zusammen	484 880	515 498	-30 618	-5,9

Differenzen in den Summen durch Rundung.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

¹Nach Bundesergänzungszuweisungen.

²Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Zinsabschlag und Steuern vom Umsatz.

GERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNG VON STEUER- UND SOZIALSYSTEMREFORMEN

Gerechtigkeitswahrnehmung von Steuerund Sozialsystemreformen

Forschungsgutachten des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, der Universität Salzburg und der Ludwig-Maximilians-Universität München im Auftrag des BMF¹

Einleitung	63
· · ·	
Sozial- und steuerpolitische Präferenzen	
Arbeitsmarktreform-Präferenzen	68
Internationale Vergleiche	68
<u> </u>	
Schlussfolgerungen	
	Arbeitsmarktreform-Präferenzen

- "Fairness schlägt Effizienz" dies ist ein zentrales Resultat im Hinblick auf die Determinanten der Reformakzeptanz. Nur Reformen, die als gerecht empfunden werden, stoßen auf Zustimmung, während die Frage der Problemlösungsfähigkeit einer Reform eher von untergeordneter Bedeutung ist.
- "Gerechtigkeit" bleibt allerdings ein schillernder und vieldeutiger Begriff. In verschiedenen Reformkontexten sind verschiedene Fairness-Dimensionen von Bedeutung.
- Die objektive ökonomische Situation eines Landes hat nur eingeschränkt einen Einfluss auf die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Fairness.

¹Der vorliegende Beitrag wurde von Dr. Friedrich Heinemann (ZEW Mannheim) erarbeitet. Weitere Koautoren des zugrunde liegenden Forschungsberichts sind Prof. Dr. Dieter Frey (LMU München), Tanja Hennighausen (ZEW Mannheim), Prof. Dr. Eva Jonas (Universität Salzburg), Prof. Dr. Martin Kocher (LMU München), Sabine Lüdtke (Universität Salzburg), Luitgard Reiß (LMU München) und Prof. Dr. Eva Traut-Mattausch (Universität Salzburg).

1 Einleitung

Der wirtschaftspolitische Reformprozess in Deutschland, aber auch in anderen Industrieländern, ist immer wieder mit einem Paradox konfrontiert: Obwohl Reformen zu mehr Beschäftigung, einem Rückgang der Arbeitslosigkeit oder der Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme beitragen können, sind sie wenig populär. Dies gilt sogar dann, wenn, wie etwa im Fall der Hartz-Reformen, die anschließende Entwicklung belegt, dass die mit diesen Veränderungen verfolgten Ziele tatsächlich erreicht werden können.

GERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNG VON STEUER- UND SOZIALSYSTEMREFORMEN

Ganz verschiedene Erklärungen für derartige Reformwiderstände kommen in Betracht. Verteilungseffekte, Unsicherheit, unzureichende Informationen und verzerrte Wahrnehmungen mögen eine Rolle für eine Ablehnung institutioneller Veränderungen liefern, sogar wenn diese einer Mehrheit Vorteile bringen würden. Darüber hinaus kommt aber eine weitere wichtige Erklärung in Betracht: die wahrgenommene Gerechtigkeit einer Reform.

Traditionelle politökonomische Erklärungen ignorieren den Fairnessaspekt und basieren auf der Prämisse, dass ein Wähler eine Reform immer auf der Basis seines unmittelbaren persönlichen Eigeninteresses bewerten wird. Wenn das Individuum profitiert oder zumindest keine Nachteile durch eine Reform hat, dann wird es auch keinen Widerstand an den Tag legen. Dass diese Sichtweise zumindest unvollständig ist, belegen vielfältige Erfahrungen in der Reformdiskussion. Immer wieder gehören auch Menschen zu den Reformgegnern, die eindeutig durch eine diskutierte Reform keine Nachteile erleiden würden. Diese Beobachtungen deuten darauf hin, dass die wahrgenommene Fairness einer Reform unabhängig von der Frage der unmittelbaren eigenen Betroffenheit eine Rolle spielt.

Dazu passt die in der Verhaltensökonomie konzipierte Modellierung des Menschen als "Homo Reciprocans": Dieser neigt dazu, das Verhalten anderer Menschen zu bestrafen, wenn er dieses Verhalten als ungerecht empfindet. Auf den Kontext von Reformen des Steuer- und Sozialsystems bezogen bedeutet dies, dass Wähler als ungerecht empfundene Reformen sogar dann ablehnen können, wenn

²In einer Vorgängerstudie wurden psychologische und verhaltensökonomische Ursachen von Reformwiderständen und kognitiven Verzerrungen untersucht, vgl. dazu Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht April 2007, "Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit", S. 43-55. sie damit auf Wachstum und ein höheres Einkommen verzichten. Die Effizienz von Reformen ist dann weder eine notwendige noch hinreichende Bedingung für deren Akzeptanz.

Vor diesem Hintergrund untersucht die hier beschriebene Studie die Fairness-Perzeption im Kontext von Reformen des Steuer- und Sozialsystems sowie ihre Auswirkungen auf die Akzeptanz dieser Reformen. Basierend auf den bisherigen Erkenntnissen der psychologischen und verhaltensökonomischen Literatur kommen Experimente sowie ökonometrische Analysen von repräsentativen Umfragedaten zur Anwendung.

2 "Gerechtigkeit" – ein vielfältiger Begriff

Jede Untersuchung zu Fragen der gesellschaftlichen Gerechtigkeit und ihrer Wahrnehmung steht vor der Schwierigkeit, dass der Gerechtigkeitsbegriff vielfältige Dimensionen und Interpretationen hat. Modernen Fairnessoder Gerechtigkeitstheorien in der Volkswirtschaftslehre ist allerdings gemeinsam, dass die Nutzenfunktion jeweils um ein Argument – die Güter, die von einem anderen Individuum oder mehreren anderen Individuen in der Referenzgruppe konsumiert werden – erweitert wird. Wichtige Ausprägungen solcher sozialer Präferenzen sind beispielsweise:

- Ungleichheitsaversion: Eine ungleiche Verteilung innerhalb der Referenzgruppe führt zu einer Verringerung des Nutzens, den ein Individuum aus dem Konsum der individuell konsumierten Güterbündel zieht.
- Maximin-Präferenzen: Eine Besserstellung des am schlechtesten Gestellten in einer Referenzgruppe erhöht den individuellen Nutzen.

GERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNG VON STEUER- UND SOZIALSYSTEMREFORMEN

- Effizienzprinzip: Für eine Erhöhung der durchschnittlichen Wohlfahrt (oder der Gesamtwohlfahrt) in der Referenzgruppe werden individuelle Kosten in Kauf genommen. Philosophische Grundlage ist der Utilitarismus.
- "Warm glow": Der individuelle Nutzen steigt mit dem Akt des Gebens (und in der Regel mit dem Wert der Gabe).
- Schuldaversion: Der individuelle Nutzen sinkt mit der negativen Abweichung von der Erwartung des Interaktionspartners. Geht man davon aus, dass der Interaktionspartner eine freundliche Handlung erwartet, und wählt man eine unfreundliche Handlung, so wirkt sich das negativ auf den eigenen Nutzen aus, da man die Erwartung des Anderen enttäuscht hat.

Nicht genau spezifiziert wird dabei in der Regel, welche Gerechtigkeitskonzepte den Verteilungspräferenzen zugrunde liegen. Hier sind drei unterschiedliche Dimensionen zu unterscheiden:

- Equality-Prinzip (Gleichheitsprinzip): Gemäß der egalitaristischen Sichtweise ist ein Zustand dann gerecht, wenn eine Gleichverteilung besteht.
- Equity-Prinzip (Leistungsgerechtigkeit):
 Dieses Prinzip ist erfüllt, wenn
 Unterschiede in der Verteilung in einer
 klaren Beziehung zu Unterschieden in den
 Leistungen der Individuen stehen.
- Need-Prinzip (Bedarfsgerechtigkeit): Das Need-Prinzip verlangt, dass Menschen gemäß ihren Bedürfnissen mit Gütern versorgt sind.

Der verstärkte Einsatz der experimentellen Methode in den Wirtschaftswissenschaften hat zu einer soliden empirischen Basis bezüglich der Einschätzung von sozialen Präferenzen und deren Handlungskonsequenzen in wirtschaftlich relevanten Situationen geführt. Eine Reihe von Experimenten bestätigt, dass ein großer Anteil von Individuen nicht völlig egoistisch agiert, sondern ein gewisses, auf individueller Ebene unterschiedliches Maß an sozialen Präferenzen aufweist. Nicht-egoistische Präferenzen spielen also zweifelsfrei eine Rolle bei der Gerechtigkeitsperzeption von Situationen.

Im Kontext von wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen ist es notwendig, dieses mitzubedenken. Angesichts der Evidenz aus vielen Laborexperimenten ist es durchaus plausibel, dass Individuen mit sozialen Präferenzen Reformmaßnahmen ablehnen, von denen sie selbst profitieren würden, die sie aber als ungerecht empfinden. Es reicht also nicht aus, die von einer Reform unmittelbar negativ Betroffenen z. B. durch Kompensationsversprechen zu überzeugen, auch die anderen Bevölkerungsgruppen und ihre Einschätzungen müssen Beachtung finden.

3 Experimentelle Ergebnisse

Die Studie beinhaltet eine ganze Reihe von psychologischen Experimenten. Im Kontext verschiedener realer und fiktiver Reformen werden die Bedingungen für deren Akzeptanz untersucht. Bei allen Ergebnissen im Detail tritt ein übergreifendes Resultat zutage: Die einer Reform zugeschriebene Gerechtigkeit hat einen deutlich stärkeren Einfluss auf deren Akzeptanz als die dieser Reform zugeschriebene Effizienz. Im Hinblick auf die zuvor genannten Gerechtigkeitskonzepte fällt allerdings auf, dass diese offenbar nicht alle gleich relevant sind. So spielt das Gleichheitsprinzip im Verhältnis zu den Prinzipien der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit eine vergleichsweise unwichtige Rolle.

Welches Gerechtigkeitsprinzip von größerer Bedeutung für die Reformakzeptanz ist, hängt allerdings auch von der gewählten Richtung von sozialen Vergleichen ab. So wird in einer experimentellen Studie die

GERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNG VON STEUER- UND SOZIALSYSTEMREFORMEN

Auswirkung sozialer Vergleiche auf die Gerechtigkeitswahrnehmung am Beispiel der Rentenreform "Rente mit 67" untersucht. Im Mittelpunkt steht dabei die Unterscheidung zwischen Vergleichen "nach oben" und "nach unten" in der Einkommensverteilung. Die Ergebnisse demonstrieren, dass soziale Vergleiche Einfluss auf die allgemeine Gerechtigkeitswahrnehmung und die dabei maßgeblichen Fairness-Dimensionen ausüben. Nach einem "Vergleich nach oben" ist das Leistungsprinzip ausschlaggebend für die Gerechtigkeitswahrnehmung. Hingegen hat nach einem "Vergleich nach unten" neben dem Leistungsprinzip auch das Bedürfnisprinzip einen wesentlichen Einfluss auf das Gerechtigkeitsurteil.

Eine der experimentellen Studien ist nicht auf ein einziges Reformgebiet fokussiert, sondern betrachtet verschiedene Reformen vergleichend. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, inwieweit unterschiedliche psychologische Dimensionen die Gerechtigkeitsbeurteilung über verschiedene Reformfelder hinweg bestimmen. Einbezogen werden folgende Reformen: Mehrwertsteuererhöhung, "Rente mit 67", Gesundheitsfonds, Hartz IV, CO₂-Steuer, Einkommensteuersenkung, Antidiskriminierungsgesetz und Mindestlohn. Hier erweist sich, dass über alle Reformfelder hinweg gerade das Ausmaß an existenzieller Bedrohung sowie das Ausmaß an negativen Emotionen (z. B. Wut, Furcht) wesentlich für das Gerechtigkeitsurteil sind. In dieses Bild passt, dass – ebenfalls wieder über alle Reformen hinweg - Reformthemen, die mit positiven Emotionen (z. B. Freude, Überraschung) verbunden werden, auch als gerechter erlebt werden. Des Weiteren wird deutlich, dass der wahrgenommene ökonomische Nutzen einer Reform (wie auch einige weitere psychologische Dimensionen) für das Gerechtigkeitsurteil nicht bei jeder Reform wesentlich ist.

Vergleicht man verschiedene Berufsgruppen, dann erweist sich der Einfluss existenzieller Bedrohung auf das Gerechtigkeitsurteil deutlich bei Angestellten, Arbeitslosen und Studenten, während er bei den Berufsgruppen Rentner, Beamte und Selbstständige verschwindet. Aufgrund der besseren Absicherung bei Rentnern und Beamten sowie der größeren Risikofreude bei Selbstständigen dürften Reformen generell weniger bedrohlich wirken und daher weniger maßgeblich für das Gerechtigkeitsurteil dieser Berufsgruppen sein.

4 Auswertung von repräsentativen Umfragedaten

Ein weiterer Analyseschritt der Studie widmet sich der Analyse repräsentativer Umfragedaten, um Einblicke in die Determinanten von wahrgenommener Gerechtigkeit zu erlangen und den Zusammenhang zwischen wahrgenommener Gerechtigkeit und Reformakzeptanz zu beleuchten. Datengrundlage ist die "Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS).

4.1 Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit

ALLBUS bietet Einschätzungen zu drei verschiedenen Aspekten der gesellschaftlichen Fairness: erstens zur wahrgenommenen Gerechtigkeit sozialer Unterschiede, zweitens zur Bewertung der Lage "einfacher Leute" und drittens zur Zufriedenheit mit dem eigenen Anteil am Wohlstand.

Ein bemerkenswertes Resultat ist, dass der eigene Anteil am Wohlstand als deutlich gerechter bewertet wird als die sozialen Unterschiede in ihrer Gesamtheit. Auch ist für das Fairnessurteil zur eigenen Lage nicht eindeutig eine in den vergangenen Jahren zunehmend kritischere Sicht zu verzeichnen, wie dies für die soziale Lage insgesamt oder die Situation einfacher Leute gilt. Die Wahrnehmung einer (seit den Neunzigern wachsenden) sozialen Ungerechtigkeit wird offenbar für viele Bürger nicht durch eine

GERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNG VON STEUER- UND SOZIALSYSTEMREFORMEN

wahrgenommene Verschlechterung der eigenen Situation ausgelöst.

Deskriptiv treten vor allem signifikante Unterschiede in den Gerechtigkeitsurteilen zwischen in West- oder Ostdeutschland Geborenen hervor. Ost-West-Unterschiede sind ebenfalls für die Überzeugungen (Beliefs) zu den Anreizwirkungen von Einkommensdifferenzen und zur Zufriedenheit mit der Demokratie (als Indikator für die wahrgenommene prozedurale Gerechtigkeit³) ausgeprägt. Während Westdeutsche mehrheitlich einen Zusammenhang zwischen Einkommensunterschieden und Leistungsanreizen sehen, teilen Ostdeutsche in deutlich geringerem Maße diese Sichtweise. Für diese Beliefs ist im Zeitraum 1991 bis 2008 keine Konvergenz messbar.

In der multivariaten Analyse werden die Bestimmungsgründe für alle drei Dimensionen der wahrgenommenen Gerechtigkeit mit identischen Spezifikationen untersucht. Durchweg zeigt sich das Eigeninteresse als bedeutsame Einflussgröße, wonach Personen mit hohem Einkommen eine höhere Gerechtigkeit der Verhältnisse wahrnehmen. Das psychologische Phänomen des "self-serving bias", wonach Menschen das für sie Günstige tendenziell auch für gerecht halten, wird somit erneut bestätigt. Darüber hinaus ist der Effekt der Beliefs (zur individuellen Eigenverantwortung für die wirtschaftliche Lage und zur Funktionsfähigkeit der Demokratie) stark ausgeprägt. Insbesondere diejenigen, die

³"Prozedurale Gerechtigkeit" bezieht sich auf Entscheidungsprozesse und nicht auf das Ergebnis von Entscheidungen. Ein Entscheidungsprozess wird beispielsweise dann als gerecht bewertet, wenn der Einzelne durch seine Wahlstimme oder Diskussionsbeiträge an der Entscheidung beteiligt ist, wenn die Entscheidungsverfahren transparent sind und niemand in den Entscheidungsverfahren privilegiert wird.

an einen Zusammenhang zwischen eigener Leistung und wirtschaftlichem Wohlergehen glauben, halten die gesellschaftliche Lage in Deutschland eher für gerecht. Unter den sonstigen individuellen Merkmalen sticht als robust hochsignifikante Variable die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft hervor, mit der eine positivere Bewertung der Gerechtigkeit einhergeht.

Diese Befunde erklären, warum gesellschaftliche Gerechtigkeitsurteile nicht eindeutig durch die vorgefundene objektive soziale und ökonomische Situation determiniert werden. Einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertungen haben vielmehr persönliche Sichtweisen, Interessen und Werturteile. Dies impliziert, dass nicht notwendigerweise ein Zusammenhang zwischen objektiven Verbesserungen oder Verschlechterungen der sozialen Verhältnisse einerseits und deren Bewertung andererseits bestehen muss.

4.2 Sozial- und steuerpolitische Präferenzen

Auf Basis der ALLBUS-Daten werden außerdem die sozial- und steuerpolitischen Präferenzen untersucht. Die Empirie fußt für die ausgabenseitige Umverteilung auf einer ALLBUS-Frage zur Akzeptanz von Kürzungen von Sozialleistungen. Auf der Einnahmenseite steht die Bewertung der relativen Steuerlast für niedrige, mittlere und hohe Einkommen im Mittelpunkt. Theoretische Vorüberlegungen lassen einen erheblichen Einfluss des Eigeninteresses auf die Akzeptanz von Veränderungen erwarten.

Die multivariate Analyse unterstreicht allerdings, dass weder die Ablehnung von Sozialleistungskürzungen noch die Unterstützung für ein stärker progressives Steuersystem alleine durch die individuelle Betroffenheit von derartigen Reformen getrieben wird. Zwar gibt es hier einen eindeutigen Zusammenhang etwa zwischen Arbeitslosigkeit und einer Ablehnung von niedrigeren Transfers. Zusätzlich

GERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNG VON STEUER- UND SOZIALSYSTEMREFORMEN

spielen aber die wahrgenommene prozedurale Gerechtigkeit und die Gerechtigkeitsvorstellungen der Befragten im Hinblick auf die Unterstützung für das Bedürfnisprinzip (Need) eine wichtige Rolle. Der Ost-Effekt ist für die Sozialausgaben, nicht aber für die Steuerprogression robust signifikant.

Bei den Steuerpräferenzen ist die Wahrnehmung, selber leistungsgerecht entlohnt zu werden, eine wichtige Einflussgröße und führt dazu, dass ein Befragter ein progressives Steuersystem eher negativ beurteilt. Dieser Befund deutet auf einen wirtschaftspolitisch bedeutsamen Zusammenhang hin: Offenbar verringert eine wachsende individuelle Arbeitsplatz- und Einkommenszufriedenheit den Wunsch nach einem stark umverteilenden Steuersystem. Das Steuersystem wird somit offenbar als Korrektiv für individuell am Arbeitsplatz empfundene ungerechte Entlohnung betrachtet.

4.3 Arbeitsmarktreform-Präferenzen

Um einen möglichst breiten Einblick in die Determinanten der individuellen Präferenz für marktorientierte Arbeitsmarktreformen zu ermöglichen, werden für dieses Politikfeld drei verschiedene in ALLBUS abgedeckte Reformdimensionen näher betrachtet: eine Kürzung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, eine Abschaffung von staatlichen Beschäftigungsprogrammen sowie von Subventionszahlungen an schwache Industrien.

Insgesamt zeigen die Daten, dass interventionistische Arbeitsmarktpolitiken in Deutschland populär sind; nur etwa jeder Fünfte stimmt Reformansätzen vorbehaltlos zu, die Arbeitslosenunterstützung kürzen oder auf Beschäftigungsprogramme und Subventionen schwacher Industrien verzichten wollen.

Die politökonomische Sichtweise stark regulierter Arbeitsmärkte verweist zur Erklärung vor allem auf das Eigeninteresse der Job-Insider. Die hier einbezogenen Überlegungen gehen darüber hinaus und beziehen Beliefs, Fairness-Überlegungen, den Informations- und Bildungsstand und weitere individuelle Merkmale in die Analyse mit ein.

Erneut bestätigt sich in der multivariaten Analyse, dass das Eigeninteresse zwar eine wesentliche, nicht aber die alleinige Rolle in der Erklärung des Reformwiderstandes hat. Gerechtigkeitsüberlegungen spielen eine Rolle und verbessern die Erklärungskraft des empirischen Modells vor allem dann erheblich, wenn die Reformen die Verteilung von finanziellen Mitteln direkt beeinflussen. Dies wird insbesondere bei der gewünschten Höhe der Arbeitslosenunterstützung deutlich.

Der Ost-Effekt verliert seine Signifikanz für die Ablehnung von Kürzungen der Arbeitslosentransfers, sobald die Fairness-Perzeption und die Beliefs berücksichtigt werden. Dies bestätigt, dass die unterschiedlichen Präferenzen Ost- und Westdeutscher vor allem aus unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen resultieren.

5 Internationale Vergleiche

Die zuvor erfolgte Analyse auf Basis deutscher Umfragedaten wird abschließend durch international vergleichende deskriptive Analysen auf Basis des "World Value Survey" abgerundet.

Ausgangspunkt sind Erkenntnisse der Literatur, die auf den Zusammenhang zwischen den Sichtweisen über die Ursachen von Ungleichheit und der Intensität von Umverteilung aufmerksam macht. In einem "amerikanischen Gleichgewicht" geht demnach der Glaube an die eigene Verantwortung für den individuellen Erfolg einher mit wenig Umverteilung, während in einem "europäischen Gleichgewicht" der Glaube an die Schicksalhaftigkeit des individuellen Wohlergehens mit einem größeren Maß an Umverteilung korreliert.

GERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNG VON STEUER- UND SOZIALSYSTEMREFORMEN

Diese Einsichten deuten bereits darauf hin, dass sich die wahrgenommene Gerechtigkeit von Steuer- und Sozialsystemen und infolgedessen auch die Akzeptanz bestimmter Reformen international stark unterscheiden sollten.

Die Vergleiche zeigen, dass innerhalb der deutschen Bevölkerung die Wahrnehmung, dass die Einkommensunterschiede in ihrem Land zu hoch sind, besonders stark ausgeprägt ist. Internationale Unterschiede im Wunsch nach mehr Gleichheit stehen dabei nicht in einer klar erkennbaren Beziehung zu messbaren Unterschieden in der Verteilung der Einkommen. Hier bestätigt sich der Befund, dass Fairness-Wahrnehmungen nicht eindeutig durch die objektive soziale Situation des betreffenden Landes determiniert werden.

Das Wohlstandsniveau eines Landes korreliert positiv und das Wirtschaftswachstum negativ mit der Egalisierungspräferenz. Individuelle Merkmale und Präferenz für stärkere Umverteilung korrelieren nicht in jedem betrachteten Land in gleicher Weise. Besonders die Transformationsländer weisen hier einige untypische Befunde auf, so ist hier etwa kein Zusammenhang zwischen dem individuellen Einkommen und der Verteilungspräferenz erkennbar. Außerdem ist in Ländern mit starker Egalisierungspräferenz Leistungsgerechtigkeit weniger populär, hingegen wird dort Demokratie für besonders wichtig erachtet. Die deskriptive Analyse bestätigt den erwarteten Zusammenhang, dass der Glaube an eine Belohnung persönlicher Leistung mit einer größeren Ungleichheitstoleranz einhergeht.

Abschließend wird die Verteilung einiger Persönlichkeitsmerkmale (Traits), die in der psychologischen Literatur als bedeutsam eingestuft wurden, über die Länder verglichen. Für Deutschland fällt hier ein eher unterdurchschnittliches Vertrauen in die Mitmenschen, aber auch zwischen den Generationen auf.

6 Die Finanzkrise, Fairness-Perzeption und Reformen

In einem Exkurs behandelt die Studie auch die möglichen Folgen der Finanzkrise für die Reformakzeptanz. Gemäß der sogenannten "Krisenhypothese" wäre zu erwarten, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise den Weg für Reformen ebnen wird. Allerdings unterscheidet sich die gegenwärtige Krise in einer Reihe von Merkmalen von früheren Rezessionen. So wird mit den Banken- und Finanzmärkten ein Teil des marktwirtschaftlichen Systems als Krisenauslöser betrachtet. Zudem übernimmt der Staat im kurzfristigen Krisenmanagement und in der antizyklischen Politik dieses Mal eine ausgesprochen aktive Rolle unter Aufbietung eines breiten Instrumentariums der Fiskal- und Geldpolitik. Diese Besonderheiten machen es fragwürdig, ob sich mit der Krise ohne Weiteres die Chancen für marktorientierte Reformen verbessert haben. Über folgende Kanäle könnte die Krise die Fairness-Perzeption und damit die Reformbereitschaft beeinflussen:

- Die Krise könnte die Wahrnehmung vermindern, dass Menschen für ihren wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg selbst verantwortlich sind. Damit schwindet unter Fairnessaspekten die Unterstützung für Reformen, die etwa in der sozialen Sicherung auf mehr Eigenverantwortung setzen.
- Eine der entscheidenden Bedingungen für die Akzeptanz von Reformen ist, dass diese als reziprok empfunden werden und der eigenen Kompromissbereitschaft ein Wohlverhalten anderer Akteure gegenübersteht. Die Krise könnte hier ein Phänomen negativer Reziprozität auslösen. Der Umstand, dass bestimmte Akteure ("Bankmanager") für verantwortlich gehalten werden und noch dazu in der allgemeinen Wahrnehmung im eklatanten Gegensatz zum Equity-Prinzip entlohnt werden (Boni-Diskussion), kann die Bereitschaft für Reformen schmälern.

GERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNG VON STEUER- UND SOZIALSYSTEMREFORMEN

- Wie im experimentellen Teil der Studie deutlich geworden ist, erhöhen existenzielle Ängste die Sensibilität für Ungerechtigkeit. Dies und die wachsende als unverschuldet empfundene Job-Unsicherheit deuten darauf hin, dass sozialstaatliche Absicherungen, die etwa die Einhaltung des Bedürfnisprinzips sicherstellen, an Bedeutung gewinnen.
- Die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen und sogar kurzfristige Nachteile in Kauf zu nehmen, ist Vorbedingung für die Realisierbarkeit vieler Reformen. In diesem Zusammenhang sind soziale Normen, gemeinwohlorientiert zu handeln, von besonderer Bedeutung. Derartige soziale Normen sind Wandlungen unterworfen. In einer schweren Rezession könnte die Bereitschaft, soziale Normen weiter zu befolgen, Schaden nehmen.
- Die aktuelle Krise dürfte das Vertrauen in differenzierter Weise beeinflussen:
 Während Regierungen im kurzfristigen Krisenmanagement Handlungsfähigkeit an den Tag legen und an Vertrauen gewinnen können, dürfte das Vertrauen in Manager und Unternehmer stärker in Mitleidenschaft gezogen werden. In Bezug auf das Vertrauen in die Politik können sich insofern reformbegünstigende Effekte ergeben, nicht aber in Bezug auf Reformen, die Vertrauen in Unternehmen erfordern.
- Eine Krise kann die Wahrnehmung eines Kontrollverlustes bei vielen Bürgern auslösen, weil der eigene Einfluss auf das ökonomische Wohlergehen durch exogene Ereignisse (Insolvenzen, Rezession) zu schwinden scheint. Ein Kontrollverlust kann verschiedene Effekte wie etwa irrationale Abwehrreaktionen (beispielsweise einen protektionistischen Reflex) auslösen.

Insgesamt machen die Überlegungen deutlich, dass die Merkmale dieser Krise keineswegs eindeutig eine wachsende Unterstützung für marktorientierte Reformen erwarten lassen.

Im Gegenteil besteht die Gefahr, dass aus der nun unstrittigen schärferen Regulierung der Finanzmärkte und Finanzindustrie undifferenziert auf einen wachsenden Regulierungsbedarf in anderen Märkten geschlossen wird.

7 Schlussfolgerungen

Folgende Gesamtergebnisse und Schlussfolgerungen der Studie sind hervorzuheben:

- Gerechtigkeit schlägt Effizienz: Die wahrgenommene Gerechtigkeit einer Reform ist zentral für deren Akzeptanz und dabei bedeutsamer als die wahrgenommene Effizienz dieser Reform. Dieser zentrale Befund ist unmittelbar relevant für die Erklärung eines scheinbaren Paradoxons in den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Debatten: Obwohl die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre die Performance des deutschen Arbeitsmarktes erkennbar verbessert haben, bleiben viele Elemente der Hartz-Reformen politisch strittig. Dieser Widerspruch ist erklärbar aus der Tatsache, dass viele Bürger sich in ihrer Meinungsbildung kaum durch die Problemlösungsfähigkeit von Reformen leiten lassen, sondern von der Frage, als wie gerecht oder ungerecht diese Veränderungen zu bewerten sind. In der politischen Kommunikation von Veränderungen muss somit der Fairness-Dimension ein besonders hohes Gewicht zukommen.
- Experten und Fairness-Debatten:
 Experten bewerten die zurückliegenden
 Arbeitsmarktreformen über alle
 betrachteten Gerechtigkeitsdimensionen
 signifikant als gerechter als Laien.
 Offenbar schlägt deren größerer
 Effizienz-Optimismus auf die
 Fairness-Beurteilung durch.
 Gleichwohl sind Wirtschaftsexperten

GERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNG VON STEUER- UND SOZIALSYSTEMREFORMEN

traditionell zurückhaltend, sich zu Gerechtigkeitsurteilen zu äußern, da sie ihre Rolle darin sehen, möglichst wertfrei auf Ursache-Wirkungs-Ketten hinzuweisen und die Gerechtigkeitsurteile den Wählern und der Politik zu überlassen. Dies mindert den Einfluss der Experten in öffentlichen Reformdebatten. Experten könnten die Wirksamkeit ihrer Stellungnahmen steigern, wenn sie diese Zurückhaltung ablegen und stärker auf Fairness-Aspekte von Reformen hinweisen könnten. Eine Formulierung wie "es ist ungerecht, wenn Langzeitarbeitslosen keine neue Job-Chance geboten wird" dürfte beispielsweise stärker wirken als "es ist ineffizient, die Arbeitskraft von Langzeitarbeitslosen nicht stärker zu nutzen".

- Mehrheitsillusion: Die Dominanz der Fairness-Kategorie im Vergleich zur Effizienzkategorie führt dazu, dass eine zentrale Vorhersage politökonomischer Modelle des Reformwiderstands falsch sein kann. Die Akzeptanz für eine Reform in der Demokratie ist nicht alleine dadurch gesichert, dass die Verlierer in der Minderheit sind. Regelmäßig sind Personengruppen, die eindeutig keine Nachteile oder sogar Vorteile aus einer bestimmten Maßnahme erfahren, unter den Gegnern zu finden.
- Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit und objektive Situation: Urteile zur gesellschaftlichen Fairness werden nicht nur durch die objektive Situation, sondern durch viele weitere Faktoren (Persönlichkeitsmerkmale wie Vertrauen oder Patriotismus, vorherrschende Gerechtigkeitsprinzipien) bestimmt. Insbesondere der Glaube, dass sich Leistung nicht auszahlt und Einkommensunterschiede durch Glück, Schicksal oder gesellschaftliche Restriktionen zustande kommen, wirkt sich negativ auf die Fairness-Perzeption aus. Außerdem hat eine ungünstige Bewertung der prozeduralen Fairness negative

- Auswirkungen auf die wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit. Die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit wird somit nicht notwendigerweise auf Lageverbesserungen der unteren Einkommensgruppen reagieren. Zusätzlich müssten mentale Veränderungen eintreten, etwa im Hinblick auf die wahrgenommene Bedeutung der Eigenverantwortung für den wirtschaftlichen Erfolg.
- Leistungsgerechtigkeit versus Bedarfsgerechtigkeit: Während das Gleichheitsprinzip durchweg von untergeordneter Bedeutung ist, wechseln sich Leistungs- (Equity) und Bedarfsgerechtigkeit (Need) als dominantes Prinzip für Fairnessurteile ab. Das Need-Prinzip gewinnt in der Fairness-Perzeption der Rentenreform an Bedeutung, wenn "Vergleiche nach unten" erfolgen, während bei "Vergleichen nach oben" das Equity-Prinzip in den Vordergrund tritt. Für die Zukunft des deutschen Rentensystems wird die Gefahr einer wachsenden Altersarmut unter Rentnern diskutiert. Dieser Verstoß gegen das Need-Prinzip würde unseren Ergebnissen nach darauf schließen lassen, dass dann die Gerechtigkeit des Gesamtsystems auch von den selber nicht durch Altersarmut Betroffenen zunehmend in Zweifel gezogen würde.
- Soziale Ängste: Insbesondere eine als existenzielle Bedrohung empfundene Reform führt zu einer negativen Fairness-Bewertung. Dieser Befund unterstreicht die hohe Bedeutung emotionaler Faktoren.
- Arbeitsfreude und Einkommenszufriedenheit: Menschen, die eine hohe intrinsische Arbeitsmotivation aufweisen, sind eher mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters einverstanden. Außerdem sind diejenigen, die sich als ihrer Leistung entsprechend entlohnt fühlen, weniger an einem progressiven Steuersystem interessiert. Diese

GERECHTIGKEITSWAHRNEHMUNG VON STEUER- UND SOZIALSYSTEMREFORMEN

Einsichten lassen den Schluss zu, dass die Reformbereitschaft eines Landes in nicht unerheblichem Maße durch die Freude seiner Bürger an der eigenen Arbeit und die Wahrnehmung einer eigenen leistungsangemessenen Entlohnung begünstigt wird.

 Ost-West-Unterschiede: Die Herkunft aus der ehemaligen DDR hat sich als Merkmal erwiesen, das einen fast durchweg signifikanten Einfluss auf die Reformpräferenzen hat. Allerdings verliert der Effekt an Bedeutung, wenn die Variablen zur Fairness-Perzeption einbezogen werden. Dies deutet darauf hin, dass Unterschiede in der Fairness-Bewertung zwischen Ost und West einen wichtigen Beitrag zur Erklärung unterschiedlicher Politikpräferenzen liefern.

AKTUELLE ARBEITSMARKTENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN MITGLIEDSTAATEN DES EURORAUMS

Aktuelle Arbeitsmarktentwicklung in ausgewählten Mitgliedstaaten des Euroraums

1	Einleitung	73
2	Die Arbeitsmarktlage im Euroraum	73
3	Ausblick und Herausforderungen	75
	Die Entwicklung in ausgewählten Mitgliedstaaten des Euroraums	
4.1	Spanien	75
4.2	Irland	76
4.3	Frankreich	77
4.4	Niederlande	77
4.5	Italien	78
4.6	Griechenland	79
47	Slowakoj	80

- Infolge der Wirtschaftskrise hat sich die Lage auf den Arbeitsmärkten im Euroraum erheblich verschlechtert. Von der Arbeitslosigkeit betroffen sind insbesondere Jugendliche, Geringqualifizierte und Migranten.
- Die Entwicklung verläuft in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr heterogen, was auf eine unterschiedliche Widerstandsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften und Arbeitsmärkte in der Krise schließen lässt.
- Deutschland weist im Vergleich zu den anderen Ländern bislang den geringsten Anstieg der Arbeitslosenquote auf.
- Die weitere Arbeitsmarktentwicklung wird auch von der Ausgestaltung des Ausstiegs aus staatlichen Stützungsmaßnahmen und der konsequenten Rückkehr zu einer mittel- und langfristigen Strukturreformagenda abhängen.

1 Einleitung

Ungeachtet der Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung in der EU sind die Aussichten für die Beschäftigungssituation im Euroraum infolge der Wirtschaftskrise nach wie vor ungünstig. Vor dem Hintergrund des aktuellen Beschäftigungsberichts der Europäischen Kommission für 2009/2010¹

gibt der Beitrag einen Überblick über die Arbeitsmarktentwicklung in ausgewählten Ländern des Euroraums sowie über die strukturellen Hintergründe der sehr unterschiedlichen nationalen Performance.

2 Die Arbeitsmarktlage im Euroraum

Bis Mitte 2008 hat sich die Arbeitsmarktlage im Euroraum über einen längeren Zeitraum kontinuierlich verbessert, nicht zuletzt getrieben durch die Wachstumsentwicklung

¹www.europa.eu, Europa>Press Room>Press Release, Reference: IP/09/1926 Date: 15/12/2009

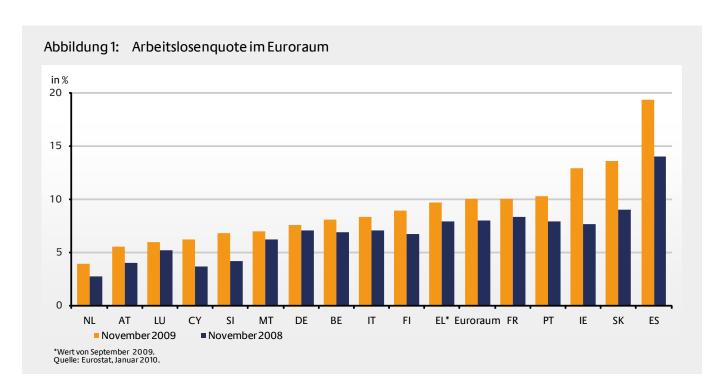
AKTUELLE ARBEITSMARKTENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN MITGLIEDSTAATEN DES EURORAUMS

einiger Volkswirtschaften zu Beginn des Jahrzehnts.

Im Zuge der Wirtschaftskrise trat jedoch eine erhebliche Verschlechterung der Lage ein: Die Arbeitsnachfrage sank im Oktober/November 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 30 %. Die Arbeitslosenquote im Euroraum lag im November 2009 saisonbereinigt bei 10 % und damit um 2% höher als noch vor einem Jahr.² Dies entsprach einer Erwerbslosenzahl von rund 15,7 Millionen Menschen und einem Rückgang der Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um rund 3 Millionen Personen (EU-27: rund 22,9 Millionen Erwerbslose und Rückgang um rund 5 Millionen Personen). Diese Entwicklung spiegelt vor allem den konjunkturellen Einbruch in den am stärksten von der Rezession betroffenen Wirtschaftszweigen und Berufen wider, jedoch auch den immer stärkeren Rückgriff auf flexible Arbeitsregelungen.

Gleichwohl stieg die Arbeitslosigkeit nicht so stark an, wie das Ausmaß des Wirtschaftseinbruchs hätte vermuten lassen (reales BIP 2009 für Euroraum -4,0%). Die Entwicklung im Jahresvergleich (November 2008 bis November 2009) verlief zwischen den Euroraum-Mitgliedstaaten allerdings äußerst heterogen, was auf eine unterschiedliche Widerstandsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften und Arbeitsmärkte in der Krise hindeutet. Die Spanne der Arbeitslosenquoten zwischen den Mitgliedstaaten ist erheblich:

- Mit einer Quote von 3,9 % verzeichnen die Niederlande – nach wie vor – die niedrigste Arbeitslosenquote im Euroraum.
- In Irland und Spanien hingegen hat sich die Lage dramatisch verschlechtert:
 In Irland stieg die Arbeitslosenquote gegenüber November 2008 von 7,7% auf



 $^{^{\}rm 2}$ In Abgrenzung der international vergleichbaren ILO-Definition.

AKTUELLE ARBEITSMARKTENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN MITGLIEDSTAATEN DES EURORAUMS

12,9%, in Spanien von 14,0% auf 19,4%, den höchsten Wert im Euroraum.

- Eine deutliche Verschlechterung zeigt sich auch in Frankreich: Frankreich verzeichnet auf Jahresbasis einen Anstieg der Arbeitslosenquote von 8,3% auf 10,0%.
- Deutschland weist beim Vergleich mit dem Vorjahr den geringsten Arbeitslosenanstieg von 7,1% auf 7,6% auf.

Von der Verschlechterung der
Arbeitsmarktlage sind – bei allen
Unterschieden zwischen einzelnen
Mitgliedstaaten – insbesondere Jugendliche,
Geringqualifizierte und Migranten betroffen.
Aufgrund des massiven Arbeitsplatzabbaus
in männerdominierten Branchen (Bau,
Automobil) stieg die Arbeitslosigkeit
der Männer überdurchschnittlich
an. Ältere Arbeitnehmer, die ihren
Arbeitsplatz verloren haben, stehen vor
dem gravierenden Problem mangelnder
Wiederbeschäftigungsmöglichkeiten.

3 Ausblick und Herausforderungen

Auch wenn nach der aktuellen Prognose der EU-Kommission (KOM) für die kommenden Jahre mit einer graduellen Erholung der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum zu rechnen ist (Reales BIP 2010: +0,7%, 2011: +1,5 %), werden die positiven konjunkturellen Effekte erst mit erheblicher Zeitverzögerung auf die Arbeitsmärkte durchschlagen. So dürfte die Beschäftigung im Euroraum in diesem Jahr um weitere 1,3 % sinken; parallel wird für die nächsten Jahre mit einem permanenten Anstieg der Arbeitslosenquote von 9,5 % im Jahr 2009 auf 10,7 % im Jahr 2010 und 2011 sogar auf 10,9 % gerechnet.

Ob die wirtschaftliche Erholung mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze einhergeht oder eher mit einem "jobless growth", wird maßgeblich von den nationalen Exit-Strategien und der Effektivität der jeweiligen

Arbeitsmarktpolitiken abhängen. Soweit in der Krise Unterstützungsmaßnahmen für die Arbeitsmärkte implementiert wurden, sind für diese glaubwürdige Ausstiegszenarien zu definieren, und die Rückkehr zur mittelund langfristigen Strukturreformagenda ist geboten. Den Analysen der Kommission folgend sollten in den Ländern des Euroraums die Segmentierung der Arbeitsmärkte, lebenslanges Lernen sowie die Durchlässigkeit und Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes durch geeignete Anreizstrukturen stärker in den Blick genommen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Arbeitsmärkte des Euroraums zukünftig eine größere Widerstandsfähigkeit gegenüber Abschwüngen und Krisen aufweisen und der Zusammenhalt im einheitlichen Währungsraum gestärkt wird.

4 Die Entwicklung in ausgewählten Mitgliedstaaten des Euroraums

4.1 Spanien

Platzen der Immobilienblase legt Strukturprobleme des Arbeitsmarktes offen – segmentierte und starre Märkte, Lohnindexierung

Spanien verzeichnet im Jahresvergleich (November 2008 bis November 2009) einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosenquote von 14,0% auf 19,4%. Für die Jahre 2010 und 2011 wird ein weiterer Anstieg auf durchschnittlich rund 20% erwartet. Im Jahr 2007 hatte die Arbeitslosenquote hingegen noch einen historischen Tiefststand von 8,3% erreicht.

Der massive Wirtschaftseinbruch hat gerade die beschäftigungsintensiven, krisenanfälligen Branchen getroffen, allen voran den Bausektor. Da hier die Immobilienblase in der Vergangenheit zu erheblichen Überkapazitäten geführt hat, dürfte der nun stattfindende harte Konsolidierungsprozess

AKTUELLE ARBEITSMARKTENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN MITGLIEDSTAATEN DES EURORAUMS

mit einem dauerhaften Stellenabbau verbunden sein.

Ein wesentliches strukturelles Problem liegt in der hohen Segmentierung des spanischen Arbeitsmarktes. Erhebliche Diskrepanzen bestehen hinsichtlich der Beschäftigungslage in einzelnen Sektoren und zwischen verschiedenen Beschäftigungsgruppen. Einer geringen Mehrheit rigide geschützter Festangestellter steht eine große Minderheit von temporär Beschäftigten praktisch ohne jeglichen Kündigungsschutz gegenüber.

Männer haben sowohl deutlich höhere Aktivierungs- als auch Beschäftigungsraten als Frauen (jeweils + 19 %), wenngleich sich der Unterschied infolge des Einbruchs im Bausektor verkleinerte. Gleichzeitig sind geringe Aktivierungs- und Beschäftigungsraten von Jugendlichen und Älteren festzustellen. Die Arbeitslosenquote von Jugendlichen lag 2008 bei rund 25 %, im Juli 2009 betrug sie bereits rund 38 %. Insgesamt 60 % der Jugendlichen verfügen nur über zeitlich befristete Arbeitsverträge und tragen damit die höchsten Anpassungslasten beim krisenbedingten Beschäftigungsabbau.

Rigide Kündigungsschutzregeln für reguläre Beschäftigung treffen umgekehrt besonders benachteiligte Gruppen wie Frauen, Jugendliche und Migranten, die in der Regel gerade nicht von regulären Arbeitsverhältnissen profitieren.

Vor diesem Hintergrund empfehlen verschiedene Institutionen (EU, OECD, IWF), der Segmentierung des Arbeitsmarktes insbesondere durch Förderung junger Arbeitnehmer und effektive Umsetzung von Bildungsreformen entgegenzuwirken. Auch die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes und der Abfindungsregelungen sowie die Steigerung flexibler Lohnfindungsmechanismen (versus

Lohnindexierung) liefern einen Beitrag gegen zunehmend segmentierte Arbeitsmärkte.

4.2 Irland

Arbeitsmärkte stürzen in der Krise ab, dramatischer Stellenabbau mit "Age Gap" zu Lasten junger Arbeitnehmer macht Qualifizierung und Produktivitätssteigerung unabdingbar

Die Arbeitslosigkeit ist in Irland massiv angestiegen. Im November 2009 lag die Arbeitslosenquote bei 12,9 %, im November des Vorjahres – also zu Beginn der Krise – noch bei 7,7 %. Die Dramatik der Entwicklung wird besonders deutlich im Vergleich zu 2007, als Irland noch zu den Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosenquote im Euroraum gehörte (4,6 %). Für dieses Jahr wird mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Quote auf 14 % gerechnet, die 2011 auch nur minimal sinken dürfte.

In der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich der extreme Wirtschaftseinbruch von -7,5 % des BIP 2009 nach einer überhitzten Wachstumsphase wider. Der negative Wachstumstrend dürfte sich – im Gegensatz zu anderen Euroraumländern – auch 2010 noch fortsetzen; es wird eine Wachstumsrate von -1,4 % des BIP erwartet. Die im europäischen Vergleich lockeren Kündigungsschutzregeln und die hohe externe Flexibilität haben den Stellenabbau parallel zum Wirtschaftseinbruch beschleunigt, könnten aber auch notwendige Umstrukturierungen erleichtern.

Im Zuge der Krise hat sich das in Irland bislang unterhalb des Euroraum-Durchschnitts liegende "Age Gap" deutlich ausgeweitet. Während die Arbeitslosigkeit bei Älteren kaum zunahm, tragen die jüngeren Arbeitnehmer die Hauptlast des Stellenabbaus.

Der extreme wirtschaftliche Einbruch mit Konsequenzen auch für das Potenzialwachstum impliziert die Notwendigkeit der Förderung eines

AKTUELLE ARBEITSMARKTENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN MITGLIEDSTAATEN DES EURORAUMS

nachhaltigen Wachstums, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität sowie einer adäquaten Lohnpolitik. Zudem haben hohe marginale Grenzsteuersätze in der Vergangenheit zu Inaktivierungsfallen beigetragen und die (Re)Integration in den Arbeitsmarkt behindert. Gerade für Zweitverdiener und Alleinerziehende stehen eine Verbesserung der Arbeitsanreize und der Ausbau von Kindertagesstätten im Vordergrund. Perspektivisch sind die Verbesserung des Zugangs zu vorschulischer Bildung und eine Reform des Systems der Studiengebühren auf der strukturpolitischen Agenda.

4.3 Frankreich

Moderater Anstieg der Arbeitslosigkeit verdeckt Strukturproblem einer produktiven Nutzung des Arbeitskräftepotenzials

Die Arbeitslosenquote lag in Frankreich im November 2009 bei 10,0 %. Damit verzeichnet Frankreich im Jahresvergleich einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 1,7 Prozentpunkte. Die Arbeitslosigkeit dürfte – anders als in den meisten anderen Mitgliedstaaten – 2010 zwar kaum weiter ansteigen, allerdings auch 2011 auf diesem hohen Niveau verharren. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen (rund 18 %) und älteren Personen.

Vor allem die hohe Beschäftigungsrate im öffentlichen Dienst hat bislang stützend auf den Arbeitsmarkt gewirkt. Demgegenüber besteht eine wesentliche Schwäche des französischen Arbeitsmarktes in der unzureichenden Nutzung des Arbeitskräftepotenzials. Die Beschäftigungsrate liegt strukturell unterhalb des EU-Durchschnitts, ebenso die Anzahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden.

Die jüngsten Reformen zielen daher auf eine Verringerung der starken Segmentierung des Arbeitsmarktes und auf eine höhere Arbeitsmarktflexibilität. Die Kündigungsschutzregeln für zeitlich befristete Arbeitsverträge wurden gelockert, sind im EU-Vergleich aber immer noch sehr rigide. Angesichts der Inflexibilitäten bei festen Arbeitsverträgen steigt der Anteil von Zeitarbeitsverhältnissen. Die Wechselrate von Zeit- in Dauerarbeitsverhältnisse ist gering.

Die Empfehlungen von EU-Kommission, OECD und IWF konzentrieren sich daher darauf, der Segmentierung des französischen Arbeitsmarktes weiter entgegenzuwirken, u.a. durch Modernisierung des Kündigungsschutzsystems und verbesserte Eintrittsbedingungen in den Arbeitsmarkt (insbesondere für Jugendliche) sowie durch die Förderung von lebenslangem Lernen. Die Verringerung der steuerlichen Belastung von Geringverdienern und älteren Arbeitnehmern bei gleichzeitiger Begrenzung der Mindestlohnsteigerungen soll zu einer Senkung der Arbeitskosten und zu verbesserten Arbeitsanreizen beitragen. Hierzu zählt auch der Abbau von Restriktionen bei der Kombination von Renten- und Arbeitseinkommen.

4.4 Niederlande

Auch in der Krise noch arbeitsmarktpolitisches Vorbild, aber weitere Mobilisierung des Arbeitsangebots erforderlich

Die Niederlande verzeichnen ungeachtet des Wirtschaftseinbruchs (- 4½% im Jahr 2009) im Jahresvergleich (November 2008 bis November 2009) einen im internationalen Vergleich nur moderaten Anstieg der Arbeitslosenquote von 2,7% auf 3,9%. Für dieses Jahr wird seitens der Kommission allerdings ein deutlicher Anstieg auf 6,2% erwartet.

Die niederländische Arbeitsmarktpolitik gilt in der Europäischen Union im Allgemeinen als "best practice". Alle Arbeitsmarktziele der Lissabon-Strategie wurden erreicht, generell funktioniert der Arbeitsmarkt reibungslos. So ist dessen Segmentierung durchweg geringer als im Durchschnitt des Euroraums: Das gilt für die Beschäftigungsquote von Männern

AKTUELLE ARBEITSMARKTENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN MITGLIEDSTAATEN DES EURORAUMS

und Frauen (Gender-Gap), von Altersgruppen und von Gruppen unterschiedlicher Qualifikationsniveaus.

Allerdings wird dieser Erfolg mit einer hohen Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat erkauft. Auch erscheint die Mobilisierung des Arbeitsangebots unzureichend, gerade auch mit Blick auf die demografische Entwicklung. Das Steuer- und Abgabensystem fördert mit hohen Grenzbelastungen Inaktivierungs-Fallen und damit negative Arbeitsanreize. Rund 47 % der Gesamtbeschäftigung beruht auf Teilzeitarbeit (rund 75 % Frauen), was den Return-of-investment in Humankapital erheblich reduziert.

Vor diesem Hintergrund liegt der Reformbedarf der Niederlande in einer Steigerung des Arbeitsangebots durch Überarbeitung der Abfindungsregelungen, Aktivierung der Langzeitarbeitslosen und Förderung der Übergänge bei Arbeitsplatzwechseln sowie in der Steigerung der geleisteten Arbeitsstunden. Konkrete Maßnahmen werden in der Kürzung der Bezugsdauer von Transfers und der Schaffung steuerlicher Arbeitsanreize für Zweitverdiener und ältere Arbeitnehmer gesehen. Auch die striktere Überprüfung und Kürzung der großzügigen staatlichen Arbeitslosentransferleistungen und Regelungen bei Berufsunfähigkeit stehen im Fokus der Reformempfehlungen.

4.5 Italien

Krise hat noch nicht auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen, allerdings Gefahr von Hysteresis bei rigiden strukturellen Rahmenbedingungen

Die Arbeitslosigkeit lag in Italien im November 2009 mit 8,3% unterhalb des Euroraumdurchschnitts; der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (November 2008: 7,1%) blieb vergleichsweise begrenzt. Damit hat der massive Wachstumseinbruch von - 4,7% des BIP 2009 kaum auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Für dieses Jahr und für 2011 wird ein weiterer, allerdings verhaltener Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 8,7% erwartet. Hauptursache für den moderaten Verlauf dürften die deutlich ausgeweiteten Kurzarbeiterregelungen für die von der Krise besonders betroffenen Branchen sein.

Die bisherigen Arbeitsplatzverluste treffen vor allem Selbstständige und Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen, für die die gesetzlichen Kündigungsvorschriften nicht greifen (im EU-Vergleich sehr hohe Selbstständigenquote von 16 % gegenüber EU-Durchschnitt von 10 %).

Die wesentlichen strukturellen Probleme des italienischen Arbeitsmarktes basieren auf tradierten gesellschaftlichen und regionalen Mustern und zeigen sich besonders in der starken Segmentierung bei den verschiedenen Altersgruppen, Beschäftigungsunterschieden von Männern und Frauen und regionalen Disparitäten. Aufgrund der rigiden strukturellen Rahmenbedingungen besteht die Gefahr von Hysteresis-Effekten, also strukturellen Verfestigungen der gestiegenen Arbeitslosigkeit nach der Krise.

Die allgemeine Erwerbstätigenquote liegt mit 59% deutlich unter dem EU-Durchschnitt (66%), wobei die der Frauen mit 47% das EU-Mittel (59%) noch erheblicher unterbietet.

Der krisenbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit trifft vor allem Jugendliche und Geringqualifizierte. Der hohen Beschäftigungsquote in der mittleren Altersgruppe ("prime-age") stehen sehr niedrige Beschäftigungsquoten bei Jugendlichen und Älteren gegenüber.

Die regionalen Unterschiede des italienischen Arbeitsmarktes sind erheblich: So beträgt die Beschäftigungsdiskrepanz zwischen dem Nordosten (67,6 %) und den südlichen Regionen (46,5 %) mehr als 21 Prozentpunkte. Vor diesem Hintergrund sollen die zwischen den Sozialpartnern ausgehandelten neuen Lohnfindungsmechanismen ab 2010 das

AKTUELLE ARBEITSMARKTENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN MITGLIEDSTAATEN DES EURORAUMS

bisherige zentralisierte System ablösen und eine Lohnfindung im Einklang mit der – regional sehr unterschiedlichen – Produktivität ermöglichen.

Die strukturellen Empfehlungen der großen internationalen Institutionen an Italien beziehen sich vorwiegend auf eine Reduzierung der steuerlichen Belastung von Geringverdienern, die weitere Anpassung der dezentralen Lohnfindungsmechanismen an die regionalen Produktivitäten – auch im öffentlichen Sektor –, die Lockerung des Kündigungsschutzes bei unbefristeten Arbeitsverträgen bei gleichzeitigem Ausbau des sozialen Sicherungsnetzes (Einführung eines einheitlichen Arbeitslosentransfersystems) sowie die Verbesserung des Bildungssystems und die Bekämpfung der Schwarzarbeit.

4.6 Griechenland

Ungeachtet erzielter Fortschritte ist die Arbeitsmarktperformance des Landes noch unterdurchschnittlich: hohe Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sowie geringe Beschäftigungsmobilität

Die Auswirkungen der Krise belasten den griechischen Arbeitsmarkt erheblich. Die Arbeitslosenquote, die noch 2008 mit 7,7% einen historischen Tiefstwert erreicht hatte, stieg 2009 auf über 9% an und dürfte sich in diesem Jahr weiter auf 9,7% erhöhen.

Ungeachtet erzielter Fortschritte ist die Arbeitsmarktperformance Griechenlands schlechter als der EU-Durchschnitt. Die Beschäftigungsrate liegt mit knapp 62% deutlich unter dem Lissabon-Ziel von 70%. Die Beschäftigungsrate von älteren Arbeitnehmern und von Frauen liegt unterhalb des Euroraum-Durchschnitts.

Strukturelle Probleme resultieren vor allem aus der starken Segmentierung und mangelnden Flexibilität des Arbeitsmarktes. Dies manifestiert sich in einer hohen Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sowie einer geringen Beschäftigungsmobilität. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt über 22% (bei Frauen 29%). Da die strikte Arbeitsmarktregulierung den Zugang zum Arbeitsmarkt behindert, sind knapp 50% aller Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos. Befristete Arbeitsverhältnisse sind noch eine Seltenheit, wenngleich der Trend steigend ist und insbesondere jüngere Arbeitnehmer betroffen sind.

Die Beschäftigungsquote ist je nach Qualifikation sehr unterschiedlich: Gut ausgebildete Arbeitnehmer haben eine um 20 % höhere Aktivierungsrate und um 30 % höhere Beschäftigungsrate als Geringqualifizierte. Der "Gender-Gap" zählt nach wie vor zu den größten in der EU, so ist die Erwerbsquote bei Männern um 25 % höher als bei Frauen.

Zwar ist das gesetzliche Mindestlohnniveau im internationalen Vergleich eher niedrig. Allerdings verpflichtet das zentralisierte Lohnfindungssystem alle Unternehmen, die von den Sozialpartnern ausgehandelten Mindestlöhne zu übernehmen, was zu Lasten der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit geht. Die griechische Regierung hat das Einfrieren der Löhne im öffentlichen Dienst angekündigt, womit ein positiver Effekt für die Lohnsetzung im Privatsektor einhergehen könnte; auch die Sozialversicherungsbeiträge sollen reduziert werden.

Die Flexibilität der Arbeitsmärkte sollte nach Expertenmeinung durch eine Reform der Kündigungsschutzregelungen, eine Senkung der Lohnkosten durch Lohnsetzung unterhalb des Mindestlohns in Verbindung mit einer Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge im Niedriglohnbereich erhöht werden. Gleichzeitig wird empfohlen, Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung zu bekämpfen.

AKTUELLE ARBEITSMARKTENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN MITGLIEDSTAATEN DES EURORAUMS

4.7 Slowakei

Die osteuropäischen Staaten sind als kleine offene Marktwirtschaften krisenanfällig – ungeachtet des Aufholprozesses in der Vergangenheit; Arbeitslosigkeit dürfte auf hohem Niveau verharren

Das erste Land aus dem osteuropäischen Raum, das dem Euro beigetreten ist, hat einen erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Im November 2009 lag die Arbeitslosenquote bei 13,6 % und damit um 4,6 Prozentpunkte höher als noch vor einem Jahr. Als kleine und offene Marktwirtschaft hat der dramatische Konjunktureinbruch zur Jahreswende 2008/09 (Q1/09: -11% des BIP gegenüber Vorquartal) massiv auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Auch wenn sich die Wirtschaft 2010 und 2011 allmählich erholen dürfte, ist zu befürchten, dass die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau verharren wird. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass das Land 2001 noch eine Arbeitslosigkeit von über 19 % verzeichnete und 2008 mit 9,5 % ein Tiefststand erreicht wurde.

Gleichwohl hat die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der Slowakei mit dem überdurchschnittlichen Wachstumsboom der letzten Jahre (durchschnittlich 7% reales BIP-Wachstum von 2003 bis 2008) nicht mitgehalten. Die Erwerbstätigenquote liegt mit rund 62% deutlich unter dem EU-Mittel. Gleiches gilt für die Beschäftigung von Frauen (rund 54%) und älteren Arbeitnehmern (rund 39%).

Die Segmentierung des Arbeitsmarktes in Bezug auf Altersgruppen und Qualifikationsniveaus ist erheblich. Die Erwerbstätigenquoten der jüngeren und älteren Arbeitnehmer sind weit unterdurchschnittlich. Geringqualifizierte Arbeitnehmer verzeichnen die niedrigste Beschäftigungsquote innerhalb der EU, die Beschäftigungslücke zu den Hochqualifizierten hat sich in den vergangenen Jahren weiter ausgeweitet.

Gleichzeitig sind 70% aller Arbeitsuchenden langzeitarbeitslos. Diese Quote ist die höchste in der EU und seit 2001 um 11 Prozentpunkte gestiegen, was klar auf Hysteresis-Effekte hinweist; betroffen sind insbesondere Jugendliche.

Arbeitsmarktreformen zu Beginn des Jahrzehnts haben die interne und externe Flexibilität des Arbeitsmarktes und den Anreiz zur Arbeitsaufnahme erheblich erhöht. So ist der gesetzliche Kündigungsschutz relativ gering, Transferleistungen werden nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit massiv reduziert. Befristete Arbeitsverträge und Teilzeitarbeit als flexible Arbeitsvertragsgestaltungen sind aber kaum vorhanden.

Mit Blick auf den segmentierten Arbeitsmarkt in der Slowakei empfehlen EU-Kommission, OECD und IWF die Aktivierung von Langzeitarbeitslosen und die Förderung von lebenslangem Lernen, die Vermeidung steigender, eine Lohndrift bedingende Mindestlöhne sowie die Reduzierung des Steuerkeils bei Zweitverdienern und eine steuerliche Entlastung von Geringverdienern, aber auch eine Verbesserung des Bildungssystems.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	82
1	Kreditmarktmittel	82
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2005 bis 2010	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
_	2006 bis 2010	84
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Ist 2009	86
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010	
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	
Über	sichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009	
Abb. 1	l Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2009	. 107
2	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis November 2009	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2009	. 110
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	. 114
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	
2	Preisentwicklung	. 115
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	. 118
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 120
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	
Abb. 1	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	. 129

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:					
	31. Oktober 2009			30. November 2009					
		in Mio. €							
Inflations indexier te Bundes wert papiere	27 000	0	0	27 000					
Anleihen ¹	604 454	6 000	0	610 454					
Bundesobligationen	166 000	5 000	0	171 000					
Bundesschatzbriefe ²	9 466	100	143	9 424					
Bundesschatzanweisungen	119 000	6 000	0	125 000					
Unverzinsliche Schatzanweisungen	111 484	9 952	11 932	109 504					
Finanzierungsschätze ³	939	52	97	895					
Tagesanleihe	2 671	39	133	2 577					
Schuldscheindarlehen	12 927	0	102	12 825					
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51					
Kreditmarktmittel insgesamt	1 053 992			1 068 730					

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:		
	31. Oktober 2009			30. November 2009		
	in Mio. €					
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	254 058			251 872		
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	323 454			329 401		
langfristig (mehr als 4 Jahre)	476 480			487 457		
Kreditmarktmittel insgesamt	1 053 992			1 068 730		

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungsrahmen 2009 Belegung am 31. Dezember 2009		Belegung am 31. Dezember 2008						
Ermächtigungstatbestände		in Mrd. €							
Ausfuhren	117,0	109,9	103,3						
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	30,3	25,7						
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,3	1,2						
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5						
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	136,8	87,0						
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	50,6	40,3						
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0						
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	4,0						

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	2. Reg. Entw.
			in Mr	d.€		
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	325,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,1
2. Einnahmen ¹	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	239,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,1	+0,0	+0,1	+0,1	-0,0	-0,1
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,0	+0,1	+0,1	+0,0	-0,0	-0,1
3. Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-86,2
in % der Ausgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,3
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	224,0	225,4	222,1	229,1	269,0	325,5
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	-1,5	8,4	0,5	-6,4	0,1
6. Tilgungen (+)	193,0	196,0	216,2	218,1	228,5	239,8
7. Nettokreditaufnahme	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-34,1	-85,8
8. Münzeinnahmen	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,4
Nachrichtlich :						
Investive Ausgaben	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,1	-0,0	+0,2	-0,1	+0,1	+0,1
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Januar 2010.

¹Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

² Inkl. Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2010

	2006	2007	2008	2009	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	Ist	2. Entwurf
Ausgabeart			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 110	26 038	27 012	27 791	27 939	28 031
Aktivitätsbezüge	19 730	19 662	20 298	20 959	20 977	21 112
Ziviler Bereich	8 547	8 498	8 870	9367	9 269	9 692
Militärischer Bereich	11 182	11 164	11 428	11 592	11 708	11 419
Versorgung	6380	6376	6714	6832	6 9 6 2	6 9 1 9
Ziviler Bereich	2 372	2334	2 416	2 392	2 462	2 437
Militärischer Bereich	4 008	4 041	4298	4 441	4 500	4 482
Laufender Sachaufwand	18 349	18 757	19 742	21 129	21 395	21 722
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1 365	1 421	1 451	1 478	1 467
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 5 1 7	8 908	9 622	10360	10 281	10 574
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 484	8 699	9318	9 635	9 681
Zinsausgaben	37 469	38 721	40 171	41 431	38 099	37 967
an andere Bereiche	37 469	38 721	40 171	41 431	38 099	37 967
Sonstige	37 469	38 721	40 171	41 431	38 099	37 967
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	38 677	40 127	41 388	38 054	37 924
an Ausland	3	3	3	2	3	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	160 352	168 424	179 871	177 289	209 069
an Verwaltungen	13 937	14 003	12 930	15 055	14396	14630
Länder	8 538	8 698	8 341	8 845	8 754	8 713
Gemeinden	38	38	21	21	18	18
Sondervermögen	5 3 6 1	5 2 6 7	4 568	6 188	5 624	5 899
Zweckverbände	1	1	0	1	1	0
an andere Bereiche	142 079	146 349	155 494	164816	162 892	194438
Unternehmen	14 275	15 399	22 440	23 930	22 951	25 528
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	32 256	29 123	29 120	30 881	29 699	31 710
an Sozialversicherung	91 707	97712	99 123	104 653	105 130	131 562
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	869	1 099	1 437	1 249	1 531
an Ausland	3 024	3 240	3 708	3 909	3 858	4 106
an Sonstige	5	5	4	5	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	237 944	243 868	255 350	270 222	264 721	296 789
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a						
Sachinvestitionen	7 112	6 903	7 199	8 649	8 504	8 186
Baumaßnahmen	5 634	5 478	5 777	7 061	6 830	6 5 8 1
Erwerb von beweglichen Sachen	943	909	918	1 055	1 030	1 059
Grunderwerb	536	516	504	533	643	546

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2010

	2006	2007	2008	2009	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	Ist	2. Entwurf
Ausgabeart			in Mi	o.€		
Vermögensübertragungen	13 302	16 947	16 660	15 377	15 619	15 749
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 916	16 580	14018	14961	15 190	15 353
an Verwaltungen	5 755	8 234	5713	5 154	5 852	5 165
Länder	5 700	6 030	5 654	5 089	5 804	5 101
Gemeinden und Gemeindeverbände	55	54	59	60	48	60
Sondervermögen	0	2 150	0	5	0	4
an andere Bereiche	7 161	8 345	8 305	9807	9 338	10 188
Sonstige - Inland	4 999	6 099	5836	6758	6 462	7015
Ausland	2 162	2 247	2 469	3 049	2 876	3 173
Sonstige Vermögensübertragungen	387	367	2 642	417	429	396
an andere Bereiche	387	367	2 642	417	429	396
Unternehmen - Inland	0	0	2 2 6 7	0	0	0
Sonstige - Inland	172	162	149	176	148	148
Ausland	215	205	225	241	282	248
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 687	2 732	3 099	9 192	3 409	5 152
Darlehensgewährung	2 109	2 100	2 3 9 5	8 257	2 490	4333
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	1
Länder	32	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 078	2 100	2 395	8 256	2 490	4 3 3 2
Sozialversicherung	1 020	900	922	6 750	872	2 776
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 058	1 199	1 473	1 507	1 618	1 556
Ausland	578	632	704	935	919	819
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen						
Inland	0	28	26	13	13	13
Ausland	578	604	678	921	905	806
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	23 102	26 582	26 958	33 218	27 532	29 087
^a Darunter: Investive Ausgaben	22 715	26 215	24316	32 802	27 103	28 691
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	0	- 134	0	- 475
Ausgaben zusammen	261 046	270 450	282 308	303 307	292 253	325 400

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2009

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion				i	in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	53 357	47 332	25 181	16 748	-	5 403
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6356	6 028	3 908	1 218	-	901
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 166	3 455	479	167	-	2808
3	Verteidigung	31 320	31 015	16 208	13 875	-	932
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 417	3 069	2 002	895	-	171
5	Rechtsschutz	386	353	244	96	-	14
6	Finanzverwaltung	3 662	3 362	2 340	496	-	526
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	14 960	11 014	524	777	-	9 713
13	Hochschulen	2 602	1 654	9	10	-	1 635
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 846	1 846	-	-	-	1 846
15	Sonstiges Bildungswesen	513	433	10	68	-	356
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8 701	6 573	504	695	-	5 3 7 3
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 298	508	1	5	-	502
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	147 716	146 857	215	424	-	146 217
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	100 212	100 212	46	-	-	100 165
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6511	6 511	-	-	-	6511
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 945	2 651	-	44	-	2 608
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 487	36 374	44	313	-	36 017
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	190	190	-	-	-	190
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1371	919	125	67	-	727
3	Gesundheit und Sport	1 251	904	272	349	-	283
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	467	439	151	237	-	51
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	467	439	151	237	-	51
32	Sport	130	110	-	7	-	103
33	Umwelt- und Naturschutz	344	206	79	52	-	74
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	310	148	42	52	-	54
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	585	-	17	-	568
41	Wohnungswesen	1 142	575	-	7	-	567
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	3	0	-	-	-	0
44	Städtebauförderung	661	9	-	9	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	987	479	29	137	-	312
52	Verbesserung der Agrarstruktur	633	184	-	1	-	183
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	122	122	-	58	-	64
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	122	122	-	58	-	64
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	232	173	29	78	_	65

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2009

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	¹ Darunter: Investive Ausgaben
		072	2 226		5.035	F 007
0	Allgemeine Dienste	973	2 326	2 727	6 026	5 997
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	328	0	-	329	329
2	Auswärtige Angelegenheiten	61	2 126	2 523	4711	4710
3	Verteidigung	212	61	31	305	277
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	211	137	-	348	348
5	Rechtsschutz	32	1	-	33	33
6	Finanzverwaltung	127	0	173	300	300
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	216	3 722	9	3 946	3 946
13	Hochschulen	2	947	-	948	948
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	80	-	80	80
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	193	1 927	9	2 128	2 128
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	769	-	790	790
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	850	1	859	458
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	292	1	294	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	110	-	113	3
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	449	-	452	452
3	Gesundheit und Sport	189	158	-	347	347
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	20	8	-	28	28
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	20	8	-	28	28
32	Sport		20	-	20	20
33	Umwelt- und Naturschutz	8	130	-	138	138
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	161	1	-	162	162
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 221	2	1 223	1 223
41	Wohnungswesen		566	2	568	568
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		3	-	3	3
44	Städtebauförderung		652	-	652	652
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	27	481	0	508	508
5 52	Verbesserung der Agrarstruktur		449	0	449	449
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		. 13	-	. 15	-
533	Gasölverbilligung					
		·	·	-		-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-		-	-	-

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2009

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion					in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 598	2 866	62	713	-	2 091
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	855	730	-	548	-	182
621	Kernenergie	231	167	-	-	-	167
622	Erneuerbare Energieformen	24	15	-	1	-	14
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	600	548	-	547	-	2
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 631	1 620	-	4	-	1 616
64	Handel	116	116	-	60	-	56
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	966	20	-	16	-	4
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 030	381	62	85	-	233
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 426	3 755	1 029	1 949	-	777
72	Straßen	8 261	1 002	-	903	-	99
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 970	902	510	328	-	64
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	273	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	184	183	43	18	-	121
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 739	1 666	476	700	-	490
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15 740	11 557	-	9	-	11 548
81	Wirtschaftsunternehmen	10391	6211	-	9	-	6 202
832	Eisenbahnen	4154	80	-	1	-	79
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 2 3 7	6 131	-	9	-	6 123
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 348	5 346	-	-	-	5 346
873	Sondervermögen	5 3 3 3	5 3 3 3	-	-	-	5 3 3 3
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	15	13	-	-	-	13
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	39 406	39 373	627	270	38 099	377
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	415	377	-	-	-	377
92	Schulden	38 108	38 108	-	9	38 099	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	883	888	627	261	-	1
Summe a	ller Hauptfunktionen	292 253	264 721	27 939	21 395	38 099	177 289

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2009

	Ausgabengruppe			Darlehns-	Summe	
		Sachin-	Vermögens-	gewährung,	Ausgaben der	¹ Darunte
		vestitionen	beratungen	Erwerb von	Kapital-	Investive
				Beteiligungen, Kapitaleinlagen	rechnung ¹	Ausgabe
Funktio	n			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	99	985	647	1 731	1 731
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	63	61	-	124	124
621	Kernenergie	63	-	-	63	63
622	Erneuerbare Energieformen	-	10	-	10	10
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	52	-	52	52
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	12	-	12	12
64	Handel	-	-	-	-	
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	34	912	-	947	947
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	0	647	649	649
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 979	1 692	-	8 671	8 67
72	Straßen	5 850	1 409	-	7 259	7 259
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 068	-	-	1 068	1 068
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	269	-	269	269
75	Luftfahrt	1	-	-	1	
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	59	14	-	73	73
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und	13	4 146	23	4 182	4 182
81	Kapitalvermögen, Sondervermögen Wirtschaftsunternehmen	11	4 146	23	4 180	4 180
832	Eisenbahnen	-	4 0 6 4	10	4074	4 074
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	11	82	13	106	106
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	_		2	2
		_			2	-
873	Sondervermögen	2		-	2	
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87		-	-		2
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001
				lst-Er	gebnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	243,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	-0,5
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	220,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	-22,9
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	11,0
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,8
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	-3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	15,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	56,
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	27,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	-3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	11,2
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	193,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	-2,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	79,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	88,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	41,4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	9,4
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	83,
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0	57,6
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 223,
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	760,2

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				ls	t-Ergebnis	se				Reg Entw
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	325,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	11,
Einnahmen	Mrd.€	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	239,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	- 7,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 86,
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 31,9	- 38,6	- 39,5	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 85,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,9	-0,6	- 0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	- 0,3	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8,
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl.	0/	15,6	15,7	15,4	15.2	14,7	15.0	15,1	15,1	
Gesamthaushalts ³	%	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15,1	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	38,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 0,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	56,0	56,2	55,9	58,3	57,9	58,6	59,8	59,4	
Investive Ausgaben	Mrd.€	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	-7,2	11,5	5.
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl.										0,
Gesamthaushalts ³	%	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	36,7	25,8	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 7,
Anteil an den Bundesausgaben	%	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	65
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	43,0	43,5	42,3	42,1	41,7	42,7	42,6	43,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 85
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	26
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	299
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts³	%	61,0	59,3	60,1	58,6	59,7	99,3	59,0	42,3	
nachrichtlich: Schuldenstand ³										
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 579,5	1 666	
darunter: Bund	Mrd.€	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	1 035	

 $^{^{\}rm 1}$ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007	2008
				in Mrd.€			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	612,9	620,7	615,3	627,7	639,6	647,2	675,6
Einnahmen	556,2	552,9	549,9	575,1	599,1	652,5	667,9
Finanzierungssaldo	-57,0	-67,9	-65,5	-52,5	-40,0	9,2	-7,1
darunter:							
Bund							
Ausgaben	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3
Einnahmen	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5
Finanzierungssaldo	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8
Länder							
Ausgaben	257,7	259,7	257,1	260,0	260,0	264,9	275,1
Einnahmen	228,5	229,2	233,5	237,2	250,1	272,1	274,9
Finanzierungssaldo	-29,4	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	9,5	-0,2
Gemeinden							
Ausgaben	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7	167,3
Einnahmen	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3	174,9
Finanzierungssaldo	-3,7	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,6	7,6
			Veränderun	igen gegenübe	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,4	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,2	4,4
Einnahmen	-0,3	-0,6	-0,5	4,6	4,2	8,9	2,4
darunter:							
Bund							
Ausgaben	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4
Einnahmen	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8
Länder							
Ausgaben	0,9	0,7	-1,0	1,1	0,0	1,9	3,8
Einnahmen	-1,0	0,3	1,9	1,6	5,4	8,8	1,1
Gemeinden							
Ausgaben	1,1	- 0,0	0,1	2,1	2,8	2,1	4,1
Einnahmen	1,4	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,8	3,3

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007	2008
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,7	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	0,4	-0,3
darunter:							
Bund	-1,5	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5
Länder	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,4	- 0,0
Gemeinden	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,4	0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-9,3	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	1,4	-1,1
darunter:							
Bund	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2
Länder	-11,4	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	3,6	-0,1
Gemeinden	-2,4	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,4	4,6
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,1
darunter:							
Bund	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2	11,3
Länder	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0
Gemeinden	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2	22,5

¹Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

Stand: September 2009.

 $^{^2\,\}mbox{Bis}$ einschließlich 2006 Rechnungsergebnisse.

 $^{^3}$ Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	inegerant		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepubli	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen									
	insgesamt	davon							
	msgesame	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern				
Jahr		in Mrd. €		in	%				
		Bundesrepubli	k Deutschland						
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9				
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0				
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1				
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5				
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2				
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6				
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5				
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4				
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,3				
2009²	524,1	254,5	269,6	48,6	51,4				
2010²	511,5	238,0	273,6	46,5	53,5				

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	Finanzstatistik ²
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu		
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005	22,0	39,7	20,1	36,8
2006³	22,8	40,0	21,0	37,2
2007³	23,7	40,2	22,2	37,6
2008 ³	23,7	40,1	22,5	37,8
2009³	23,5	40,6	22,0	38,0

 $^{^{\}rm 1}$ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009. 2009 erstes vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Januar 2010.

 $^{^3\} Bis\ 2006\ Rechnungsergebnisse.\ 2007\ bis\ 2008\ Kassenergebnisse.\ 2009\ Sch\"{a}tzung; Stand:\ Dezember\ 2009.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates							
		darunt	er					
	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Soziaversicherungen ³					
Jahr		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11					
1965	37,1	25,4	11					
1970	38,5	26,1	12					
1975	48,8	31,2	17					
1976	48,3	30,5	17					
1977	47,9	30,1	17					
1978	47,0	29,4	17					
1979	46,5	29,3	17					
1980	46,9	29,6	17					
1981	47,5	29,7	17					
1982	47,5	29,4	18					
1983	46,5	28,8	17					
1984	45,8	28,2	17					
1985	45,2	27,8	17					
1986	44,5	27,4	17					
1987	45,0	27,6	17					
1988	44,6	27,0	17					
1989	43,1	26,4	16					
1990	43,6	27,3	16					
1991	46,3	28,2	18					
1992	47,2	28,0	19					
1993	48,2	28,3	19					
1994	47,9	27,8	20					
1995	48,1	27,6	20					
1996	49,3	27,9	21					
1997	48,4	27,1	21					
1998	48,0	27,0	21					
1999	48,1	26,9	21					
2000	47,6	26,5	21					
2000 ⁴	45,1	24,0	21					
2001	47,6	26,3	21					
2002	48,1	26,4	21					
2003	48,5	26,5	22					
2004	47,1	25,9	21					
2005	46,8	26,1	20					
2006	45,4	25,4	19					
2007	43,7	24,5	19					
2008	43,7	24,7	19					
2009	47,6	26,7	20					

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der VGR. Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

 $^{^4\,\}rm Einschließlich \, der \, Erlöse \, aus \, der \, UMTS-Versteigerung.$

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
			Scl	hulden (Mio. €)	1		
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 53
Bund	784 615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887915	919 304	940 187	959 918
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169
Kassenkredite	6 008	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 74
Extrahaushalte	59210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 83
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 70
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 13
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484 92
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 57
Kreditmarktmittel iwS	384773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628	48039
Kassenkredite	7 3 5 0	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2410	3 18
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1 124	1 35
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1 124	1 32
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	2
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 86
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 18
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 38
Kassenkredite	10 670	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 80
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2612	2 68
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 5 6 0	2 62
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	5
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 78
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 571 000	1 578 000	1 644 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15366	31 034	17 082	25 83
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 63
Soffin		-	-	-	-	-	8 20
Investitions- und Tilgungsfonds		_		_	_	_	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
			Anteil a	n den Schulde	n (in %)		
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,
			Anteil der	Schulden am	BIP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63,
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39,
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	65,
			Schu	lden insgesam	t (€)		
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 880	19 23
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 325,1	2 428,2	2 495,
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 62

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassenkredite.$

 $\label{thm:Quelle:Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzu	ing der Volkswirtscha	aftlichen Gesan	ntrechungen²		Abgrenzung de	r Finanzstatisti
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
Jahr		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP	in%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,0	-1,7
2007	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	9,2	0,4
2008	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-7,1	-0,3
2009	-77,2	-64,6	-12,6	-3,2	-2,7	-0,5	-95 1/2	-4,0

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $^{^2\,}Ab\,1970\,in\,der\,Abgrenzung\,des\,Europ\"{a}ischen\,Systems\,Volkswirtschaftlicher\,Gesamtrechnungen\,(ESVG\,1995).$

²⁰⁰⁶ bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

²⁰⁰⁹ erstes vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Januar 2010.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2006 Rechnungsergebnisse. 2007 bis 2008 Kassenergebnisse. 2009 Schätzung; Stand: Dezember 2009.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in%d	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,4	-5,0	-4,6
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8
Griechenland	_	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-2,9	-3,7	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8
Spanien	_	-	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7
Irland	_	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,7	3,0	0,3	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1
Zypern	_	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-3,5	-5,7	-5,9
Luxemburg	_	-	4,3	2,4	6,0	0,0	1,3	3,7	2,5	-2,2	-4,2	-4,2
Malta	_	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-4,7	-6,1	-5,6
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,6	-1,6	-0,6	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7
Slowakei	_	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,8	-1,4	-1,3	0,0	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,8	4,0	5,2	4,5	-2,8	-4,5	-4,3
Euroraum	_	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5
Bulgarien	-	-	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-0,8	-1,2	-0,4
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	5,2	5,2	4,5	3,4	-2,0	-4,8	-3,4
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,3	2,6	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0
Lettland	-	_	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2
Litauen	_	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7
Polen	_	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6
Rumänien	_	_	_	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9
Schweden	_	-	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,1	-3,3	-2,7
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,7	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1
EU	_	_	_	-5,1	-0,6	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1

 $^{^{1}\,\}mathrm{F\ddot{u}r}\,\mathrm{EU\text{-}Mitgliedstaaten}$ ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,1	76,7	79,7	
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,6	92,1	88,1	84,2	89,8	97,2	101,2	104,0	
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	101,8	100,0	97,1	95,6	99,2	112,6	124,9	135,4	
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	43,0	39,6	36,1	39,7	54,3	66,3	74,0	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,4	76,1	82,5	87,6	
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	27,6	25,0	25,1	44,1	65,8	82,9	96,2	
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	105,8	114,6	116,7	117,8	
Zypern	-	-	-	-	58,8	69,1	64,6	58,3	48,4	53,2	58,6	63,4	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,1	6,6	6,6	13,5	15,0	16,4	17,7	
Malta	_	-	-	-	55,9	70,2	63,6	62,0	63,8	68,5	70,9	72,5	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	59,8	65,6	69,7	
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	63,9	62,2	59,5	62,6	69,1	73,9	77,0	
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,4	63,6	64,7	63,6	66,3	77,4	84,6	91,1	
Slowakei	-	-	-	22,2	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	34,6	39,2	42,7	
Slowenien	_	-	-	-	26,8	27,0	26,7	23,3	22,5	35,1	42,8	48,2	
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	41,8	39,3	35,2	34,1	41,3	47,4	52,7	
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,4	69,4	70,1	68,3	66,0	69,3	78,2	84,0	88,2	
Bulgarien	_	-	_	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	15,1	16,2	15,7	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	37,1	31,3	26,8	33,5	33,7	35,3	35,2	
Estland	_	_	_	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,4	10,9	13,2	
Lettland	_	-	-	-	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	33,2	48,6	60,4	
Litauen	_	-	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,9	40,7	49,3	
Polen	_	-	_	-	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,7	57,0	61,3	
Rumänien	_	-	_	-	24,6	15,8	12,4	12,6	13,6	21,8	27,4	31,3	
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,0	45,9	40,5	38,0	42,1	43,6	44,1	
Tschechien	_	-	_	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	36,5	40,6	44,0	
Ungarn	_	-	_	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	79,1	79,8	79,1	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,2	44,2	52,0	68,6	80,3	88,2	
EU	_	-	_	69,6	63,1	62,7	61,3	58,7	61,5	73,0	79,3	83,7	
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,7	173,1	189,8	197,6	206,0	
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	65,2	75,5	87,8	

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000 : EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP											
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008				
Deutschland ^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1				
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3				
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3				
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8				
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0				
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3				
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3				
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8				
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.				
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5				
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5				
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.				
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2				
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6				
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.				
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6				
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4				
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6				
Slowakei	-	-		-	20,0	17,9	17,7	17,4				
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9				
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6				
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9				
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8				
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3				

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008				
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4				
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3				
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3				
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8				
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1				
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3				
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3				
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2				
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.				
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2				
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3				
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.				
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1				
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9				
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.				
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5				
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1				
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4				
Slowakei	-	-	-	-	34,1	29,4	29,4	29,3				
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0				
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6				
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1				
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7				
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9				

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

 $^{^2 \, \}text{Nicht vergleichbar} \, \text{mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.} \,$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Deutschland ¹	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5	
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0	
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0	
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8	
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8	
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4	
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5	
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6	
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4	
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7	
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4	
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0	
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9	
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3	
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0	
Euroraum	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7	
Bulgarien	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4	
Dänemark	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4	
Estland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1	
Lettland	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0	
Litauen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9	
Polen	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9	
Rumänien	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6	
Schweden	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9	
Slowakei	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6	
Tschechien	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0	
Ungarn	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7	
Vereinigtes Königreich	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2	
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1	
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2	
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3	

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	nalt 2008 ¹		EU-Haushalt 2009 ²					
	Verpflichtungen		Zahlun	Zahlungen		tungen	Zahlungen			
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Rubrik										
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6		
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4				
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56 314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1		
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2				
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6		
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2		
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0		

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differe	enz in %	Differenz in Mio. €			
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4		
Rubrik	10	11	12	13		
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8		
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,3	-1,2	- 193,3	- 651,0		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	-111,0	- 192,5		
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0		
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0		
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5		
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8		

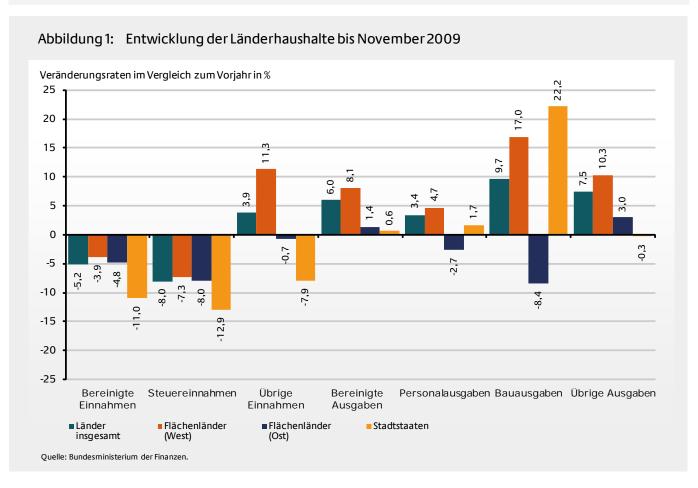
² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009

	Flächenländ	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io. €			
Bereinigte Einnahmen	184 761	159 858	52 664	44 701	32 898	28 418	263 638	226 58
darunter:								
Steuereinnahmen	143 411	125 554	28 165	24287	21 372	17 136	192 949	166 97
Übrige Einnahmen	41 350	34304	24499	20414	11 526	11 282	70 689	59 61
Bereinigte Ausgaben	203 590	186 111	52 593	46 077	36 453	32 763	285 950	258 56
darunter:								
Personalausgaben	77 608	72 170	12 290	10738	11 113	10374	101 012	93 28
Bauausgaben	3 433	2 341	1 491	999	905	521	5 8 2 9	3 86
Übrige Ausgaben	122 549	111 601	38 812	34340	24 435	21 868	179 110	161 42
Finanzierungssaldo	-18 826	-26 253	75	-1 376	-3 549	-4 345	-22 300	-31 97



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2009

						in Mio. €				
		No	ovember 200	8	Ok	tober 2009		No	vember 200	9
Lfd. Nr.	Rezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	231 828	238 953	455 583	204 784	206 142	396 962	223 109	226 588	434 249
111	darunter: Steuereinnahmen	205 881	181 553	387 434	179 728	152 995	332 724	195 203	166 977	362 180
112 113	Länderfinanzausgleich ¹ nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	- 209 270 ³	- 58 994	268 264	229 635 ³	- 72 117	301 752	- 252 758 ³	- 79 459	332 217
12	Bereinigte Ausgabe ¹ für das laufende Haushaltsjahr	261 997	243 919	490 718	243 983	233 245	463 264	270 186	258 562	513 300
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	25 471	90 191	115 662	23 842	83 314	107 156	26 520	93 281	119 801
122	Bauausgaben	4799	3 5 1 9	8 3 1 9	4721	3 250	7 972	5 452	3 861	9 3 1 3
123	Länderfinanz-ausgleich ¹	-	28	28	-	- 307	-307	-	282	282
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	197 775	69 877	267 652	205 356	65 309	270 665	208 683	69 346	278 029
13	Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	-30 169	-4 966	-35 135	-39 199	-27 103	-66 302	-47 078	-31 974	-79 051
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15) Abgrenzungsposten zur	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17 2	Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen ² Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	12 548	-11 390	1 157	24524	5 670	30 194	44 316	9514	53 830
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	715	715	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	1 628	1 628	-	- 407	- 407	-	- 407	- 407
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	12 500	17 559	30 059	13 516	102 146	115 662	17 404	85 892	103 296
32	Vorschüsse	-	29 504	29 504	-	107 451	107 451	-	88 338	88 338
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14 154	14 154	-	16 040	16 040	-	15 487	15 487
34	Saldo (31-32+33)	12 500	2 209	14709	13 516	10736	24 252	17 404	13 041	30 445

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2009

						in Mio. €					
			November 200	8	Ol	ctober 2009		1	November 200	9	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam	
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-5 121	-11 805	-16926	-1 159	-11 104	-12 263	14 643	-9 826	481	
5	Schwebende Schulden										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	5 121	5 417	10538	1 161	2 431	3 593	-14 642	2 676	-1196	
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-		
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-		
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-		
55	Sonstige	-	872	872	-	300	300	-	382	38	
56	Zusammen	5 121	6 289	11 410	1 161	2 731	3 893	-14 642	3 058	-1158	
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-5 516	-5 516	3	-8 373	-8 370	1	-6 767	-676	
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)										
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	1 855	1 855	-	1 856	1 856	-	1 452	1 45	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landesha uptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	3 022	3 022	-	2 350	2 350	-	2 098	2 09	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/ Nettokredittilgung.

³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2009

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	28 585,8	34 488,1 ^a	8 327,6	15 764,8	6 278,1	21 305,0	40 865,1	10 228,4	2 227,9
111	darunter: Steuereinnahmen	21 620,3	27 252,7	4 544,1	12 766,5	3 231,4	16 034,0	33 207,9	7 373,4	1 805,4
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	437,0	-	438,8	244,7	17,0	320,9	75,7
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	5 867,0	7 573,8 b	3 031,2	4536,4	614,2	6 841,9	19 433,6	5 924,9	1 431,5
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	31 285,0	43 939,1 °	8 879,9	19 098,3	6 023,7	22 043,1	46 774,3	12 267,0	3 239,3
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	13 302,9	16 193,1	1 985,6	6 959,6	1 424,4	8 457,5 ³	17 976,4 ³	4883,0	1 275,1
122	Bauausgaben	411,8	927,2	25,6	466,9	162,3	233,7	148,5	31,9	4,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	2 164,7	3 218,5	-	1 972,2	-	-	144,1	-	
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	6 103,0	2 613,1	3 955,0	3 835,2	1374,8	6 189,7	16 043,9	5714,8	642,7
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	-2 699,2	-9 451,0 °	- 552,3	-3 333,5	254,4	- 738,1	-5 909,1	-2 038,6	-1 011,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	667,7	4716,7	- 693,7	552,9	- 731,1	659,6	3 301,1	207,7	785,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	603,8	-2 129,4	-	-	-	-	-	-	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 479,5	1 684,5	585,2	1 022,9	113,3	422,6	1 884,4	2 760,1	351,7
32	Vorschüsse	2 930,4	2 525,8	50,9	137,0	0,9	774,5	73,0	1 726,3	8,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	799,7	7 704,9	-	669,6	575,0	1 979,5	577,1	1,6	14,0
34	Saldo (31-32+33)	1 348,8	6 863,6	534,3	1 555,5	687,4	1 627,6	2 388,5	1 035,4	357,0
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 78,9	-	-711,7	-1 225,1	210,7	1 549,1	- 219,5	- 795,4	131,4

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2009

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	369,4	1 072,0	-	-	97,0	796,0	141,
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	382,0	-	-	-	-	
56	Zusammen	-	-	369,4	1 454,0	-	-	97,0	796,0	141,
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 78,9	0,0	- 342,3	228,9	210,7	1 549,1	- 122,5	0,6	272,
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	1 451,8	-	-	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	1 979,5	531,5	-	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/ Nettokredittilgung.

³ Ohne Dezember-Bezüge.

 $^{^4}$ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

 $^{^{5}\,\}mathrm{SH}$ - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 21,6 Mio. €, b 6 703,8 Mio. €, c 7 042,9 Mio. €, d 250,0 Mio. €; e Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -2 429,6 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	14 079,0	8 192,0	7 222,0	7 824,4	17 298,2	3 028,0	8 152,2	226 588,2
111	darunter: Steuereinnahmen	7 835,4	4 443,8	5 493,8	4232,5	8 597,8	1 874,6	6 663,4	166 977,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	990,7	545,0	170,7	548,1	3 019,9	469,9	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	-1 862,2	4 050,4	3 794,3	1 625,5	11 121,6	5 278,8	195,8	79 458,7
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	14 136,8	8 775,5	8 294,3	8 260,8	19 346,4	3 896,3	9 580,8	258 562,2
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	3 188,6	2 097,8	3 122,1	2 041,6	6 092,7	1 245,4	3 035,5	93 281,3
122	Bauausgaben	508,1	123,8	116,6	179,1	177,0	39,8	304,5	3 861,1
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	60,5	281,6
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 205,5	3 824,2	3 170,3	1 499,8	8 272,4	4901,6	-	69 346,0
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	- 57,8	- 583,5	-1 072,3	- 436,4	-2 048,2	- 868,3	-1 428,6	-31 973,9
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-		-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen²	-3 214,1	262,2	825,5	125,4	1 513,4	335,6	199,5	9 514,2
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist- Abschluss)	1 118,7	-	-	-	-	-	-	- 406,9
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	583,0	487,1	0,0	- 275,7	142,2	41,2	72 609,9	85 891,9
32	Vorschüsse	1 383,7	184,6	0,0	57,4	-	84,5	78 399,9	88 337,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 854,3	71,0	0,0	319,8	360,0	342,6	- 782,4	15 486,7
34	Saldo (31-32+33)	2 053,6	373,4	0,0 5	- 13,3	502,2	299,3	-6 572,4	13 040,9
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 99,6	52,1	- 246,8	-324,3	- 32,6	- 233,4	-7 801,5	-9 825,5

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2009

	_				in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-80,8	-	0,7	41,8	209,0	30,0	2 676,2
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	382,0
56	Zusammen	-	- 80,8	-	0,7	41,8	209,0	30,0	3 058,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 99,6	- 28,7	- 246,8	-323,6	9,2	- 24,4	-7 771,5	-6 767,3
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	-	-	1 451,8
	Nicht zum Bestand der								
72	Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	360,0	9,5	- 782,4	2 098,1

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³ Ohne Dezember-Bezüge.

⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

 $^{^5\,\}mathrm{SH}$ - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 21,6 Mio. €, b 6 703,8 Mio. €, c 7 042,9 Mio. €, d 250,0 Mio. €; e Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -2 429,6 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

					Erwerbslosen-	Bruttoir	nlandsprodukt	(real)	Investitions-
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,0
2009	40,2	-0,1	53,1	3,3	7,6	-5,0	-4,9	-2,2	18,0
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,9	0,5	-0,2	0,5	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr			\	/eränderung in % p	.a.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,4	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2009	-3,7	1,4	3,3	0,3	0,0	0,3	5,6
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,7	1,2	0,0	1,3	1,3	1,7	1,1

 $^{^{1}} Ohne\ private\ Organisation en\ ohne\ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2009	-17,3	-14,4	99,2	108,6	40,6	36,4	4,1	4,5
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1
2009/04	2,8	3,5	131,8	140,8	43,3	37,7	5,6	6,0

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	V	eränderung in % p.a	ı .	in	%	Veränderui	ng in % p.a.
1991			•	71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6
2009	-4,0	-11,0	-0,2	67,5	69,0	-0,4	-1,0
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5
2009/04	1,6	1,9	1,5	66,0	67,5	0,9	-0,9

 $^{^1} Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^{2}\,\}mathrm{Korrigiert}\,\mathrm{um}\,\mathrm{die}\,\mathrm{Ver\"{a}nderung}$ in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche	Veränderu	ngen in %				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,7
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 2,9	0,6	1,5
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 1,1	- 0,3	0,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,7	- 0,8	1,0
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,2	1,5
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	-3,0	- 7,5	- 1,4	2,6
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,7	0,7	1,4
Zypern	-	-	9,9	5,0	3,9	4,1	4,4	3,7	- 0,7	0,1	1,3
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	- 3,6	1,1	1,8
Malta	_	-	6,2	6,4	4,1	3,8	3,7	2,1	- 2,2	0,7	1,6
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,5	0,3	1,6
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	- 3,7	1,1	1,5
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,9	0,3	1,0
Slowakei	-	-	5,8	1,4	6,5	8,5	10,4	6,4	- 5,8	1,9	2,6
Slowenien	-	-	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	- 7,4	1,3	2,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	2,8	4,9	4,2	1,0	- 6,9	0,9	1,6
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,0	0,7	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,9	- 1,1	3,1
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,4	3,3	1,6	- 1,2	- 4,5	1,5	1,8
Estland	-	-	4,5	9,6	9,4	10,0	7,2	-3,6	- 13,7	-0,1	4,2
Lettland	_	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	-4,0	2,0
Litauen	-	_	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 18,1	- 3,9	2,5
Polen	-	_	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,2	1,8	3,2
Rumänien	-	_	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	6,2	- 8,0	0,5	2,6
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,6	-0,2	- 4,6	1,4	2,1
Tschechien	_	_	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,8	0,8	2,3
Ungarn	-	_	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,5	- 0,5	3,1
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,6	- 4,6	0,9	1,9
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,2	2,9	0,8	- 4,1	0,7	1,6
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,3	- 0,7	- 5,9	1,1	0,4
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,5	2,2	2,0

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	e Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,8	1,0
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,3	1,5
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,2	1,4	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,4	0,8	2,0
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,1	1,4
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,5	- 0,6	1,0
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,8	3,1	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	1,8	1,7
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	2,0	2,0	2,2
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,3	1,6
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 1,0	1,3	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	1,1	1,9	2,5
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,7	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,1	1,5
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,4	2,3	2,9
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	1,5	1,8
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	0,5	2,1
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,5	-3,7	- 1,2
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	3,9	-0,7	1,0
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	3,9	1,9	2,0
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,7	3,5	3,4
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,7
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,5	1,8
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,3	4,0	2,5
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,0	1,4	1,6
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,3	1,6
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	-1,2	-0,4	0,3
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	- 0,5	0,8	0,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land					in % der zivil	en Erwerbs	bevölkerun	g			
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,7	9,2	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	8,2	9,9	10,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,0	10,2	11,0
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	17,9	20,0	20,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,0
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,4	4,5	4,6	6,0	11,7	14,0	13,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,8	7,8	8,7	8,7
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,6	6,6	6,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	6,2	7,3	7,7
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,4	7,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	5,4	6,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	5,5	6,0	5,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,0	9,0	8,9
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,3	12,8	12,6
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	6,7	8,3	8,5
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,5	10,2	9,9
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	8,3	7,5	7,5	9,5	10,7	10,9
Bulgarien	-	-	12,7	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	7,0	8,0	7,2
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	4,5	5,8	5,6
Estland	-	_	9,7	12,8	7,9	5,9	4,7	5,5	13,6	15,2	14,2
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	16,9	19,9	18,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	14,5	17,6	18,2
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,4	9,9	10,0
Rumänien	-	_	6,1	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	9,0	8,7	8,5
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,4	7,0	6,1	6,2	8,5	10,2	10,1
Tschechien	_	-	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,9	7,9	7,4
Ungarn	-	_	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,5	11,3	10,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,8	8,7	8,0
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	8,9	8,2	7,1	7,0	9,1	10,3	10,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,8	6,3	7,0
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,2	10,1	10,2

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	inlandspro	dukt		Verbraud	herpreise			Leistun	gsbilanz	
			Verände	erung geg	enüber Vo	rjahr in %					iominalen ndprodukt	S
	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	8,6	5,5	-6,7	2,1	9,7	15,6	11,8	9,4	4,2	4,9	2,9	4,4
darunter												
Russische Föderation	8,1	5,6	-7,5	1,5	9,0	14,1	12,3	9,9	5,9	6,1	3,6	4,5
Ukraine	7,9	2,1	-14,0	2,7	12,8	25,2	16,3	10,3	-3,7	-7,2	0,4	0,2
Asien	10,6	7,6	6,2	7,3	5,4	7,5	3,0	3,4	7,0	5,9	5,0	5,2
darunter												
China	13,0	9,0	8,5	9,0	4,8	5,9	-0,1	0,6	11,0	9,8	7,8	8,6
Indien	9,4	7,3	5,4	6,4	6,4	8,3	8,7	8,4	-1,0	-2,2	-2,2	-2,5
Indonesien	6,3	6,1	4,0	4,8	6,0	9,8	5,0	6,2	2,4	0,1	0,9	0,5
Korea	5,1	2,2	-1,0	3,6	2,5	4,7	2,6	2,5	0,6	-0,7	3,4	2,2
Thailand	4,9	2,6	-3,5	3,7	2,2	5,5	-1,2	2,1	5,7	-0,1	4,9	2,7
Lateinamerika	5,7	4,2	-2,5	2,9	5,4	7,9	6,1	5,2	0,4	-0,7	-0,8	-0,9
darunter												
Argentinien	8,7	6,8	-2,5	1,0	8,8	8,6	5,6	5,0	1,6	1,4	4,4	4,9
Brasilien	5,7	5,1	-0,7	3,5	3,6	5,7	4,8	4,1	0,1	-1,8	-1,3	-1,9
Chile	4,7	3,2	-1,7	4,0	4,4	8,7	2,0	2,3	4,4	-2,0	0,7	-0,4
Mexiko	3,3	1,3	-7,3	3,3	4,0	5,1	5,4	3,5	-0,8	-1,4	-1,2	-1,3
Sonstige												
Türkei	4,7	0,9	-6,5	3,7	8,8	10,4	6,2	6,8	-5,8	-5,7	-1,9	-3,7
Südafrika	5,1	3,1	-2,2	1,7	7,1	11,5	7,2	6,2	-7,3	-7,4	-5,0	-6,5

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2009 in veröffentlichter Form.

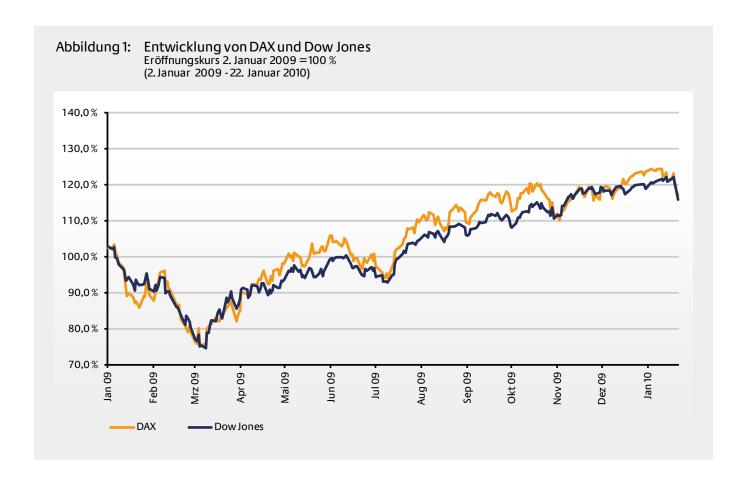


Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	22.1.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dow Jones	10 173	10 428	-2,45	6 547	10 725
Eurostoxx 50	2 837	2 966	-4,36	1810	3 018
Dax	5 695	5 957	-4,40	3 666	6 048
CAC 40	3 821	3 9 3 6	-2,94	2 5 1 9	4 0 4 5
Nikkei	10 591	10 546	0,42	7 055	10 982
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	22.1.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	3,64	3,88	-	2,22	4,00
Deutschland	3,20	3,40	-0,44	2,91	3,70
Japan	1,30	1,30	-2,34	1,21	1,57
Vereinigtes Königreich	3,92	4,08	0,28	2,99	4,13
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	22.1.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,41	1,44	-1,88	1,26	1,51
Yen/Dollar	89,82	92,40	-2,78	86,36	101,11
Yen/Euro	127,35	133,16	-4,36	113,65	138,09
Pfund/Euro	0,88	0,89	-1,33	0,84	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	1,3	-5,0	1,2	1,7	2,8	0,3	0,8	1,0	7,3	7,7	9,2	9,3
OECD	1,0	-4,9	1,4	1,9	2,8	0,2	1,0	0,8	7,2	7,6	9,2	9,7
IWF	1,2	-5,3	0,3	-	2,8	0,1	0,2	-	7,4	8,0	10,7	-
USA												
EU-KOM	0,4	-2,5	2,2	2,0	3,8	-0,5	0,8	0,1	5,8	9,2	10,1	10,2
OECD	0,4	-2,5	2,5	2,8	3,8	-0,4	1,7	1,3	5,8	9,2	9,9	9,1
IWF	0,4	-2,7	1,5	-	3,8	-0,4	1,7	-	5,8	9,3	10,1	-
Japan												
EU-KOM	-0,7	-5,9	1,1	0,4	1,4	-1,2	-0,4	0,3	4,0	5,8	6,3	7,0
OECD	-0,7	-5,3	1,8	2,0	1,4	-1,2	-0,9	-0,5	4,0	5,2	5,6	5,4
IWF	-0,7	-5,4	1,7	-	1,4	-1,1	-0,8	-	4,0	5,4	6,1	-
Frankreich												
EU-KOM	0,4	-2,2	1,2	1,5	3,2	0,1	1,1	1,4	7,8	9,5	10,2	10,0
OECD	0,3	-2,3	1,4	1,7	3,2	0,1	1,0	0,6	7,4	9,1	9,9	10,1
IWF	0,3	-2,4	0,9	-	3,2	0,3	1,1	-	7,9	9,5	10,3	-
Italien												
EU-KOM	-1,0	-4,7	0,7	1,4	3,5	0,8	1,8	2,0	6,8	7,8	8,7	8,7
OECD	-1,0	-4,8	1,1	1,5	3,5	0,7	0,9	0,8	6,8	7,6	8,5	8,7
IWF	-1,0	-5,1	0,2	-	3,5	0,7	0,9	-	6,8	9,1	10,5	-
Vereingtes Königreich												
EU-KOM	0,6	-4,6	0,9	1,9	3,6	2,0	1,4	1,6	5,6	7,8	8,7	8,0
OECD	0,6	-4,7	1,2	2,2	3,6	2,1	1,7	0,5	5,7	8,0	9,3	9,5
IWF	0,7	-4,4	0,9	-	3,6	1,9	1,5	-	5,5	7,6	9,3	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,4	-2,7	2,0	3,0	2,4	0,4	1,3	1,0	6,1	8,3	8,7	8,1
IWF	0,4	-2,5	2,1	-	2,4	0,1	1,3	-	6,2	8,3	8,6	-
Euroraum												
EU-KOM	0,6	-4,0	0,7	1,5	3,3	0,3	1,1	1,5	7,5	9,5	10,7	10,9
OECD	0,5	-4,0	0,9	1,7	3,3	0,2	0,9	0,7	7,5	9,4	10,6	10,8
IWF	0,7	-4,2	0,3	-	3,3	0,3	0,8	-	7,6	9,9	11,7	-
EZB	0,6	-4,1	-0,7	-	3,3	0,4	1,2	-	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	0,8	-4,1	0,7	1,6	3,7	1,0	1,3	1,6	7,0	9,1	10,3	10,2
IWF	1,0	-4,2	0,5	-	3,7	0,9	1,1	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

 $EZB: ECB\ Staff\ Macroeconomic\ Projections\ for\ the\ Euro\ Area; Sept.\ 2009\ (nur\ BIP\ u.\ Verbraucherpreise\ sowie\ nur\ f\"ur\ den\ Euroraum).$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Belgien													
EU-KOM	1,0	-2,9	0,6	1,5	4,5	0,0	1,3	1,5	7,0	8,2	9,9	10,3	
OECD	0,8	-3,1	0,8	1,7	4,5	-0,1	1,0	0,9	7,0	7,9	8,9	9,2	
IWF	1,0	-3,2	0,0	-	4,5	0,2	1,0	-	7,0	8,7	9,9	-	
Finnland													
EU-KOM	1,0	-6,9	0,9	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5	6,4	8,5	10,2	9,9	
OECD	0,8	-6,9	0,4	2,4	3,9	1,7	1,5	1,4	6,4	8,3	9,7	9,7	
IWF	1,0	-6,4	0,9	-	3,9	1,0	1,1	-	6,4	8,7	9,8	-	
Griechenland													
EU-KOM	2,0	-1,1	-0,3	0,7	4,2	1,2	1,4	2,1	7,7	9,0	10,2	11,0	
OECD	2,0	-1,1	-0,7	1,6	4,2	1,2	2,0	1,6	7,7	9,3	10,4	10,4	
IWF	2,9	-0,8	-0,1		4,2	1,1	1,7	-	7,6	9,5	10,5	-	
Irland													
EU-KOM	-3,0	-7,5	-1,4	2,6	3,1	-1,5	-0,6	1,0	6,0	11,7	14,0	13,2	
OECD	-3,0	-7,5	-2,3	1,0	3,1	-1,7	-0,7	0,4	6,0	11,9	14,0	13,8	
IWF	-3,0	-7,5	-2,5	-	3,1	-1,6	-0,3	-	6,1	12,0	15,5	-	
Luxemburg													
EU-KOM	0,0	-3,6	1,1	1,8	4,1	0,0	1,8	1,7	4,9	6,2	7,3	7,7	
OECD	0,0	-3,9	2,4	3,4	4,1	-0,1	1,6	1,0	4,4	5,9	7,1	7,5	
IWF	0,7	-4,8	-0,2	-	3,4	0,2	1,8	-	4,4	6,8	6,0	-	
Malta													
EU-KOM	2,1	-2,2	0,7	1,6	4,7	2,0	2,0	2,2	5,9	7,1	7,4	7,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	2,1	-2,1	0,5	-	4,7	2,1	1,9	-	5,8	7,3	7,6	-	
Niederlande													
EU-KOM	2,0	-4,5	0,3	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2	2,8	3,4	5,4	6,0	
OECD	2,0	-4,3	0,7	2,0	2,2	0,9	0,3	0,7	2,9	3,7	5,2	5,5	
IWF	2,0	-4,2	0,7	-	2,2	0,9	1,0	-	2,8	3,8	6,6	-	
Österreich													
EU-KOM	2,0	-3,7	1,1	1,5	3,2	0,5	1,3	1,6	3,8	5,5	6,0	5,7	
OECD	1,9	-3,8	0,9	2,2	3,2	0,3	0,6	1,0	4,9	5,8	7,1	7,3	
IWF	2,0	-3,8	0,3	-	3,2	0,5	1,0	-	3,9	5,3	6,4	-	
Portugal													
EU-KOM	0,0	-2,9	0,3	1,0	2,7	-1,0	1,3	1,4	7,7	9,0	9,0	8,9	
OECD	0,0	-2,8	0,8	1,5	2,7	-0,9	0,7	1,0	7,6	9,2	10,1	9,9	
IWF	0,0	-3,0	0,4	-	2,7	-0,6	1,0	-	7,6	9,5	11,0	-	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	6,4	-5,8	1,9	2,6	3,9	1,1	1,9	2,5	9,5	12,3	12,8	12,6
OECD	6,4	-5,8	2,0	4,2	3,9	1,0	1,7	2,4	9,6	11,6	12,7	12,5
IWF	6,4	-4,7	3,7	-	4,6	1,5	2,3	-	9,6	10,8	10,3	-
Slowenien												
EU-KOM	3,5	-7,4	1,3	2,0	5,5	0,9	1,7	2,0	4,4	6,7	8,3	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	-4,7	0,6	-	5,7	0,5	1,5	-	4,4	6,2	6,1	-
Spanien												
EU-KOM	0,9	-3,7	-0,8	1,0	4,1	-0,4	0,8	2,0	11,3	17,9	20,0	20,5
OECD	0,9	-3,6	-0,3	0,9	4,1	-0,4	0,8	-0,1	11,3	18,1	19,3	19,0
IWF	0,9	-3,8	-0,7	-	4,1	-0,3	0,9	-	11,3	18,2	20,2	-
Zypern												
EU-KOM	3,7	-0,7	0,1	1,3	4,4	0,8	3,1	2,5	3,6	5,6	6,6	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	-0,5	0,8	-	4,4	0,4	1,2	-	3,7	5,6	5,9	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \,\&\, Regional er\, Wirts chafts ausblick\, Europa, Oktober 2009.$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP ((real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	6,0	-5,9	-1,1	3,1	12,0	2,4	2,3	2,9	5,6	7,0	8,0	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,0	-6,5	-2,5	-	12,0	2,7	1,6	-	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	-1,2	-4,5	1,5	1,8	3,6	1,1	1,5	1,8	3,3	4,5	5,8	5,6
OECD	-1,2	-4,5	1,3	1,8	3,4	1,3	1,4	1,6	3,3	5,9	6,9	6,2
IWF	-1,2	-2,4	0,9	-	3,4	1,7	2,0	-	1,7	3,5	4,2	-
Estland												
EU-KOM	-3,6	-13,7	-0,1	4,2	10,6	0,2	0,5	2,1	5,5	13,6	15,2	14,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-14,0	-2,6	-	10,4	0,0	-0,2	-	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	-4,6	-18,0	-4,0	2,0	15,3	3,5	-3,7	-1,2	7,5	16,9	19,9	18,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,6	-18,0	-4,0	-	15,3	3,1	-3,5	-	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	2,8	-18,1	-3,9	2,5	11,1	3,9	-0,7	1,0	5,8	14,5	17,6	18,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-18,5	-4,0	-	11,1	3,5	-2,9	-	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	5,0	1,2	1,8	3,2	4,2	3,9	1,9	2,0	7,1	8,4	9,9	10,0
OECD	5,0	1,4	2,5	3,1	4,2	3,5	2,2	1,9	7,1	8,4	9,6	9,6
IWF	4,9	1,0	2,2	-	4,2	3,4	2,6	-	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	6,2	-8,0	0,5	2,6	7,9	5,7	3,5	3,4	5,8	9,0	8,7	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,1	-8,5	0,5	-	7,8	5,5	3,6	-	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	-0,2	-4,6	1,4	2,1	3,3	1,9	1,7	1,7	6,2	8,5	10,2	10,1
OECD	-0,4	-4,7	2,0	3,0	3,4	-0,3	1,4	3,2	6,2	8,2	10,3	10,1
IWF	-0,2	-4,8	1,2	-	3,3	2,2	2,4	-	6,2	8,5	8,2	-
Tschechien												
EU-KOM	2,5	-4,8	0,8	2,3	6,3	0,6	1,5	1,8	4,4	6,9	7,9	7,4
OECD	2,6	-4,4	2,0	2,8	6,3	1,1	1,4	2,0	4,4	6,9	8,4	7,9
IWF	2,7	-4,3	1,3	-	6,3	1,0	1,1	-	4,4	7,9	9,8	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Ungarn													
EU-KOM	0,6	-6,5	-0,5	3,1	6,0	4,3	4,0	2,5	7,8	10,5	11,3	10,5	
OECD	0,6	-6,9	-1,0	3,1	6,0	4,5	4,0	3,0	7,9	9,9	10,3	9,3	
IWF	0,6	-6,7	-0,9	-	6,1	4,5	4,1	-	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	0,0	-3,4	-5,0	-4,6	65,9	73,1	76,7	79,7	6,6	4,0	3,8	3,7
OECD	0,0	-3,2	-5,3	-4,6	-	-	-	85,0	6,6	4,0	4,5	5,4
IWF	-0,1	-4,2	-4,6	-	67,1	78,7	84,5	-	6,4	2,9	3,6	
USA												
EU-KOM	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1	70,7	82,7	93,9	105,3	-4,9	-2,9	-3,4	-3,3
OECD	-6,5	-11,2	-10,7	-9,4	70,0	83,9	92,4	99,5	-4,9	-3,0	-3,4	-3,7
IWF	-5,9	-12,5	-10,0	-	70,4	84,8	93,6	-	-4,9	-2,6	-2,2	
Japan												
EU-KOM	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1	173,1	189,8	197,6	206,0	3,2	1,8	2,0	1,0
OECD	-2,7	-7,4	-8,2	-9,4	172,1	189,3	197,2	204,3	3,2	2,5	2,8	2,8
IWF	-5,8	-10,5	-10,2	-	196,6	218,6	227,0	-	3,2	1,9	2,0	
Frankreich												
EU-KOM	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7	67,4	76,1	82,5	87,6	-3,3	-2,3	-2,2	-2,4
OECD	-3,4	-8,2	-8,6	-8,0	-	-	-	99,0	-2,3	-2,1	-2,1	-2,1
IWF	-3,4	-7,0	-7,1	-	67,5	76,7	82,6	-	-2,3	-1,2	-1,4	
Italien												
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1	105,8	114,6	116,7	117,8	-3,0	-2,4	-2,4	-2,4
OECD	-2,7	-5,5	-5,4	-5,1	-	-	-	130,0	-3,4	-2,7	-2,3	-2,2
IWF	-2,7	-5,6	-5,6	-	105,7	115,8	120,1	-	-3,4	-2,5	-2,3	
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1	52,0	68,6	80,3	88,2	-1,6	-2,4	-1,6	-0,9
OECD	-5,3	-12,6	-13,3	-12,5	-	-	-	94,0	-1,6	-2,6	-2,4	-2,0
IWF	-5,1	-11,6	-13,2	-	52,0	68,7	81,7	-	-1,7	-2,0	-1,9	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	0,1	-4,8	-5,2	-4,5	-	-	-	89,0	0,5	-2,9	-3,4	-3,4
IWF	0,1	-4,9	-4,1	-	62,7	78,2	79,3	-	0,5	-2,6	-1,8	
Euroraum												
EU-KOM	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5	69,3	78,2	84,0	88,2	-0,8	-0,7	-0,5	-0,5
OECD	-2,0	-6,1	-6,7	-6,2	73,2	81,8	88,3	93,2	-0,8	-0,6	-0,1	0,3
IWF	-1,8	-6,2	-6,6	-	69,2	80,0	86,3	-	-0,7	-0,7	-0,3	
EU-27												
EU-KOM	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9	61,5	73,0	79,3	83,7	-1,1	-0,7	-0,5	-0,4
IWF	-2,3	-6,9	-7,5	-	-	-	-	-	-1,1	-0,8	-0,5	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	te		Leistung	sbilanzsald)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8	89,8	97,2	101,2	104,0	0,2	0,6	0,9	0,8
OECD	-1,2	-5,7	-5,6	-5,2	-	-	-	108,0	-2,5	-0,8	-0,6	-0,5
IWF	-1,2	-5,8	-6,3	-	-	-	-	-	-2,5	-1,0	-0,9	-
Finnland												
EU-KOM	4,5	-2,8	-4,5	-4,3	34,1	41,3	47,4	52,7	2,6	1,1	1,2	1,3
OECD	4,4	-2,3	-4,8	-5,2	-	-	-	63,0	2,8	0,8	0,9	0,9
IWF	4,4	-2,9	-4,2	-	-	-	-	-	2,4	0,5	2,0	-
Griechenland												
EU-KOM	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8	99,2	112,6	124,9	135,4	-13,8	-8,8	-7,9	-7,7
OECD	-7,8	-12,7	-9,8	-10,0	-	-	-	130,0	-14,6	-11,1	-10,0	-10,1
IWF	-5,0	-6,4	-7,1	-	-	-	-	-	-14,4	-10,0	-9,0	-
Irland												
EU-KOM	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7	44,1	65,8	82,9	96,2	-5,1	-3,1	-1,8	-1,5
OECD	-7,2	-12,2	-12,2	-11,6	-	-	-	93,0	-5,4	-2,8	-2,0	-0,6
IWF	-7,3	-12,1	-13,3	-	-	-	-	-	-5,2	-1,7	0,6	-
Luxemburg												
EU-KOM	2,5	-2,2	-4,2	-4,2	13,5	15,0	16,4	17,7	5,5	9,4	11,2	12,2
OECD	2,5	-2,3	-4,3	-3,6	-	-	-	31,0	5,5	1,9	1,5	2,9
IWF	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	-	9,1	7,6	7,0	-
Malta												
EU-KOM	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3	63,8	68,5	70,9	72,5	-5,6	-3,2	-2,8	-2,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,7	-4,5	-4,4	-	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-6,1	-
Niederlande												
EU-KOM	0,7	-4,7	-6,1	-5,6	58,2	59,8	65,6	69,7	4,2	3,1	3,1	3,9
OECD	0,7	-4,5	-5,9	-5,3	-	-	-	82,0	4,8	6,3	7,2	7,7
IWF	0,9	-3,8	-5,7	-	-	-	-	-	7,5	7,0	6,8	
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3	62,6	69,1	73,9	77,0	3,6	1,5	1,4	1,8
OECD	-0,5	-4,3	-5,5	-5,8	-	-	-	82,0	3,2	1,9	2,2	2,6
IWF	-0,5	-4,2	-5,6	-	-	-	-	-	3,5	2,1	2,0	-
Portugal												
EU-KOM	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7	66,3	77,4	84,6	91,1	-12,1	-10,2	-10,2	-10,2
OECD	-2,8	-6,7	-7,6	-7,8	-	-	-	97,0	-12,1	-9,7	-10,7	-11,1
IWF	-2,6	-6,9	-7,3	-	_	-	_	-	-12,1	-9,9	-9,7	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5	27,7	34,6	39,2	42,7	-6,8	-5,8	-5,3	-5,0
OECD	-2,3	-5,9	-6,3	-5,0	-	-	-	48,0	-6,4	-3,8	-3,1	-2,8
IWF	-2,5	-5,3	-4,4	-	-	-	-	-	-6,5	-8,0	-7,8	-
Slowenien												
EU-KOM	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9	22,5	35,1	42,8	48,2	-6,1	-0,8	-0,2	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	-5,9	-5,6	-	-	-	-	-	-5,5	-3,0	-4,7	-
Spanien												
EU-KOM	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3	39,7	54,3	66,3	74,0	-9,5	-5,4	-4,6	-4,2
OECD	-4,1	-9,6	-8,5	-7,7	-	-	-	74,0	-9,6	-5,3	-3,8	-3,0
IWF	-3,8	-12,3	-12,5	-	-	-	-	-	-9,6	-6,0	-4,7	-
Zypern												
EU-KOM	0,9	-3,5	-5,7	-5,9	48,4	53,2	58,6	63,4	-18,0	-11,6	-9,0	-7,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,9	-4,1	-6,3	-	-	-	-	-	-18,3	-10,0	-9,8	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011		
Bulgarien														
EU-KOM	1,8	-0,8	-1,2	-0,4	14,1	15,1	16,2	15,7	-22,9	-13,7	-9,8	-7,9		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-	-25,5	-11,4	-8,3	-		
Dänemark														
EU-KOM	3,4	-2,0	-4,8	-3,4	33,5	33,7	35,3	35,2	2,2	1,9	2,2	2,9		
OECD	3,4	-2,5	-5,4	-4,0	-	-	-	53,0	2,2	2,5	2,1	2,1		
IWF	3,4	-1,3	-3,5	-	-	-	-	-	1,0	1,1	1,5	-		
Estland														
EU-KOM	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0	4,6	7,4	10,9	13,2	-9,1	3,9	1,3	-0,3		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-2,3	-3,8	-3,0	-	-	-	-	-	-9,3	1,9	2,0	-		
Lettland														
EU-KOM	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2	19,5	33,2	48,6	60,4	-13,0	6,8	5,4	3,4		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-3,4	-13,0	-12,0	-	-	-	-	-	-12,6	4,5	6,4	-		
Litauen														
EU-KOM	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7	15,6	29,9	40,7	49,3	-12,4	0,1	0,3	-0,4		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-3,3	-10,3	-7,6	-	-	-	-	-	-11,6	1,0	0,5	-		
Polen														
EU-KOM	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6	47,2	51,7	57,0	61,3	-5,1	-1,9	-2,8	-3,2		
OECD	-3,7	-6,4	-7,8	-6,8	-	-	-	66,0	-5,1	-1,7	-2,3	-2,5		
IWF	-3,1	-5,8	-6,5	-	-	-	-	-	-5,5	-2,2	-3,1	-		
Rumänien														
EU-KOM	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9	13,6	21,8	27,4	31,3	-12,3	-5,5	-5,5	-5,7		
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-4,9	-7,3	-5,9	-	-	-	-	-	-12,4	-5,5	-5,6	-		
Schweden														
EU-KOM	2,5	-2,1	-3,3	-2,7	38,0	42,1	43,6	44,1	8,3	7,8	7,9	8,3		
OECD	2,5	-2,0	-3,0	-2,0	-	-	-	58,0	6,2	7,8	8,2	8,6		
IWF	2,5	-3,5	-3,9	-	-	-	-	-	7,8	6,4	5,4	-		
Tschechien														
EU-KOM	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7	30,0	36,5	40,6	44,0	-3,3	-2,5	-1,4	-0,8		
OECD	-2,0	-5,7	-5,6	-5,0	-	-	-	60,0	-3,0	-1,0	0,3	0,3		
IWF	-1,4	-6,0	-7,0	-	-	-	-	-	-3,1	-2,1	-2,2	-		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9	72,9	79,1	79,8	79,1	-6,6	-1,3	-1,7	-1,8
OECD	-3,7	-4,3	-4,1	-3,6	-	-	-	91,0	-7,1	-1,6	-1,8	-2,6
IWF	-3,4	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-	-8,4	-2,9	-3,3	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \& Regionaler Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2009. \\$

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Januar 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X